



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

90. Sitzung

7. Wahlperiode

Freitag, 15. Mai 2020, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse, Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt

	Franz-Robert Liskow, CDU	5, 11
	Minister Christian Pegel	6
	Dirk Lerche, AfD	8
	Philipp da Cunha, SPD	9
	Eva-Maria Kröger, DIE LINKE	9
Wahl von Mitgliedern des Landesverfassungsgerichtes	B e s c h l u s s	3 11
Wahlvorschlag des besonderen Ausschusses gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 7/4947 –		3
Wahlvorschlag des besonderen Ausschusses gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 7/4970 –	Antrag der Fraktion der AfD Konsolidierungsmöglichkeiten im laufenden Haushalt nutzen – Einsparungen durchsetzen – Drucksache 7/4925 –	3 12
B e s c h l u s s	Dr. Gunter Jess, AfD	3, 4, 66, 67 12, 20, 23
	Minister Reinhard Meyer	14
	Jeannine Rösler, DIE LINKE	16
	Egbert Liskow, CDU	16
	Tilo Gundlack, SPD	17, 20
	Thomas de Jesus Fernandes, AfD	19
	Jörg Heydorn, SPD	22
	Simone Oldenburg, DIE LINKE	23
Änderung der Tagesordnung	B e s c h l u s s	5 24
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Digitale Zukunft umweltbewusst gestalten – Informations- und Kommunikations- technologien nachhaltig nutzen – Drucksache 7/4915 –	Eidesleistung der Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes	5 24

Monika Köster-Flachsmeyer	25	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	53, 58
Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider	25	Minister Christian Pegel	54
Nikolaus Hanenkamp	25	Stephan J. Reuken, AfD	56
Barbara Borchardt	25	Dietmar Eifler, CDU	57
Dorothea ter Veen	25	Jochen Schulte, SPD	58
Heike Lorenz	25		
Dr. Andreas Kerath	25	B e s c h l u s s	60

Antrag der Fraktion DIE LINKE
**Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe
am Krankenhaus Crivitz erhalten –
Landkreis Ludwigslust-Parchim bei
der Re-Kommunalisierung unterstützen**

– Drucksache 7/4932 – 26

Änderungsantrag der Fraktion der AfD

– Drucksache 7/4962 – 26

Torsten Koplin, DIE LINKE	26, 30, 34, 38
Minister Harry Glawe	28, 29, 30, 39
Dr. Ralph Weber, AfD	29, 37, 40
Dirk Lerche, AfD	31
Julian Barlen, SPD	32, 34
Sebastian Ehlers, CDU	35, 37
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	37

B e s c h l u s s 40

Antrag des Abgeordneten
Holger Arppe, fraktionslos
**Wiederbelebung des Handels
durch Sonntagsöffnungen**

– Drucksache 7/4901 – 60

Holger Arppe, fraktionslos	60, 63, 64
Jochen Schulte, SPD	61
Horst Förster, AfD	62
Nikolaus Kramer, AfD	63
Dirk Lerche, AfD	64

B e s c h l u s s 64

Nächste Sitzung

Mittwoch, 10. Juni 2020 65

Antrag der Fraktion der AfD

Maskenpflicht beim Einkauf aufheben

– Drucksache 7/4926 – 40

Dr. Ralph Weber, AfD	40, 50
Julian Barlen, SPD	42, 44
Dr. Gunter Jess, AfD	44
Torsten Koplin, DIE LINKE	45, 47
Thomas de Jesus Fernandes, AfD	46
Bernhard Wildt, CDU	47, 49
Jens-Holger Schneider, AfD	49
Holger Arppe, fraktionslos	50
Horst Förster, AfD	52

B e s c h l u s s 53

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**Öffentlichen Nahverkehr sichern –
Landeshilfe für Verkehrsunternehmen**

– Drucksache 7/4934 – 53

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 90. Sitzung des Landtages und würde bitten, Platz zu nehmen, damit wir anfangen können.

(allgemeine Unruhe)

Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Meine Damen und Herren, vereinbarungsgemäß rufe ich den unterbrochenen **Tagesordnungspunkt 2** auf: Wahl von Mitgliedern des Landesverfassungsge...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ich verstehe nichts, das ist viel zu laut hier. – Glocke der Präsidentin)

Vielen Dank, Herr Professor Weber! Das ist in der Tat so, dass es sehr laut ist. Ich habe auch nichts verstanden.

Also ich beginne noch mal: Vereinbarungsgemäß rufe ich den unterbrochenen **Tagesordnungspunkt 2** auf: Wahl von Mitgliedern des Landesverfassungsgerichtes. Hierzu liegen Ihnen die Wahlvorschläge des besonderen Ausschusses gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 7/4947 und 7/4970 vor.

Wahl von Mitgliedern des Landesverfassungsgerichtes

Wahlvorschlag des besonderen Ausschusses gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 7/4947 –

Wahlvorschlag des besonderen Ausschusses gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 7/4970 –

Nach Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 4 des Gesetzes über das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern werden die Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes und die stellvertretenden Mitglieder auf Vorschlag eines besonderen Ausschusses des Landtages vom Landtag ohne Aussprache mit der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder gewählt. Der besondere Ausschuss hat gestern Abend hierzu beraten und Ihnen einen Wahlvorschlag auf Drucksache 7/4970 vorgelegt. Über diesen werden wir zunächst abstimmen. Die mit Drucksache 7/4947 vorgeschlagenen Kandidaten Nikolaus Hanenkamp und Heike Lorenz werden wir im Anschluss wählen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 92 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln.

Wir kommen zur Wahl eines Mitgliedes des Landesverfassungsgerichtes entsprechend Drucksache 7/4970. Damit soll ein Mitglied auf einen derzeit freien Platz im Landes-

verfassungsgericht gewählt werden. Wir werden die Wahl diesmal, um einen zügigen Ablauf zu gewährleisten, mit zwei Wahlkabinen durchführen. Es ist sichergestellt, dass in beiden Wahlkabinen eine geheime Wahl stattfinden kann. Den für die geheime Abstimmung allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von der Schriftführerin zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel ist der Name der Kandidatin aufgeführt.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels

(Peter Ritter, DIE LINKE: He! Mein Gott!)

in eine der Wahlkabinen zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich am Eingang des Plenarsaals befindet, geben, bitte ich Sie, dem Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, keine Kennzeichnung bei Ja, Nein oder Enthaltung enthält, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Der Schriftführer überzeugt sich davon, dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Vielen Dank!

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich eröffne die Wahl eines Mitgliedes des Landesverfassungsgerichtes.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? Wer das noch nicht hat, bitte kurz die Hand heben!

(Die Abgeordneten Nadine Julitz und Nikolaus Kramer werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Haben nun alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Wenn dies der Fall ist, schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für zehn Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 9.21 Uhr**Wiederbeginn: 9.25 Uhr**

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Ausweislich der Anwesenheitsliste zur heutigen Plenarsitzung sind 69 Mitglieder des Landtages anwesend. Nach dieser Liste sind die Abgeordneten Dr. Wolfgang

Weiß und Lorenz Caffier heute nicht anwesend. Das Quorum, das heißt die Zweidrittelmehrheit, die für die Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes nach Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit dem Paragraphen 4 des Gesetzes über das Landesverfassungsgericht gefordert wird, liegt demnach bei 46 Stimmen.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl eines Mitgliedes des Landesverfassungsgerichtes bekannt. Für die Kandidatin Barbara Borchardt wurden 69 Stimmen abgegeben. Davon waren 69 Stimmen gültig. Es stimmten für die Kandidatin Barbara Borchardt 50 Abgeordnete mit Ja,

(Minister Harry Glawe: Traumergebnis!)

18 Abgeordnete mit Nein, eine Abgeordnete/ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme.

Ich stelle fest, dass Frau Barbara Borchardt die nach Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 4 des Gesetzes über das Landesverfassungsgericht erforderliche Zweidrittelmehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder des Landtages auf sich vereinen konnte. Damit ist Frau Barbara Borchardt zum Mitglied des Landesverfassungsgerichtes gewählt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes des Landesverfassungsgerichtes ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Glocke der Präsidentin)

Einen Moment, bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Gemurmel ist jetzt so stark, dass ich mich selbst nicht verstehen kann. Ich bitte jetzt um etwas mehr Ruhe. Wir sind in einem Wahlgang, und ich glaube, das erfordert auch den nötigen Respekt vor diesem Wahlgang, dass man das Gemurmel etwas einstellt. Vielen Dank!

Wir beginnen nun mit der Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes des Landesverfassungsgerichtes entsprechend der Drucksache 7/4947. Es ist vereinbart worden, die Wahl mit zwei Stimmzetteln durchzuführen. Die für die geheime Abstimmung allein gültigen weißen und grünen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von dem Schriftführer beziehungsweise der Schriftführerin zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel ist der Name des jeweiligen Kandidaten aufgeführt. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt der Stimmzettel in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben, das kennen Sie bereits. Die Stimmzettel sind in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie die Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich am Eingang des Plenarsaals befindet, geben, bitte ich Sie, dem Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der jeweilige Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, keine Kennzeichnung bei Ja, Nein oder Enthaltung enthält, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den

Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich den Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Der Schriftführer überzeugt sich davon, dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Vielen Dank, Herr Brade!

Ich eröffne die Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes des Landesverfassungsgerichtes.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Ich sehe bereits ein Handzeichen. Gibt es noch ein Handzeichen?

(Der Abgeordnete Nikolaus Kramer wird nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Haben jetzt alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Da dies jetzt offensichtlich der Fall ist, schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für zehn Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 9.42 Uhr

Wiederbeginn: 9.48 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Ausweislich der Anwesenheitsliste zur heutigen Plenarsitzung sind nunmehr 68 Mitglieder des Landtages anwesend. Nach dieser Liste sind die Abgeordneten Dr. Wolfgang Weiß, Lorenz Caffier und für den jetzigen Wahlgang der Minister für Landwirtschaft und Umwelt Dr. Till Backhaus nicht anwesend. Das Quorum, das heißt die Zweidrittelmehrheit, die für die Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes nach Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 4 des Gesetzes über das Landesverfassungsgericht gefordert wird, liegt demnach bei 46 Stimmen.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl des Mitglieds des Landesverfassungsgerichtes Herrn Nikolaus Hanenkamp bekannt. Für den Kandidaten Nikolaus Hanenkamp wurden 67 Stimmen abgegeben, davon waren 65 Stimmen gültig. Ein Abgeordneter hat an der Wahl nicht teilgenommen. Es stimmten für den Kandidaten Nikolaus Hanenkamp 48 Abgeordnete mit Ja, 13 Abgeordnete mit Nein, 4 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Ich stelle fest, dass Herr Nikolaus Hanenkamp die nach Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 4 des Gesetzes über das Landesverfassungsgericht erforderliche Zweidrittelmehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder des Landtages auf sich vereinen konnte. Damit ist Herr Nikolaus Hanenkamp zum Mitglied des Landesverfassungsgerichtes gewählt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl des stellvertretenden Mitglieds des Landesverfassungsgerichtes Heike Lorenz bekannt. Für die Kandidatin Heike Lorenz wurden 67 Stimmen abgegeben, davon waren 65 Stimmen gültig. Ein Abgeordneter hat an der Wahl nicht teilgenommen. Es stimmten für die Kandidatin Heike Lorenz 55 Abgeordnete mit Ja, 7 Abgeordnete mit Nein, 3 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Ich stelle fest, dass Heike Lorenz die nach Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 4 des Gesetzes über das Landesverfassungsgericht erforderliche Zweidrittelmehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder des Landtages auf sich vereinen konnte. Damit ist Frau Heike Lorenz zum stellvertretenden Mitglied des Landesverfassungsgerichtes gewählt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, DIE LINKE und
Christiane Berg, CDU)

Da nunmehr alle Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes gewählt sind, werden wir die Eidesleistung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes gemäß Paragraph 9 Landesverfassungsgerichtsgesetz nicht wie vereinbart, sondern korrigiert nach Tagesordnungspunkt 35 aufrufen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34**: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Digitale Zukunft umweltbewusst gestalten – Informations- und Kommunikationstechnologien nachhaltig nutzen, Drucksache 7/4915.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Digitale Zukunft umweltbewusst gestalten –
Informations- und Kommunikationstechnologien nachhaltig nutzen
– Drucksache 7/4915 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Franz-Robert Liskow.

Franz-Robert Liskow, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Digitalisierung sind erhebliche Chancen für Mecklenburg-Vorpommern verbunden, wenn es um die Steigerung der Attraktivität des Landes als Wirtschafts- und Wissensstandort oder auch als Mittelpunkt des Lebens geht, insbesondere im ländlichen Raum. Die Digitalisierung ist heute Grundvoraussetzung, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, die Ansiedlung von Unternehmen, den Anstieg des Wohlstandes und der Lebensqualität in unserem Land zu ermöglichen.

Bei unzureichender politischer Steuerung kann die Digitalisierung aber auch ungewünschte gesellschaftliche und soziale Folgen nach sich ziehen. Und genau deshalb haben wir den folgenden Antrag eingebracht. Wir wollen die digitale Zukunft umweltbewusst gestalten und die digitale Infrastruktur nachhaltig nutzen. Wir wollen Digitalisierung und nachhaltige Entwicklung konsequent zusammenführen. Das heißt für uns, dass wir den Einsatz

digitaler Technologien nutzen wollen, um die Umwelt zu schützen, Energie einzusparen, Ressourcen zu schonen, Arbeitszeiten effektiver zu nutzen und die Familienfreundlichkeit zu erhöhen.

Lassen Sie mich kurz beschreiben, was wir damit meinen. Gerade im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien können Ressourcen geschont werden. Ob nun Energie, seltene Erden oder andere Rohstoffe, der sorgsame Umgang mit Ressourcen muss Bestandteil des gesamten Lebenszyklus von Informations- und Kommunikationstechnologien werden. Hier muss gerade die Landesregierung ihrer Vorbildwirkung nachkommen und im eigenen Wirkungskreis die nachhaltige Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien konsequent umsetzen. Vor diesem Hintergrund wollen wir die zentrale Beschaffung von Technik in der Landesverwaltung mit Blick auf Energieeffizienz und Reparierbarkeit sowie deren umweltfreundliche Entsorgung sicherstellen.

Die Digitalisierung kann aber auch zum Schutz von Ressourcen beitragen. So kann die Optimierung des öffentlichen Personennahverkehrs, des Flugverkehrs, des Einsatzes von Dünger und Pflanzenschutzmitteln oder von Liefer- und Wertschöpfungsketten dazu beitragen, dass Ressourcen geschont werden. Jeder kann schon beim Einkauf von Elektrogeräten darauf achten, dass Energieverbräuche gering und Recyclingquoten hoch sind. In der Verwaltung können Anträge und Genehmigungen schneller und papierlos abgewickelt werden. Diese Debatte hatten wir schon am Mittwoch. Gerade die jüngsten Debatten zum Klima- und Umweltschutz verdeutlichen die Notwendigkeit der Digitalisierung für diese Bereiche. Die Klimaziele der Bundesregierung, die Bereitstellung von Mobilität, die Erzeugung von preiswerten und gesunden Nahrungsmitteln und die Reduzierung des Rohstoffverbrauches sind in Zukunft nur mit der Anwendung digitaler Technologien möglich.

Und gerade die aktuelle Situation verdeutlicht, wie die Digitalisierung die Arbeitswelt bestimmt. Zahlreiche Unternehmen und Verwaltungen wären ohne Homeoffice lahmgelegt. Das öffentliche Leben in unserem Land wäre längst zum Erliegen gekommen. Gleichzeitig gehen mit der Nutzung von Homeoffice flexible Arbeitszeiten einher, die es ermöglichen, Arbeiten und Verwaltungsabläufe familienfreundlich zu gestalten. Moderne Arbeitszeitmodelle ermöglichen, dass Menschen dort leben, wo sie wollen, obwohl die Unternehmen, für die sie arbeiten, woanders angesiedelt sind.

Die tägliche tatsächliche Vereinbarkeit von Familie, Leben und Beruf lässt sich durch moderne Arbeitszeitmodelle und durch einfache, jederzeit erreichbare Verwaltung besser realisieren. Deshalb wollen wir die Arbeitszeitmodelle so ausgestalten, dass sie effektiv im Sinne der Arbeitnehmer und Arbeitgeber familien- und arbeitnehmerfreundlich genutzt werden können. Auch das ist eine nachhaltige Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Digitalisierung stellt uns aber auch vor andere Fragen: Wer trägt die Verantwortung für Entscheidungen, die aus dem Computer kommen? Der Algorithmus oder der Mensch? Wie wird sich die weitere Entwicklung der künstlichen Intelligenz auswirken? Haben wir dann nur noch einen Computer als Gesprächspartner? Wie findet Meinungs-

bildung in Zeiten von digitaler Kommunikation statt? Auch über diese Fragen müssen wir uns nachhaltig unterhalten. Wir brauchen hier eine gesellschaftliche Debatte über die Wirkungen von Digitalisierung in unserem Gemeinwesen, denn Digitalisierung erleichtert unser Leben an vielen Stellen. So erkennen wir gerade jetzt, dass wir durch Digitalisierung mit Familie und Freunden verbunden bleiben können, egal wo auf der Welt sie sich gerade befinden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, die Digitalisierung ist eine langfristige Gestaltungs- und Entwicklungsaufgabe für unser Land. Die nachhaltige Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie, die auch als Green IT bezeichnet wird, spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Sie kann dazu beitragen, dass der Ressourcenverbrauch der Menschheit reduziert wird und somit die kommenden Generationen eine lebenswerte Zukunft haben. Wir wollen, dass die Landesregierung bei der umweltbewussten Gestaltung der Informations- und Kommunikationstechnologie voranschreitet, um das Bewusstsein für dieses Thema und diese Lebensbereiche zu wecken.

Ich habe hier nur eine kleine Bandbreite der zahlreichen Aspekte aufgegriffen. Ich bitte um Unterstützung für unseren Antrag. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Christian Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Spannende an diesem Tagesordnungspunkt ist, dass er zeigt, Klimaschutz ist nahezu in jedem Thema. Dafür herzlichen Dank! Die Digitalisierung ist aber – das ist mir wichtig – zunächst selbst schon Möglichkeit, sich im Übrigen im Alltag deutlich ökologischer zu verhalten als Verwaltung. Neben der angesprochenen Bürgerfreundlichkeit, der Möglichkeit, dass ich von meinem Heim aus im Zweifel die meisten Verwaltungsvorgänge verrichten kann, spare ich damit im Zweifel auch Wege ein. Das spart mich Zeit und Geld, aber es spart natürlich auch ökologisch Zeit und Geld. Es ist nämlich der Vorteil, dass ich erheblich Wege vermeiden kann, wenn es uns gelingt, umfassend zu digitalisieren.

Ich teile die Hoffnung von Franz-Robert Liskow, dass wir uns trotzdem nicht nur mit dem Rechner unterhalten. Ich bin da auch immer ganz guter Dinge. Ich glaube, solche Karikaturen hat es schon in den 70er- und 80er-Jahren gegeben. Bisher ist es immer gelungen, dass die Menschen aus Fleisch und Blut die wichtigsten Ansprechpartner bleiben, aber der Rechner uns ganz viele Dinge abnimmt.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Und noch mal, nicht mehr auf dem Amt warten zu müssen, nicht mehr Wege zurücklegen zu müssen, nicht mehr an Öffnungszeiten mich orientieren zu müssen, die ja zum Teil auch unterschiedlich ausfallen, sondern das meiste von zu Hause aus zu machen, ist nach meiner tiefen Überzeugung ein Riesenqualitätsvorsprung, ein Riesendienstleistungszuwachs, den öffentliche Verwaltung Menschen bieten kann. Und noch mal, damit sparen wir dann hoffentlich auch deutlich Wege ein.

Wenn Digitalisierung gut gemacht ist, spart sie im Übrigen auch Papier in Hülle und Fülle ein. Das hängt natürlich auch davon ab, dass wir dann nicht alles trotzdem ausdrucken, was wir per Computer bekommen. Aber auch an der Stelle ist Digitalisierung schon eine echte Chance, mit diesen entsprechenden Prozessfortschritten und Digitalisierungsschritten Papierformulare zu vermeiden, Papierausdrucke zu vermeiden, auch damit einen ökologischen Gewinn aus der Technik zu generieren. Unser Interesse ist es, möglichst umfassend Digitalisierung der Prozessschritte innerhalb der Verwaltung zu erreichen, neben diesem ökologischen Aspekt vor allen Dingen aber aus Dienstleistungsaspekten.

Ungeachtet dieser Einsparpotenziale, die die Digitalisierung als Prozess für die entsprechenden Vorgänge ermöglicht, gilt natürlich, dass damit einhergeht erheblicher Energieverbrauch in den Rechenzentren, der ist hier angesprochen, die Frage also, wie viel Energieaufwand betriebe ich damit, dass ich auf der anderen Seite Energie sparen will. Wir glauben, dass wir dafür eine gute Chance haben, dankenswerterweise auch angesprochen, wenn wir zentralisieren und standardisieren, was wir an Informationstechnik, also an Computern, für die Landesverwaltung beschaffen. Das ist ein Prozess, der etwas länger dauert, in dem wir aber mittendrin stecken, die Idee also, dass nicht mehr jede Behörde, jedes Ministerium seine eigene IT-Grundstruktur hat und sagt, wir beschaffen Rechner der Kategorie A und stattdessen die wie folgt aus, und andere Rechner der Kategorie B. Wenn Sie das alles standardisieren, kriegen Sie erhebliche Potenziale – sowohl finanziell, aber auch in der ökologischen Bilanz – im positiven Sinne gehoben.

Unser Stichwort lautet dann „MV-PC“, also die Idee, an jedem Rechnerarbeitsplatz eines Landesbeschäftigten, egal, in welchem Bereich, steht erst mal in der Grundstruktur ein identischer Rechner mit identischen Grundstrukturen. Und für die, die dann Sonderbedarfe haben, kann man diesen Rechner um die Einzelanwendungen verstärken, aber es gibt sozusagen einen Grundbaustein, der sich bei allen gleichermaßen findet.

Wir glauben, meine Damen und Herren, dass wir im Bereich Green IT schon gute Schritte gemacht haben, und trotzdem ist der Ruf, zu sagen, bleibt dabei nicht stehen, vollkommen richtig, allemal dann, wenn Ziel dieses Landes ist, deutlich weiter zu digitalisieren, weil damit einhergeht, dass wir natürlich dann auch die Stromverbräuche an dieser Stelle erhöhen.

Das DVZ, unser Landesrechenzentrum, hat in den letzten Jahren ganz bewusst eine Umweltstrategie sich vorgenommen und auch umgesetzt. Wenn Sie auf den Energieverbrauch des Rechenzentrums zwischen den Jahren 2014 und 2018 schauen, gibt es einen international anerkannten Messstandard, den PUE. Das ist quasi die Stromnutzungseffizienz, und die versucht zu schauen, wie viel Energieeinsatz in einem Rechenzentrum

tatsächlich in den Betrieb des Computers, der Rechner fließt und wie viel Strom oder Energieaufwand ich brauche, um über den eigentlichen Rechneraufwand hinaus, den Rechnerstrombedarf hinaus, andere Energieträger mit Strom zu versorgen oder mit Energie zu versorgen. Das sind typischerweise die Lüftungseinrichtungen, die Kühlanlagen, die dort betrieben werden.

Optimales Ziel wäre dann ein PUE von 1,0 – eine Stromkilowattstunde, die reingeht, geht auch direkt in den Rechner. Die erreicht nach meinem Kenntnisstand zurzeit niemand, aber das wäre natürlich das optimale Ziel. Als Durchschnitt im Jahr 2025 – im Jahr 2025! – wird derzeit angenommen 1,8. Ich habe also 1,8 aufgewendete Energieeinheiten, um den Rechner und drum herumliegende Einheiten zu bedienen, weiß dann aber, dass ich in erheblichem Umfang vor allen Dingen Kühlung zusätzlich brauche. Wir haben es in den Jahren 2014 bis 2018 bei diesem PUE-Faktor von ehemals 1,6 – da waren wir schon besser als die 1,8, die man 2025 durchschnittlich erwartet –, aber von 1,6 im Jahr 2014 sind wir im Jahr 2018 bei 1,43 gelandet. Es ist also schon gelungen, sich deutlich zu verbessern bei diesem Standard. Aber noch mal: Da bleibt gern Luft nach oben.

Um ein Gefühl zu geben, was 2025 bei diesem durchschnittlichen Standard von 1,8 als guter und sehr guter Wert zugrunde gelegt wird, ein Wert, der Ausweis von Energieeffizienz sein soll, gilt dann 1,5 ab 2025. Wir liegen bei 1,43, also innerhalb dieser Marge liegen wir drin. Ein exzellenter Effizienzwert in 2025 ist nach derzeitigen Definitionen 1,2. Und da begreife ich diesen Antrag auch ein Stück weit als Rückenwind zu sagen, versucht noch mal alles, um euch genau auf so einen Wert zuzuarbeiten.

Meine Damen und Herren, um ein Gefühl zu kriegen, was das Datenverarbeitungszentrum unseres Landes, also unser großes Rechenzentrum, in den vergangenen Jahren gemacht hat, um auf diese 1,43 zu kommen: Insbesondere ist am Standort hier in Schwerin des Rechenzentrums die Kühlung von der rein durch Maschinen betriebenen Kühlung auf ein Freikühlsystem umgestellt worden. Dort ist mit erheblichem Aufwand errichtet worden ein Freikühlsystem. Um es mal ein bisschen salopp zu übersetzen: Ich hole mir quasi die Luft von außen und leite sie in die Serverräume, und das sehr bewusst, und das mit Techniken, die dazu führen durch entsprechende bauliche Veränderungen, dass ich heute bis zu 17 Grad Celsius Außentemperatur ohne zusätzliche Kühlsysteme, die mit Energieaufwand betrieben werden müssen – nur durch dieses Freikühlsystem, bis 17 Grad Celsius Außentemperatur nur mit der Freikühlanlage –, klarkomme und dadurch dann über den Jahresschnitt deutlich zusätzliche Energie einspare, die ich nicht mehr benötige, um die Kühlungen der Rechnersysteme sicherzustellen.

Zweitens. Innerhalb der Serverräumlichkeiten ist durch Baumaßnahmen sichergestellt worden – das sind weitgehend Einhausungen –, dass ich wirklich nur den kleinen Bereich der Rechner, die gekühlt werden müssen, kühle und nicht mehr einen Riesensaal habe, wo Rechner drinstehen, ich den ganzen Saal herunterkühle, obwohl ich eigentlich nur an wenigen Punkten die entsprechende Außentemperatur für die Gewährleistung der technischen Zuverlässigkeit der Anlage sicherstellen muss.

Zudem ist es gelungen, dass wir heute sagen, die Solltemperatur, die maximale Temperatur, die die Rechner-

räume aushalten müssen, sind 24 Grad Celsius. Das ist deutlich hochgefahren worden. Früher haben wir deutlich darunterliegende Temperaturen halten wollen. Auch da hat man also in Absprache mit den IT-Leuten einen Standard gefunden, der nicht mehr ganz so viel Energieeinsatz für die Kühlung bedarf.

Zu guter Letzt ist das Datenverarbeitungszentrum unentwegt begleitet von einem großen Unternehmen, das in diesem Fall aber mit seinem Standort in Rostock uns hilft. Die Firma Siemens bietet ein Energiemanagementsystem über eine Energiemonitoring- und Controlling-Plattform an, die eingesetzt wird. Über 30 Messpunkte im Datenverarbeitungszentrum helfen unentwegt, dass Experten von außen also immer wieder weitere Energieeinsparpotenziale identifizieren und dann gemeinsam mit dem DVZ umsetzen können.

Zu guter Letzt bezieht das DVZ CO₂-freie elektrische Energie. Damit können wir zumindest ein Stück weit sicherstellen, dass auch da wir nach Kräften – was natürlich bei der Windenergie und der Sonnenenergie in diesem Lande auch ein Tick leichter ist –, dass wir nach Kräften dazu beitragen, dass der Strom, den wir einsetzen müssen, dann wiederum aus CO₂-neutralen Quellen stammt.

In der Beschaffung von IT-Geräten wird im Übrigen bei uns im Bundesland durch das DVZ und im zentralen Warenkorb der Energieverbrauch über die typische Gesamtlebenszeit des Gerätes mitberücksichtigt. Ich entscheide also, nicht das billigste oder kostengünstigste Gerät beim Preis der Anschaffung zu kaufen, sondern es wird immer mitberücksichtigt, was die erwartete Lebensenergiebedarfsmenge ist, und die wird mit hineingerechnet. Da gibt es entsprechende Rechenfaktoren, die angewendet werden, damit ich nicht am Ende zwar den 300-Euro-Rechner gekauft habe, aber hinterher ein relativ energieineffizientes Gerät habe und über die Laufleistung von fünf, sechs, sieben Jahren in Wahrheit ein Mehrfaches ausgebe, was mir bloß beim Kauf nicht auffällt, weil das eben die Betriebskosten sind. Das macht das DVZ und das macht das Land sehr bewusst bereits heute, aber auch da wird man sicherlich noch mal gucken können, kann man Standards verbessern.

Das Recycling erfolgt zertifiziert. Aber auch da ist der Hinweis dieser Beschlussvorlage richtig. Die Verwertung hintenheraus, die Reverwertungsmöglichkeiten der verbauten Komponenten noch deutlicher auch zu berücksichtigen, ist auch ein wertvoller Beitrag für eine nachhaltige Strategie im Umgang mit unseren entsprechenden Informationssystemen.

Meine Damen und Herren ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, gestatten Sie eine kurze Zwischenbemerkung. Da mir zwischenzeitlich mal mein Schriftführer abgänglich war,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was?!)

sehen Sie da nicht die richtige Redezeit. Also ich wollte bloß kurz informieren, dass die Redezeit abgelaufen ist. Ja, ich habe dann irgendwann ...

Minister Christian Pegel: Dann schließe ich jetzt mit zwei Sätzen. Ich habe in der Tat mich nur auf die Zeit konzentriert. Danke für den Hinweis.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Aus diesem Grund gebe ich ja diesen Hinweis.

(Heiterkeit bei Philipp da Cunha, SPD, und Franz-Robert Liskow, CDU)

Minister Christian Pegel: Dann danke ich für den Hinweis.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Ich schließe mit dem Hinweis, dass uns zwei zentrale Stellen umtreiben. Erstens, die Standardisierung der Informationstechnik in den Ressorts würde nun tatsächlich noch einmal Nachhaltigkeitspotenziale erschließen. Da ist die Landesregierung auf dem Weg, aber Ihr Antrag gibt uns Rückenwind dafür. Herzlichen Dank! Und wir glauben, dass sich die eben angesprochene PUE auch noch einmal verbessern lässt. Aber wir werden dann gemeinsam eben auch Investitionsaufwand betreiben müssen, wie eben bei dem Freikühlsystem. Ich muss dann erst investieren, um es hinterher umzusetzen.

Dann danke ich Ihnen bei gedachten 8 Minuten 30 für Ihre Aufmerksamkeit. Tatsächlich scheint es mehr zu sein. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Franz-Robert Liskow, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister! Ja, es war unwesentlich mehr.

Und ich rufe jetzt auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn Lerche.

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrte Präsidentin! Werte Kollegen Abgeordnete! Liebe Landsleute! Ich weiß ja nicht, wem dieser inhaltsleere Antrag eingefallen ist. Nach dem guten Sachantrag zur Ingenieursausbildung gestern ist dies ja nun wohl der Brüller des Tages!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das wissen wir ja noch nicht. Wir sind ja noch am Anfang des Tages. –
Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
Sebastian Ehlers, CDU, und
Franz-Robert Liskow, CDU)

Um den Gästen und Zuschauern beim Livestream dieses besser zu verdeutlichen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

lese ich den Antrag noch mal vor. Unter Ziffer I: „Der Landtag stellt fest, dass die Digitalisierung heute bereits aus vielen Lebensbereichen nicht mehr wegzudenken ist“

(Franz-Robert Liskow, CDU: Ja.)

„und zukünftig noch weiter steigende Bedeutung erlangen wird.“

(Thomas Krüger, SPD: Ja. Widerspruch von Ihrer Seite, oder was?!)

„Umso wichtiger ist es, dass die Umsetzung von Digitalisierung möglichst nachhaltig und ressourcenschonend erfolgt.“ Das ist wie die peinliche Rede von Frau Merkel auf der CEBIT 2013. Das kommt 20 Jahre zu spät.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas Krüger, SPD: Hä? Was denn jetzt davon? Das ist eine Feststellung.)

Diese Feststellung, die hätten Sie schon vor 20 Jahren treffen können. Wenn Sie die heute erst treffen, dann ist das peinlich für Sie.

(Franz-Robert Liskow, CDU: Das kann man jeden Tag aufs Neue feststellen. – Peter Ritter, DIE LINKE: Das war jetzt der Brüller des Tages! – Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Und unter Ziffer II:

(Thomas Krüger, SPD:
Eine intellektuelle Spitzenleistung!)

„Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, ... bei den Digitalisierungsaktivitäten des Landes Mecklenburg-Vorpommern eine nachhaltige Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien im Blick zu haben und festzuschreiben.“ Punkt 2: „... im eigenen Wirkungsbereich die nachhaltige Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien konsequent umzusetzen. Hierzu zählt ... die zentrale Beschaffung von Technik mit Blick auf Energieeffizienz“ – ich betone dieses Wort noch mal: mit Blick auf Energieeffizienz – „und gute Reparierbarkeit sowie die umweltfreundliche“ – noch mal betont: umweltfreundliche – „Entsorgung von Altgeräten.“

(Thomas Krüger, SPD: Ja, und?)

Ich verweise jetzt

(Thomas Krüger, SPD: Und?)

hier auf das Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern, geändert zuletzt am 12.07.2018. Paragraph 3 Absatz 1 beinhaltet: „Dabei werden die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Verhältnismäßigkeit gewahrt.“ Und in Paragraph 3 Absatz 4 weiter der wichtige Satz: „Technische Spezifikationen sowie Leistungs- oder Funktionsanforderungen sollen sie“ – die Auftraggeber – „unter Beachtung umweltbezogener Aspekte“, also eins zu eins abgeschrieben, „und unter Bezugnahme auf Umweltzeichen formulieren. Sie sollen auf den Gesichtspunkt einer möglichst hohen Energieeffizienz achten.“ Da steht auch „hohe Energieeffizienz“. Sie haben also einfach nur noch mal das Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern abgeschrieben, an das sich jetzt die Landesregierung halten soll.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich nehme an, das ist ja wohl selbstverständlich. Und so viel zum Vergabegesetz. Damit ist eigentlich alles geregelt. Dazu braucht es Ihren Antrag nicht.

Also, meine Damen und Herren der SPD und CDU, lesen Sie Ihre eigenen Gesetze und verschonen uns mit diesem Rückenwindantrag! Oder kommt demnächst ein Antrag, die Landesregierung wird aufgefordert, im eigenen Wirkungsbereich, Wirkungsbereich darauf zu achten, dass nach Benutzung der Toilette die Wasserspülung zu beständigen ist?

(Zuruf aus dem Plenum: Betätigen! Betätigen!)

Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe aus dem Plenum: Betätigen! Betätigen! –
Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
Franz-Robert Liskow, CDU,
und Daniel Peters, CDU)

Betätigen. Entschuldigung, da habe ich mich ein bisschen verlispelet, „betätigen“ hatte ich gesagt.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, haben Sie. –
Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen erst mal in die Runde! Gestern haben wir schon, vorgestern haben wir schon über das Thema Digitalisierung im Bereich der Verwaltung, des Schriftformerfordernisses diskutiert, heute sprechen wir darüber, was eigentlich Green IT, was nachhaltige IT, mitgedacht im kompletten Lebenszyklus von IT, ist. Also ich habe mal gehört oder mir wurde mal gesagt, gute IT ist unsichtbar. Wenn man sich diesen Raum anguckt – und in der Bauphase war der eine oder andere hier –, im Plenarsaal liegen, ich will vermuten, hunderte Meter, eher kilometerweise Kabel, ein Großteil ist versteckt. Genauso betrifft das viele andere Lebensbereiche, die wir haben.

Wenn wir die vergangenen Wochen zurückdenken, was Digitalisierung uns mittlerweile bringt, mit Möglichkeiten, dass zu Hause Kommunikation zwischen den Schulen und den Schülerinnen und Schülern stattfinden kann, dass wir uns per Videokonferenz treffen können, dass man bei weiter Entfernung nicht mehr anreisen muss, dann aber auch Möglichkeiten bestehen, nicht nur Informationen, einzukaufen und dergleichen. Gerade viele Bereiche, die auch unseren Alltag, den politischen, den als Abgeordneter betreffen, der Umgang mit seinem Büro, all das läuft über digitale Netze. Und die Nachhaltigkeit, gerade auch bei der IT, setzt ja an genau diesem Punkt an. Dahinter steht das Konzept, dass die Kontrolle darüber gewahrt wird, energieeffiziente und umweltaffiziente Lösungen zu finden, das heißt ebenso, den Überblick zu bewahren, wie sich der gesamte Lebenszyklus von technischen Geräten gestaltet.

Zeit meines Lebens passieren die digitalen Fortschritte in immer kürzeren Abschnitten. Das ist nicht nur in meinem privaten Leben so, auch wenn ich vor Ort sehe, wie sich in den vergangenen Jahren hier bei uns die Arbeit verändert hat und angepasst hat. Ich wage zu bezweifeln, dass wir in den kommenden Jahren eigenständig auf weitere Erneuerungen und Erleichterungen an vielen Stellen verzichten werden. Dementsprechend ist nicht nur das Digitalisierungserleichterungsgesetz von vor zwei Tagen, was wir auf den Weg gebracht haben, wichtig, sondern wir planen ja alle auch irgendwo oder würden uns freuen, wenn wir nicht mehr schwere Aktenkoffer tragen müssen, sondern wenn es tatsächlich den papierlosen Alltag gibt.

Doch solange wir in diesem Ausmaß technische Geräte nutzen wollen, belasten wir auch die Umwelt. Und genau da fängt nämlich eigentlich dieser Antrag an und der

Gedanke der Green IT, denn es geht, wie auch meine Vorredner gesagt haben, eben nicht nur darum, wie wir eigentlich vielleicht ein grünes Label darauf bekommen, sondern es geht um den ganzen Zyklus, den Zyklus, einen Lebenszyklus. Der Minister hat es gut angebracht, die Frage, was investiere ich jetzt, ist es vielleicht jetzt ein günstiges Gerät und kostet mich über die Lebenszeit deutlich mehr, oder ist es sinnvoller, jetzt direkt in etwas zu investieren, was einen reduzierten Energieverbrauch hat, was vielleicht schon bei der Herstellung einen reduzierten Materialverbrauch hat und damit tatsächlich für die Umwelt gar nicht schlecht ist, was vielleicht aber auch dazu führt, dass in anderen Bereichen, im Verkehrssektor oder vielen anderen, Energieemissionen gespart werden können, sodass wir tatsächlich nicht nur die IT an sich betrachten, sondern wenn wir über nachhaltige IT sprechen, dann sprechen wir über den Produktzyklus, aber auch über den Zyklus und über die Nutzung in den ganzen anderen Bereichen. Und IT, wie Sie wissen, kommt in immer mehr Bereichen vor.

Ein kleiner Schritt, ein Weg dahin, wir haben auch gerade schon gehört, wie wir eigentlich schon auf dem Weg sind, wie wir schon versuchen, anhand der aktuellen Gegebenheiten das umzusetzen, denn sicherlich werden wir nicht von heute auf morgen alles austauschen können, wir werden nicht von heute auf morgen jegliche Veränderungen, denn tatsächlich ist ein Lebenszyklus von Produkten, die jährlich vorgestellt werden, schwierig, bis aufs Kleinste auszumalen, wenn wir darüber sprechen, wie technische Geräte – Smartphones, Tablets – nach zwei, drei Jahren kaputtgehen. Natürlich ist der Wunsch, dass die über Jahre genutzt werden können, ein ganz wichtiges Anliegen auch dieser nachhaltigen IT. Und wenn wir alle dieses beherzigen, wenn die Landesregierung weiterhin diesen Weg geht, dem wir auch mit diesem Antrag Rückenwind geben wollen, dann können wir zusammen mit vielen anderen in dem Bereich Vorreiter sein und können unserer Umwelt was Gutes tun, können unserem Energieverbrauch was Gutes tun und auch der Nachhaltigkeit im gesamten Produktzyklus. Und deswegen bitten wir um die Zustimmung zu unserem vorliegenden Antrag. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist heute aber auch wieder viel Rückenwind, ne, im Landtag? Schön!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE –
Zuruf von Franz-Robert Liskow, CDU)

Ja, das ist ja auch schön, wenn man sich mal gegenseitig unterstützt, finde ich.

(Franz-Robert Liskow, CDU: Ja, vor
allen Dingen in den schweren Zeiten.)

Vor allem in den schweren Zeiten, jaja.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Deswegen, da muss ich auch gleich mal damit anfangen, kann ich, ehrlich gesagt, die Reaktion der AfD nicht ganz nachvollziehen. Auf jeden Fall haben Sie bewiesen, dass Sie lesen können. Das haben wir mitbekommen.

(Heiterkeit und Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD, CDU
und Karsten Kolbe, DIE LINKE)

Aber ich glaube, wir sind uns schon einig, dass man immer bei Anträgen auch der Koalitionsfraktionen – und wir wissen ja, wie schwierig das ist, wenn man in der Regierung ist und dann natürlich als Koalitionsfraktionen

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

hier auch mit politischen Inhalten im Landtag handeln möchte –, dann muss man seiner Regierung auch mal Rückenwind geben. Aber ich glaube, dass Green IT nun wirklich ein Thema ist, auch wenn da noch viel Luft nach oben ist und ja auch schon einiges geschieht, ich finde diesen Antrag nicht umsonst, allein schon deshalb, weil Green IT ein ganz, ganz wichtiges Zukunftsthema ist, auch sehr umfangreich, wenn man erst mal anfängt, sich damit zu beschäftigen. Also auch an der Stelle kann ich mich schon mal bedanken für den Antrag.

Ich habe viel gelernt in den letzten Wochen zu Green IT und dabei natürlich auch wieder gemerkt, was das für eine gigantische Herausforderung ist. Wir haben mal damit angefangen zu sagen, ihr müsst Papier sparen, also hört auf, jeden Antrag, jede Akte auszudrucken, arbeitet mit euren Tablets und mit euren Computern, um Müll zu sparen, auch um Fahrwege einzusparen und natürlich umweltbewusster Politik zu machen. Und auf einmal betrachten wir diese Aufforderung noch mal ganz anders und sagen, aber dabei hört es nicht auf, sondern ihr müsst auch darüber nachdenken, welche Auswirkungen auf Umwelt und Klima dieses Arbeiten hat und diese Digitalisierung hat. Das ist eine ganz neue Herausforderung. Das heißt, auf der einen Seite ist es natürlich Kunst, auf der anderen Seite auch Chance, dank der Digitalisierung umweltbewusster zu handeln, aber eben auch die Digitalisierung umweltbewusst zu gestalten. Das ist schon sehr interessant.

Aus unserer Sicht wäre das natürlich ein prima Thema für eine Digitalisierungsstrategie des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Wie Sie wissen – und das wiederhole ich ja sehr gerne –, haben wir leider keine richtige, echte Digitalisierungsstrategie.

(Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU:
Machen wir nächste Wahlperiode.)

Aber das wäre ja jetzt noch mal eine Möglichkeit, das nachzuholen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

denn ein solcher nachhaltiger Gedanke und der Anspruch, Green IT überall umzusetzen, würde sich natürlich im Rahmen einer Digitalisierungsstrategie ganz wunderbar wie ein, nicht ein roter, sondern ein grüner Faden sozusagen durch die Strategie ziehen – vielleicht holen

wir das ja doch noch mal miteinander nach –, und dabei genau zu gucken, woher kommen diese Technologien, mit denen wir arbeiten, wie langlebig sind sie, wie werden natürlich auch die Rohstoffe abgebaut, Thema „seltene Erden“, und da natürlich auch aus unserer Sicht als Fraktion DIE LINKE das eine ist, wie langlebig solche Geräte sind, dass man auch mal einzelne Teile ersetzen kann, dass man nicht immer gleich über Neubeschaffung redet. Energieeffizienz ist ein Thema und, und, und, die Liste ist ja lang.

Aber was wir auch nicht vergessen dürfen, sind die Arbeitsbedingungen. Also für uns gehört zum Thema Green IT auch der ethische, der moralische Aspekt dazu, denn gerade die Arbeitsbedingungen sind ja in vielen Ländern, in denen solche Geräte hergestellt oder entsprechende Rohstoffe abgebaut werden, sehr schlecht. Und sichere Arbeitsbedingungen und faire Arbeitsbedingungen sollten beim Aspekt Green IT hier auf jeden Fall nicht außer Acht gelassen werden.

Ansonsten muss ich Sie noch mal quälen.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU: Oh!)

Ja, ich muss Sie noch mal quälen mit dem täglich grüßenden Murmeltier, DIE LINKE hat es ja gleich gesagt. Da kommen Sie nicht drum herum. Bereits im April 2018 hat meine Fraktion beantragt, eine umweltverträgliche Beschaffung einzuführen. Dabei ging es darum, ökologische Kriterien zu beachten,

(Andreas Butzki, SPD: Vorbildlich!)

umweltfreundliche und energieeffiziente Produkte zu bevorzugen, und natürlich ging es auch um den vollständigen Lebenszyklus entsprechender Produkte, die hier beachtet werden sollten.

Der Kollege Waldmüller ...

(Egbert Liskow, CDU:
Links wirkt! Links wirkt!)

Ja, links wirkt sehr gut, auf jeden Fall. Da sind wir uns einig.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Der Kollege Waldmüller aus der CDU-Fraktion hatte damals im Rahmen der Zweiten Lesung unseres Gesetzentwurfes Folgendes gesagt, ich zitiere: „Jetzt lassen wir mal die Wirkung der vergaberechtlichen Änderungen mit dem Weltklima außer Acht. Lassen Sie uns diesen Änderungsantrag einmal auf das praktische Leben projizieren, wenn das so wäre. Stellen Sie sich dazu vor, Sie sind Auftraggeber von einer Handwerksleistung, die Auftragsbücher sind voll und jetzt kommen noch zusätzlich vergabefremde Kriterien dazu.“ Es ging ja um ökologische Kriterien bei der Vergabe.

Im aktuellen Antrag von SPD und CDU steht: „Gerade mit Blick auf die notwendige Debatte zu Umwelt- und Klimaschutz ist ein nachhaltiges Wirtschaften ... zwingend in den Fokus von Politik und Gesellschaft zu rücken.“ Sehr gut! „Der Ressourcenverbrauch der Menschheit muss reduziert werden ...“ und so weiter und so weiter. Ich schlussfolgere also, unsere guten Absichten

sind jetzt bei Ihnen angekommen. Darüber freuen wir uns sehr, dass wir nun gemeinsam über klimagerechte Vergabekriterien sprechen können. Dem entspricht also, das bedeutet natürlich auch, dass sie verbindlich sein müssen, dass das Vergaberecht so dann auch angepasst werden muss, damit wir diese Verbindlichkeit haben.

Eine umweltbewusste Digitalisierung, das sagte ich vorhin schon, ist ein Zukunftsthema auch für die Unternehmerinnen und Unternehmer im Land, für alle Arbeitgeber/-innen und natürlich erst recht für die öffentliche Hand. Doch die Herausforderungen sind groß, das hat Herr Minister auch schon angesprochen, es sind immense Investitionen notwendig, und der Fachkräftemangel ist hier natürlich auch ein Hindernis für uns.

Die letzten Wochen haben ja dazu beigetragen, dass bei vielen Einwohnerinnen und Einwohnern in Mecklenburg-Vorpommern noch mal ein ganz anderes Bewusstsein für digitale Lehr- und Lernangebote gewachsen ist. Und wir alle wissen, dass es schwierig genug wird, angesichts der Belastungen der öffentlichen Haushalte infolge der Corona-Krise nun plötzlich das digitale Lernen und Lehren auf ganz neue Füße zu stellen. Das wird schon eine Herausforderung. Da wissen wir schon, was für gigantische Investitionen wir brauchen. Und wenn wir dann jetzt natürlich auch noch die Herausforderungen dazunehmen, dabei den Aspekt Green IT mit zu berücksichtigen und da auf Nachhaltigkeit zu gehen, dann können wir die Summe, glaube ich, noch mal um eine ganze Ecke erhöhen. Auch das muss uns bewusst sein, und das können wir sehr gerne machen, aber dann muss man eben auch offen und ehrlich darüber reden, welche finanziellen Herausforderungen hier auf uns zukommen und wie wir diese dann auch gemeinsam stemmen möchten.

So weit, so gut, ein wichtiges Thema. Ich hoffe, dass es sozusagen nicht nur bei der Besprechung dieses Antrages bleibt, sondern wir an dieser Stelle weitermachen, denn wenn man sich mit den Zahlen beschäftigt, also allein den gigantischen Stromverbrauch anschaut, also was Digitalisierung an Strom frisst, und damit natürlich nichts Gutes, ganz im Gegenteil, zum CO₂-Ausstoß beiträgt, dann ist uns, glaube ich, klar, dass wir hier alle sehr, sehr schnell umdenken müssen und handeln müssen, denn ansonsten bedroht irgendwann eine Sache, die das Klima eigentlich mal schützen sollte, das Klima. Und das darf natürlich nicht passieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Philipp da Cunha, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

An dieser Stelle möchte ich für diejenigen Abgeordneten, die gebannt vor ihren Empfangsgeräten außerhalb des Plenarsaals sitzen, ansagen, dass ich jetzt den letzten Redner aufrufen werde, und das ist für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Franz-Robert Liskow.

(Sebastian Ehlers, CDU: Er soll sich beeilen! – Andreas Butzki, SPD: Er macht jetzt eine Blitzrede.)

Franz-Robert Liskow, CDU: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Genau, die Kollegen sollen sich beeilen, ich rede meistens nicht so lange.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Aber ich bedanke mich erst mal herzlich bei den meisten Rednern hier für die konstruktive Auseinandersetzung mit dem Antrag und auch mit der inhaltlichen Debatte, die ja auch zeigt, dass Green IT eben viel mehr ist als tatsächlich die Beschaffung von Endgeräten.

Und ich danke auch dem Minister, der das anschaulich mal verdeutlicht hat, wie gerade überhaupt der Istzustand ist. Ich muss auch zugeben, ich habe jetzt auch gelernt, wie der PUE-Wert des Landes aktuell ist. Das war mir bisher nicht geläufig. Von daher vielen Dank an dieser Stelle, und auch an den Kollegen da Cunha noch mal für die Verdeutlichung, dass Green IT eben tatsächlich im gesamten Einsatzbereich zu sehen ist, wie man damit umgeht.

Und zu Frau Kröger möchte ich eigentlich sagen nur: So eine Idee muss ja auch ein bisschen wachsen, ne?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und deswegen haben wir jetzt ja zwei Jahre Zeit gehabt, uns damit auseinanderzusetzen.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ja, die Geschwindigkeit des Wachstums, die ist ja von Thema zu Thema unterschiedlich. Wir sind ja jetzt auch erst mal in dem Bereich der Landesverwaltung angekommen. Deswegen hat der Kollege Waldmüller nicht ganz unrecht, für Unternehmen ist es natürlich noch eine besonders schwierige Herausforderung,

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

das dann tatsächlich umzusetzen und sich den gesamten Lebenszyklus anzuschauen.

Und zum Kollegen Lerche kann ich nur sagen: Wer im Glashaus sitzt, ne, der ... Wenn wir uns jetzt so mit den Anträgen der AfD beschäftigen würden,

(Dirk Lerche, AfD: Machen Sie doch immer!)

wie Sie mit diesem Antrag, dann würde der Landtag in jedem Sitzungszyklus, glaube ich, einen Tag kürzer gehen. Von daher danke ich für die Unterstützung der drei Fraktionen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/4915. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/4915 mit den Stimmen der Frakti-

onen der SPD, CDU, DIE LINKE und der fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen aus der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 35**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Konsolidierungsmöglichkeiten im laufenden Haushalt nutzen – Einsparungen durchsetzen, Drucksache 7/4925.

**Antrag der Fraktion der AfD
Konsolidierungsmöglichkeiten im laufenden
Haushalt nutzen – Einsparungen durchsetzen
– Drucksache 7/4925 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Dr. Jess.

Dr. Gunter Jess, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute und verehrte Gäste! Der Landtag hat im Aprilplenum aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft unseres Landes mit großer Einmütigkeit den Nachtragshaushalt 2020/21 verabschiedet. Dadurch wurden finanzielle Soforthilfen für betroffene Firmen und sonstige strategische Hilfsmaßnahmen möglich gemacht. Diesen dort beschlossenen Hilfspaketen hatte sich auch die AfD nicht verweigert. Doch mit dem zweiten Blick auf die Situation muss aus unserer Sicht im Sinne unserer Bürger und Steuerzahler nun auch ein zweiter Schritt erfolgen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Dieser zweite Schritt soll durch unseren Antrag unterstützt werden. Er gipfelt in der Forderung: „Konsolidierungsmöglichkeiten im laufenden Haushalt nutzen – Einsparungen durchsetzen“.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD –
Egbert Liskow, CDU: Aber
selbstverständlich!)

Dieser Antrag schließt unmittelbar an die von mir vertretene Position in der Haushaltsdebatte vom Herbst des vergangenen Jahres an,

(Dietmar Eifler, CDU: Aber nicht am 1. April!)

denn mit dem Doppelhaushalt 2020/21 ...

(Dietmar Eifler, CDU:
Herr Dr. Jess, nicht am 1. April!)

Bitte zuhören!

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Bitte zuhören! Herr Eifler, auch Sie!

... hat die Landesregierung einen tüchtigen, das heißt aus heutiger Corona-Zeiten-Sicht einen zu großen Schluck aus der Finanzpulpe genommen, nämlich zulasten des Steuerzahlers.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ehemals solide Handeln der Finanzchefs beziehungsweise -chefinnen ist unter Frau Schwesig zu einem unsoliden politischen Aktionismus

(Andreas Butzki, SPD:
Vorsichtig! Vorsichtig!)

im Vorfeld der Wahlen 2021 verkehrt worden,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

ein Aktionismus, den der damalige Finanzminister Brodtkorb offensichtlich nicht mitverantworten wollte, denn die Regierung hat sich mit dem Doppelhaushalt 2020/21 vom Kurs der Vernunft verabschiedet und uns auf einen falschen und riskanten Finanzkurs gebracht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Corona-Krise macht dies überdeutlich klar.

Die epidemiologischen Maßnahmen der Regierung führten viele Unternehmen in unserem Land und damit auch deren Mitarbeiter und Familien in wahrhaft existenzielle Probleme. Teile der Realwirtschaft sind seit Anfang März stillgelegt und Aufträge weggebrochen. Hören Sie ruhig mal zu! Die MV WERFTEN, ein wichtiger industrieller Großbetrieb in unserem Land, haben die Produktion weitgehend eingestellt. Die Tourismusbranche, das Hotel- und Gaststättenwesen und der Handel mit nicht lebensnotwendigen Artikeln waren praktisch gestoppt. Kurz: Der Lockdown hat unser öffentliches Leben weitgehend lahmgelegt, wir haben oft genug darüber gesprochen.

Die Notlagen der Unternehmen und deren Mitarbeiter traten schnell und dramatisch ein, denn in unserem Bundesland sind die finanziellen Polster der Unternehmen in der Regel dünn,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

ebenso wie die Ersparnisse der Bürger.

(Jens-Holger Schneider, AfD: So ist es.)

Mecklenburg-Vorpommern hatte im April 64.950 Arbeitslose, 6.335 mehr als im Vorjahr. Hinzu kommen fast 91.000 Kurzarbeiter. 126.763 Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern bekommen derzeit Hartz-IV-Leistungen – 1.485 mehr als vor dem Lockdown. Auch die Anzahl der Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften ist im April um 684 auf insgesamt 72.050 angestiegen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Das zeigt, die soziale und finanzielle Situation vieler Menschen in unserem Land hat sich aufgrund der Corona-Krise drastisch verschlechtert.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Deshalb musste die Landesregierung zwingend und schnell reagieren, um eine Vielzahl von Insolvenzen und individuelle existenzielle Nöte abzuwehren beziehungsweise zu lindern. Ja, Nichthandeln wäre unverantwortlich gewesen.

Im Unterschied zur großen Bankenkrise 2008 ist diesmal, zumindest zunächst, primär die Realwirtschaft betroffen. Das hat fatalerweise doppelt negative Auswirkungen: zum einen auf die Einnahmesituation des Landes durch Steuerausfälle und weniger Bundesergänzungszuweisungen und andererseits durch höhere Ausgaben auf-

grund der erforderlichen Hilfspakete für die Wirtschaft und diverse Sozialmaßnahmen. Die Landesregierung will diese Situation einerseits durch Neuverschuldungen in Höhe von mehr als 700 Millionen Euro und andererseits Umschichtungen im Haushalt bewältigen, aber zu letzterem hat sie bisher keine Aussagen gemacht.

Gestern hat die OZ berichtet, dass der Finanzminister alle Ressortchefs zu Sparvorschlägen auffordern will.

(Egbert Liskow, CDU:
Das ist doch normal.)

Unser Antrag möchte das Ansinnen der Haushaltskonsolidierung unterstützen,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

aber eigentlich waren zur Kompensation von Konjunkturinbrüchen des Landes die angesparten Rücklagen, das heißt die Ausgleichsrücklage und Konjunkturausgleichsrücklage vorgesehen.

(Egbert Liskow, CDU:
Nehmen wir doch auch.)

Diese waren von den Damen und Herren Finanzminister vor Reinhard Meyer in Höhe von 1,4 Milliarden Euro angesammelt worden. Unter Führung von Manuela Schwesig sind diese aufgebauten Rücklagen des Landes weitgehend im Doppelhaushalt 2021 verplant, zum großen Teil für dauerhafte konsumtive Ausgaben und Steigerungen bei den Personalkosten.

Bereits vor der Corona-Pandemie zeigte auf Basis dieses Doppelhaushaltes die Mittelfristige Finanzplanung ab 2022 planerische Defizite, das heißt, sogenannte Handlungsbedarfe in Höhe von insgesamt 528 Millionen Euro bis 2024.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Schon dafür gab es bislang noch keine Lösungsvorschläge der Landesregierung, wie dieses Defizit einmal gefüllt werden soll. Das SARS-CoV-2 hat diese Situation noch um ein Vielfaches verschärft. Die angesparten Rücklagen des Landes stehen also in Zeiten der Corona-Not im Wesentlichen nicht mehr zur Verfügung. Wir meinen deshalb, angesichts der Einnahmeausfälle und erhöhten Ausgaben sind Konsolidierung und Einsparungen im derzeit noch üppig ausgestatteten Landeshaushalt 2021 zu überdenken. Die Aufstockung des Doppelhaushaltes 2020/21 um jeweils über 1 Milliarde Euro ist aus heutiger Corona-Sicht nicht mehr zu rechtfertigen, denn die Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen sind auf unbestimmte Zeit vorbei.

Der Bund rechnet für 2020 mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 6,3 Prozent. Die Maisteuerschätzung geht von einer Steuermindereinnahme des Staates von rund 100 Milliarden Euro in 2020 im Vergleich zur Herbstprognose aus. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage bezüglich der zu erwartenden Einnahmeausfälle des Landes hat die Landesregierung eine Größenordnung von 1 Milliarde Euro im Jahr 2020 angegeben. Auf eine weitere Kleine Anfrage bezüglich der zu erwartenden Gemeindesteuerausfälle hat die Landesregierung bisher lediglich auf die Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ hingewiesen, die Mitte

Mai 2020 vorliegen sollen. Gestern gab der Finanzminister der Presse gegenüber Einnahmeeinbrüche der Kommunen in Höhe von 150 Millionen Euro an.

Ein derartig sich abzeichnendes Ungleichgewicht eines Haushaltes kann nicht durch Neuverschuldungen aufgefangen werden. Die Landesregierung plant mit dem neuen Nachtragshaushalt eine Neuverschuldung von mindestens 700 Millionen Euro plus 400 Millionen zusätzlichen Bürgschaften. Wir meinen, dass im ersten Schritt Einsparungen und Haushaltskonsolidierungen ins Auge gefasst werden müssen. Erst im zweiten Schritt kann sehenden Auges eine zwingend erforderliche Neuverschuldung erwogen werden.

Bedauerlicherweise konzentriert sich die Konsolidierungslast in Mecklenburg-Vorpommern derzeit überwiegend auf die Ausgabenseite und nicht auf die Einnahmeseite, und das tut weh. Deshalb ist die Landesregierung beim Thema Konsolidierung bisher auch nicht besonders aktiv gewesen, im Gegenteil, in den letzten Monaten hat sie sogar zusätzliche Ausgaben erzeugt: Besoldungserhöhungen für Landesbedienstete, Schaffung neuer Planstellen, Ausbau des Referates für Social-Media-Arbeit in der Staatskanzlei, zusätzliche Staatssekretärsstelle im Wirtschaftsministerium, Ausbau der Filmförderung in der Staatskanzlei, Etablierung des Programms „Zukunftsfähigkeit der Landesregierung“ mit einmalig 50 Millionen Euro und Weiteres mehr.

Lassen Sie mich zum Fazit kommen. Angesichts der Corona-Pandemie und dem Versiegen der bisher scheinbar immerwährenden sprudelnden Steuereinnahmen werden die strukturellen Ausgabenbindungen der Regierung für die kommenden Jahre zu einer Hypothek für den Landeshaushalt. Ein weiteres potenzielles Risiko stellen bereits ausgereichte Bürgschaften des Landes dar. Unser Globaltraum der MV WERFTEN könnte durch Corona schnell zu einem Albtraum werden. Die Lösung kann aus unserer Sicht nur in einer Rückkehr zu einer verantwortungsbewussten, soliden Haushaltung liegen.

(Minister Harry Glawe: Reden
Sie das mal alles schön herbei!)

Wir sollten uns hüten, Herr Wirtschaftsminister,

(Minister Harry Glawe: Ja, ist so!)

die nächste Generation über Gebühr zu belasten.

(Minister Harry Glawe: Ich kann
auch jeden Tag Panik machen.)

Wer sagt uns denn, ob nicht im nächsten Jahr bereits die nächste Krise auf uns wartet?

(Minister Harry Glawe: Ja, genau.
Geht das schon wieder weiter!)

Lassen Sie uns vorsorgen, und zwar rechtzeitig!

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich bitte Sie, den Antrag meiner Fraktion zu unterstützen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ja, auch die Regierung kann Panik machen, aber nicht hier von den Regierungsbänken.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden,

(Heiterkeit bei Torsten Koplin, DIE LINKE:
Das gilt für alle! Das gilt für alle!)

eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Finanzminister des Landes. Herr Meyer, bitte schön.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Minister Reinhard Meyer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Jess hat zu Recht darauf hingewiesen, der Antrag, den die AfD hier eingereicht hat, ist auch vor dem Hintergrund der aktuellen Steuerschätzung zu sehen. Aber zunächst möchte ich kurz etwas zu dem Antrag sagen, bevor ich auf die Steuerschätzung, die Konsequenzen für das Handeln der Landesregierung eingehe.

Sie haben ein richtiges Ziel formuliert, aber wie immer bei diesen AfD-Anträgen ist es im Gesamtkontext völlig unglaubwürdig.

(Bert Obereiner, AfD: Ach nee!)

Während dieser Landtagssitzung fordern Sie jede Menge Ausgaben.

(Daniel Peters, CDU: Ja, richtig.)

Gestern, vorgestern alleine beim Thema Kurzarbeitergeld

(Jens-Holger Schneider, AfD: Doch!)

sollten es mal eben 160 Millionen sein.

(Zurufe von Daniel Peters, CDU,
Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Übrigens, bei dem Antrag zum Kurzarbeitergeld haben Sie offensichtlich überhaupt nicht bedacht, dass die, die eigentlich am meisten das Geld benötigen, nämlich die sozial Schwachen, das Ganze auf Hartz IV anrechnen müssen, und dann haben sie gar nichts davon.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Für die
machen sie auch keine Politik.)

Insofern, toller Vorschlag, kostet mal eben 160 Millionen Euro.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Dann haben Sie einen kommunalen Schutzschirm gefordert. Da haben Sie nichts zu gesagt, wie viel das kosten soll. Jetzt liegt noch ein Antrag zum Krankenhaus Crivitz vor, wo das Land helfen soll, und da muss ich Ihnen

einfach sagen, das passt nicht zueinander. Wenn ich dann solche Anträge sehe, dann muss man sagen, Konsolidierung hier, Geld ausgeben dort, keinerlei Vorschläge, außer Stabsstellen zu streichen, die natürlich nicht den Haushalt retten. Und da kann ich nur sagen, das ist unseriös, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und, Herr Dr. Jess, erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung – wir werden ja weiter informieren, der Wirtschaftsminister und ich, im Finanzausschuss, im Wirtschaftsausschuss –: Wir sollten bitte aufpassen, dass wir nicht nach dem Muster einer Zusammenbruchstheorie hier psychologische Äußerungen tätigen zu den MV WERTEN nach dem Motto, diese Prophezeiung wird dann schon irgendwann eintreffen. Und dann möchte ich Sie mal sehen, wie Sie dann dastehen als Zauberlehrlinge, weil Sie eine Situation heraufbeschwören, die wir retten wollen, weil wir die MV WERTEN hier im Lande brauchen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Auch das ist völlig unseriös.

So, meine Damen und Herren, mehr an Worten möchte ich diesem Antrag nicht widmen, sondern mich mit der Steuerschätzung von gestern beschäftigen, weil es im Zusammenhang steht mit dem, was hier aufgerufen worden ist. Die Ergebnisse der Steuerschätzung, meine Damen und Herren, sind in der Tat für uns schwierig. 1 Million Euro weniger in 2020, 700 Millionen Euro weniger im Jahre 2021.

(Egbert Liskow, CDU: 1 Milliarde!)

1 Milliarde, Entschuldigung! 1 Milliarde weniger in 2020. 700 Millionen Euro weniger in 2021.

Sie können sehen, auch der Finanzminister hat Träume. Wenn es 1 Million wäre, dann hätten wir kein Problem. Meine Damen und Herren, 1 Milliarde ist wirklich dramatisch. Und ich sage an der Stelle, ich habe noch nie so ungern, noch nie so ungern recht bekommen wie in dieser Frage, 1 Milliarde für 2020, weil das war ja unsere Schätzung – Sie erinnern sich – zum Nachtragshaushalt, den wir gemeinsam am 1. April verabschiedet haben.

Bei den Kommunen sind es 180 Millionen Euro weniger in diesem Jahr und 80 Millionen Euro weniger in 2021. Das ist historisch einmalig, weil wir haben eine Doppelkrise a) bei den Staatsfinanzen sowohl auf der Einnahme- wie auf der Ausgabenseite, die betroffen sind, und wir haben auch eine Krise in der Wirtschaft, sowohl auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite. Wir sind also an verschiedenen Fronten, wenn ich das so formulieren darf, gefordert.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Der Widerspruch ist Ihnen
aufgefallen, Herr Meyer, ja?!)

Und die Schätzungen waren noch nie so unsicher wie heute. Deshalb ist im Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ auch, wie ich finde, zu Recht beschlossen worden, dass man eine Zwischenschätzung noch mal machen wird im

September. Und da hoffen wir, dass wir dann auch noch besser sehen können als heute, wie die konkrete Entwicklung sein wird.

Die Wirtschaft – das ist die Annahme, die jetzt dieser Steuerschätzung zugrunde liegt – soll um 6,3 Prozent BIP 2020 zurückgehen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Bundesweit.)

aber ich sage Ihnen ganz offen, das ist ein optimistisches Szenario. Das geht von einem sogenannten V-Verlauf aus, das heißt, schnell runter, schnell wieder hoch. Und wir wissen noch nicht, wie die Pandemie verläuft. Es gibt auch seriöse Wirtschaftsforschungsinstitute, die von einem U-Verlauf der Krise ausgehen, also, dass die Krise länger andauert und damit die Steuereinnahmen noch größer, Mindereinnahmen noch größer werden, als das hier geschätzt worden ist.

Ein wichtiger Unterschied für uns im Unterschied zur Finanzkrise 2008/2009, als Mecklenburg-Vorpommern nicht so stark betroffen war wegen der Wirtschaftsstruktur – kleine und mittlere Unternehmen, wenig Exporte –,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ein Zehntel mal, ein Zehntel mal.)

dann ist es heute nicht mehr so. Wir werden genauso betroffen sein wie andere. Denken Sie allein an den Tourismus!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Zwei Monate keine Geschäftstätigkeit. Damit können wir ungefähr sehen, was passieren wird. Die entscheidende Frage: Was tun? Sofort eine Haushaltssperre machen? Sparen, bis es quietscht? Meine Damen und Herren, das wird nicht reichen. Das wird vor allen Dingen nicht der richtige Weg sein. Wir brauchen eine Doppelstrategie, die die Konjunktur stärkt auf der einen Seite, aber auch die Defizite reduziert, meine Damen und Herren. Und das ist die Kunst,

(Zuruf von Bert Obereiner, AfD)

das ist die Kunst der Finanzpolitik, die wir in den nächsten Wochen und Monaten zu bestehen haben.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Kaufkraft.)

Wir haben ja schon mit dem Nachtragshaushalt ...

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Also, Herr Fernandes, mit der Kaufkraft, Ihr Vorschlag zum KUG hätte dazu geführt, dass die Hartz-IV-Bezieher das alles wieder abgeben müssen. Also machen Sie mal kluge Vorschläge, als dass Sie dauernd von der Kaufkraft reden!

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Die Kaufkraft ist in der Tat wichtig, aber nicht mit den Vorschlägen, die hier präsentiert worden sind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Zu den Finanzierungsmaßnahmen: Das habe ich ja schon zum Nachtragshaushalt dargelegt, die 1 Milliarde Euro für 2020, wie wir gedenken, die zu decken,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

425 Millionen Euro aus der Konjunkturrücklage, 130 Millionen Euro Verzicht auf Nettotilgungen, 200 Millionen Euro aus der Ausgleichsrücklage, 235 Millionen Euro Minderausgaben im laufenden Haushalt und 10 Millionen Euro sonstige Rücklagen – macht 1 Milliarde Euro, das, was erwartet wird an Mindereinnahmen für 2020. Alles bekannt, meine Damen und Herren.

Und weil Herr Dr. Jess das angesprochen hat: Ich bin froh – auch wenn wir es so nicht wissen konnten mit Corona –, dass wir mit dem Doppelhaushalt einen Investitionshaushalt verabschiedet haben hier in diesem Landtag, denn wir werden diese Investitionen brauchen. Und, meine Damen und Herren, es ist meine feste Überzeugung, wir brauchen zum Wiederaufstart der Wirtschaft, zum Wiederaufstart der Konjunktur brauchen wir öffentliche Aufträge. Das war immer so, wenn die Wirtschaft nicht so funktioniert, dass die öffentliche Hand das ein Stück weit kompensiert, und dazu brauchen wir Investitionen. Und ich bin verdammt froh, dass wir die im Doppelhaushalt platziert haben, damit wir sie jetzt in der Krise nutzen können, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Unzweifelhaft werden wir Herausforderungen haben, insbesondere ab 2021. Es werden mehr Haushaltssteuerungen erforderlich sein. Ohne Einschnitte wird es nicht gehen. Auch der Finanzminister wird vielen lieb gewonnenen Projekten sagen müssen, da muss ein Corona-Stempel drauf, können wir uns das in diesen Zeiten leisten. Ich sage im Übrigen aber auch, die Kommunen, die ja jetzt schon wieder einen Schuttschirm fordern, sind weniger betroffen, weit weniger betroffen als das Land.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wir werden selbstverständlich mit den Kommunen reden, aber das FAG, das uns sehr helfen wird in dieser Situation, führt ja dazu wegen der zeitversetzten Berechnungen, dass die Kommunen zunächst einmal gar nicht viel verlieren.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Zeitversetzt.)

Im Gegenteil: Da reden wir fairerweise mit einem Zeitverzug ab 2022 in die Planungen der Haushalte, und das werden wir gemeinsam auch tun, aber es ist nicht sozusagen der Zeitpunkt, jetzt laut zu rufen, sofort Geld zu uns, sondern das bitte gemeinsam mit dem Land, weil wir die Hauptlasten tragen müssen, meine Damen und Herren.

Die Steuerschätzung im September 2020 hatte ich schon genannt, die nächste, die wird uns mehr Gewissheit geben, und deswegen werde ich danach Ressortgespräche über die Steuerung der jeweiligen Einzelpläne mit allen Ministerinnen und Ministern führen. Wir müssen gemeinsam Konsolidierungserfordernisse definieren, ebenso wie noch vorhandene Spielräume. Und das, was da als Ergebnis herauskommen wird, meine Damen und Herren, das werden wir selbstverständlich hier im Landtag, im Finanzausschuss, im Plenum diskutieren.

Insofern, meine Damen und Herren, bedarf es auch keines Antrages, die Landesregierung zum Handeln aufzufordern. Wir tun es bereits, und wir werden das mit ruhiger Hand tun in dieser Situation. Und für den Finanzminister gilt, ich handle stets mit Vernunft und pragmatisch, und darauf können sich alle hier in diesem Hohen Haus und draußen als Bürgerinnen und Bürger auch verlassen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Finanzminister!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Rösler.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die AfD beschäftigt uns hier mit Anträgen, die jeglicher Substanz entbehren. Kurz gefasst: Sie wollen ...

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Kurz gefasst: Sie wollen Vorschläge von der Landesregierung, wo im laufenden Haushalt Geld eingespart werden kann, und dazu einen Bericht im Finanzausschuss bis zum 30. September. Das hatten wir doch gestern erst.

Es ist doch vollkommen klar, dass das Land durch die aktuelle Krise massive Einnahmeausfälle zu erwarten hat. Die Steuerschätzung zeigt das auch und der Finanzminister hat das sehr ausführlich begründet. Es wird insbesondere Aufgabe des Landtages sein, denn wir haben die Budgethoheit, Vorschläge auch zu unterbreiten, wie wir mit den finanziellen Herausforderungen umgehen. Und ich bin an dieser Stelle dem Finanzminister sehr dankbar, dass es hier um besonnenes Agieren geht und jetzt nicht der Rotstift regieren soll.

Dabei ist jetzt im Übrigen schon absehbar, was wir von Ihnen von der AfD zu erwarten haben.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Was?!)

Ich erinnere nur an die letzten Haushaltsberatungen. Sie wollen die Streichung von Mitteln für die Gleichstellungspolitik und für die politische Bildung.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Verheerend, sage ich da, zeigt doch,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

zeigt doch gerade diese Krise und das, was wir gegenwärtig im Internet und auch auf den Straßen und Plätzen erleben, wir dürfen keineswegs weniger, sondern müssen deutlich mehr in politische Bildung investieren.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und damit nicht genug. Ich erinnere auch daran, die AfD will massiv Stellen im öffentlichen Dienst abbauen. Sie wollen auch nicht, dass die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer endlich besser bezahlt werden.

(Holger Schneider, AfD: Da sind wir nicht allein, mit der Meinung. –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Aber der größte Unsinn war und ist es immer noch, dass Sie vorgeschlagen haben, den Wirtschaftsminister zu streichen.

(Tilo Gundlack, SPD: Genau. –
Bert Obereiner, AfD:
Das Ministerium, nicht den Minister! –
Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Und das hätte sich in dieser jetzigen Situation bestimmt ganz hervorragend gemacht, so ganz ohne Wirtschaftsminister in der Corona-Krise. Na hervorragend! Wir werden jedenfalls Ihrem Antrag nicht zustimmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE – Heiterkeit
vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Minister Harry Glawe: Da habe ich ja Glück gehabt! Was wollten Sie denn machen? –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Rösler!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion ...

Also wir können jetzt auch gerne über die Frage, brauchen wir einen Wirtschaftsminister oder nicht, diskutieren, aber nicht von der Regierungsbank.

(Minister Harry Glawe: Wir sind völlig ruhig!
Also, Herr Weber, sagen Sie mal! –
Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Also ich habe jetzt hier nicht irgendwo einen Dialog freigegeben, sondern wollte darauf hinweisen, dass wir Regeln haben, und die Regeln besagen, dass sich die Mitglieder der Landesregierung von der Regierungsbank nicht zu äußern haben.

Da wir das jetzt wieder klargestellt haben und zwischenzeitlich auch das Pult desinfiziert ist, bitte ich dann den Herrn Liskow, mit seiner Rede zu beginnen.

(Egbert Liskow, CDU:
Ich muss erst mal hinkommen! –
Thomas Krüger, SPD: Schön langsam! –
Zuruf von Minister Harry Glawe)

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Sehr geehrte Herren der Fraktion der AfD, wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen schmeißen, das haben wir heute schon mal gehört. Ein Antrag, den wir eigentlich nicht brauchen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Aaah!)

wo Regierungshandeln,

(Andreas Butzki, SPD: Wie gestern mit dem Bildungsantrag!)

wo Regierungshandeln eigentlich noch mal unterstützt werden soll,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

dass wir Sachen machen sollen, die wir sowieso machen in der Regierung.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Völlig überflüssige Ausgaben!)

Dass wir zum Beispiel, und wie Sie fordern, dass wir zusätzliche Gelder im Haushalt sparen, was selbstverständlich in so einer Situation ist,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ah!)

dass man an den Stellen spart, wo es notwendig ist.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Allein es fehlt der Glaube!)

Was Sie aber wollen, ist nicht, die notwendigen Sachen sparen, sondern Sie wollen zusätzliches Sparen machen, und das ist in einer Krise gar nicht immer sinnvoll. Das haben wir schon mal in den 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts erlebt, wo man versucht hat in einer Krise, durch zusätzliches Sparen und durch Steuererhöhungen den Staatshaushalt zu sanieren.

(Zuruf von Bert Obereiner, AfD)

Und was ist passiert? Die haben eine große Krise danach gehabt. Also ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das waren die 20er-Jahre, aber okay!)

Genau. Aber es war Ende der 20er-, Anfang der 30er-Jahre, als diese große Krise war.

Und wir müssen heutzutage, und das hat Herr Meyer verhältnismäßig deutlich gesagt, die Investitionen,

(Andreas Butzki, SPD: Nicht „verhältnismäßig“, er hat es deutlich gesagt! –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

die wir, ...

Hat er sehr deutlich gesagt.

(Andreas Butzki, SPD: So ist es!)

... dass wir die Investitionen – und wir haben einen Investitionshaushalt –, dass wir die nicht wegstreichen können. Die brauchen wir, um die Wirtschaft wieder nach vorne zu bringen. Wir brauchen aber auch viele, viele andere Projekte, die hier in die Wirtschaft sozusagen investieren. Der Steuerzahler, wir als Land haben eine Verantwortung, nicht nur die Krise zu meistern, sondern auch die Folgen dieser Krise zu meistern und

wieder Produktion, Wirtschaft, Wertschöpfung zu schaffen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Ja, deshalb unser Antrag!)

Das ist eine ganz wichtige Sache.

Und wenn Sie sich mal den Nachtragshaushalt angeguckt haben, da sind ja schon 230 Millionen als Einsparungen vorgesehen. Wir haben Entnahmen aus der Rücklage, wir haben Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage,

(Zurufe von Jens-Holger Schneider, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

die die 1 Milliarde sozusagen abfangen sollen, und dazu mit den 230 Millionen, die da sozusagen als Einsparungen im laufenden Haushalt sind, müssen wir schon uns besonders anstrengen, um dieses überhaupt hinzubekommen. Also haben wir schon im Nachtragshaushalt verhältnismäßig deutlich gezeigt, wo der Weg hingeht.

Aber es ist auch genauso wichtig, dass wir die Kommunen mitnehmen, auch, dass die kommunale Ebene weiterhin in der Lage ist zu investieren, Bund, Land und Kommunen das gemeinsam schultern. Und das kann man nicht mit Kurzschnitten, mit Schnellschnitten hinkriegen, so, wie die AfD es hier von uns erwartet, sondern solide Haushaltspolitik heißt, die Finanzpolitiker mit dem Finanzministerium, aber auch die Wirtschaftspolitiker und alle hier im Hause sind gefordert, mit einer soliden Politik unser Land, unser Bundesland, aber auch die Region wieder in ein ruhiges und erfolgreiches Fahrwasser zu bringen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Gundlack.

Tilo Gundlack, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Landtagswoche ist fest mit dem Thema „Bewältigung der Corona-Krise“ verbunden.

Der vorliegende Antrag fordert die jährliche Einsparung von mindestens 300 Millionen Euro aus dem Doppelhaushalt für 2020/2021. Er sagt aber nicht, wie Sie überhaupt auf diese Summe kommen von 300 Millionen. Das ist einfach wahrscheinlich aus der Luft gegriffen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Nein.)

so muss ich es ja einfach mal deklarieren. Als Begründung wird herangezogen, dass durch die Corona-Pandemie voraussichtlich die Steuereinnahmen reduziert werden.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Es ist eine richtige Annahme. Und seit gestern liegen uns dazu auch erste Ergebnisse vor. Wir brauchen in Sachen Corona-Krise aber keinen Aktionismus, sondern eine

verlässliche Strategie unter Abwägung von gesundheitlichen und wirtschaftlichen Risiken.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Oh, Herr Gundlack, das war
aber ein Widerspruch!)

Zum jetzigen Zeitpunkt können nur grobe Schätzungen über die Entwicklung der Steuereinnahmen abgegeben werden. Die Landesregierung hat einen beschlossenen Doppelhaushalt und einen Nachtragshaushalt an die Hand bekommen und ist daher voll handlungsfähig.

Vom 12. bis zum 14. Mai 2020 tagte der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ planmäßig, um die Maisteuerschätzung 2020 bekannt zu geben. Die Ergebnisse liegen uns nun vor. Die Zahlen werden wie gewohnt vom Finanzministerium auf die Landes- und kommunale Ebene heruntergebrochen und am 28. Mai wird sich der Finanzausschuss damit beschäftigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mir natürlich auch die anderen Anträge der AfD und den Gesetzentwurf zum Landeskurzarbeitergeld für Mecklenburg-Vorpommern angesehen. Wenn man das grob rechnet, könnte man vermuten, dass mit dem vorliegenden Antrag die Mehrausgaben von circa 200 Millionen Euro für das Landeskurzarbeitergeld und den kommunalen Schutzschirm im laufenden Haushalt eingespart werden sollen, nur wird vonseiten der AfD in keiner Weise eine Verbindung zwischen diesen Anträgen hergestellt. Offenbar durfte sich in der AfD-Fraktion jeder Fachbereich einen Corona-Antrag für die Landtagssitzung ausdenken. Auf der einen Seite fordern Sie Einsparungen, auf der anderen Seite fordern Sie Mehrausgaben. Dies ist nicht konsistent und daher abzulehnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Koalition steht seit Jahren für seriöse Finanzpolitik.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Oha! Oha!)

Das wird sich gerade jetzt in der Corona-Krise als vorausschauend und richtig erweisen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Wir haben im Doppelhaushalt eine Konjunkturausgleichsrücklage in Höhe von 500 Millionen Euro beschlossen, und es gibt weitere Rücklagen des Landes, auf die noch zurückgegriffen werden kann. Durch die solide Haushaltspolitik des Landes seit 2006 sind wir in der Lage, auf diese Rücklagen zurückgreifen zu können. In einer Krise gilt, nicht sparen, sondern investieren. Schon Finanzministerin Heike Polzin hatte oft wiederholt: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not.“ Diesem Motto folgte Herr Brodkorb und folgt nun auch unser jetziger Finanzminister Herr Meyer.

(Heiterkeit bei Stephan J. Reuken, AfD –
Dr. Ralph Weber, AfD: Eben nicht!)

Jetzt gilt es, das Schutzpaket Mecklenburg-Vorpommern voll auszufinanzieren, damit das gesellschaftliche Leben und die Wirtschaft wieder in Gang kommen. Und ebenfalls wichtig: Alle geplanten Investitionen des Landes müssen angepackt werden, denn dies sind unterstützende Maßnahmen.

Ich möchte daran erinnern, dass wir mit dem Doppelhaushalt 2020/21 das größte Investitionspaket in Mecklenburg-Vorpommern geschnürt haben. Für Investitionsausgaben des Landes sind 2020 und 2021 jeweils 1,74 Milliarden Euro vorgesehen. Allein für den Breitbandausbau stehen 2020 rund 175 Millionen, im Folgejahr 200 Millionen zur Verfügung. Sparen wäre genau das verkehrte Signal an dieser Stelle.

Was im Herbst des Jahres sein wird und wie das Haushaltsjahr 2020 abgeschlossen werden kann, ist jetzt noch nicht seriös zu beziffern. Eine erneute Steuerschätzung im September dieses Jahres wird uns helfen, weitere Planken zu ziehen. Ich bin jedoch zuversichtlich, dass sich das öffentliche und wirtschaftliche Leben in Mecklenburg-Vorpommern schrittweise wieder normalisieren wird. Dann werden auch die Steuereinnahmen in den kommenden Jahren weiter steigen oder wieder steigen oder zumindest stabil bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es tatsächlich notwendig wird, dass wir hier im Landtag erneut über einen Nachtrag zum Haushalt 2020 sprechen, dann ist es halt so. Voreilig den Rotstift anzusetzen, wie es hier die AfD fordert, ist auf jeden Fall das vollkommen falsche Signal.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Destabilisierende Maßnahmen, die in der Bevölkerung unnötig für Unruhe sorgen, wird es mit uns nicht geben. Es gibt bereits jetzt Kräfte, die aus der Pandemie einen politischen Nutzen ziehen wollen. Die Berichte darüber, dass radikale Kräfte versuchen, den Unmut und die Unsicherheit einiger Menschen in der Krise für sich zu verewinnahmen oder noch zu schüren, machen sichtbar, wie wichtig politische Stabilität ist. Fake News über eine zwangsweise Impfpflicht und andere wilde Spekulationen treiben jetzt schon die Menschen auf die Straßen. Vorsicht ist geboten, damit diese Unmutsbezeugungen nicht in Gewalt ausufern. Wir werden ganz genau hinsehen, wie sich die AfD in der Öffentlichkeit äußert und verhält.

Meine Damen und Herren, ich stelle abschließend fest, die Regierung handelt unter Berücksichtigung verfügbarer Daten auf Grundlage fester Kriterien und unter Einbeziehung von Fachleuten. Die Regierung handelt in Abstimmung mit der Bundesregierung. Der Landtag hat einen Doppelhaushalt beschlossen und einen Nachtragshaushalt und die geplanten Investitionen sind so hoch wie nie und können und müssen auch umgesetzt werden. All diese Maßnahmen tragen zur Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern bei.

Meine Damen – meine Damen ja nicht –, meine Herren von der AfD, bitte unterlassen Sie das Schüren von Ängsten,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

indem Sie Umschichtungen, Sparmaßnahmen, ja, sogar Haushaltssperren im Landeshaushalt sofort fordern! So etwas muss mit Augenmaß angegangen werden und nicht mit Schnellschüssen. Das bringt überhaupt nichts. Sie sind schon in den Haushaltsverhandlungen mit Ihren Kürzungsvorschlägen zum Beispiel im Personalbereich, bei der Frauenförderung, bei Vereinen und Verbänden und letztlich mit der Forderung nach Zerschlagung des Wirtschaftsministeriums gescheitert.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Deshalb lehnen wir auch diesen Antrag ab.

Noch ein Wort zu den MV WERTEN. Wes Geistes Kind, Herr Dr. Jess, Sie sind zu diesem Thema, durften wir schon in einer Ausschusssitzung erfahren. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, zu Ihrem Redebeitrag liegt mir ein Antrag auf Kurzintervention aus der Fraktion der AfD vor.

Bitte schön, Herr de Jesus Fernandes.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Sie sagen immer, Sie können nicht sparen

(Egbert Liskow, CDU: Wir sparen doch!)

und es ist völlig falsch, hier den Rotstift anzusetzen. Da gibt es ja viele Möglichkeiten, Geld einzusammeln. Zum einen hat das Verfassungsgericht entschieden, dass Staatsfinanzierung über die EZB illegal ist. Dort können wir einen Haufen Geld einsparen. Zum anderen spielte es bei der Migrationskrise überhaupt gar keine Rolle, wo das Geld herkam. Auch dort haben wir Einsparpotenziale, indem wir alle Ausreisepflichtigen dann jetzt auch ausreisen lassen.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Das spart extrem viel Geld. Ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt, aber das Wort war „ausreisepflichtige Migranten“,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah, ja!)

die weg, die keinen Anspruch haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Hör auf! Hör auf!)

und das müssen Sie auch mal respektieren.

(Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Oder erzählen Sie den Bürgern draußen, warum Sie die weiterfinanzieren wollen, aber andererseits gegen eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes sind!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Jaja!)

Und dann an die CDU,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

die anscheinend ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment!

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: ... das Urteil des Verfassungsgerichtes ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr de Jesus Fernandes!

Kurzinterventionen zu Beiträgen der CDU sind nach dem Wortbeitrag der CDU zu leisten.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Genau.)

Sie können jetzt lediglich intervenieren zu dem, was Herr Gundlack vorgetragen hat. Auch wenn ich Sie nicht sehe, haben Sie hoffentlich meine Hinweise verstanden.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ich habe das verstanden,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

das gehört aber unmittelbar dazu.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das kann ich nicht zulassen. Wenn Sie jetzt hier von Redebeiträgen der CDU reden, ist es nicht zulässig.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das ist richtig.)

Kurzintervention bezieht sich lediglich auf das, was Herr Gundlack ...

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ich wollte gar nicht auf einen Redebeitrag der CDU ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich will das jetzt nicht diskutieren. Ich will das nicht diskutieren. Ich habe Ihnen meine Hinweise gegeben und Sie werden sich in Ihrem Kurzinterventionsbeitrag jetzt daran halten. Und solange Sie das machen und nicht auf die CDU abstellen, können Sie hier reden. Bitte schön.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ich habe alles gesagt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Na, dann setzen Sie sich doch hin,
wenn Sie alles gesagt haben!)

Also wir haben Einsparpotenzial, wir haben ebenfalls Möglichkeiten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich denke,
Sie haben alles gesagt!)

den Bürgern das vernünftig rüberzubringen,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

wo man sparen kann. Wir haben hier konkrete Vorschläge gemacht,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich habe alles gesagt!)

wie man die Bevölkerung unterstützt. Das haben Sie alle abgelehnt. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Andreas Butzki, SPD: Stehen bleiben!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Möchten Sie erwidern, Herr Gundlack?

Tilo Gundlack, SPD: Ja, sehr gerne.

Da der Einwender gerade Sachen gesagt hat, die nicht zu meinem Redebeitrag passen oder nichts damit zu tun haben,

(Der Abgeordnete Thomas de Jesus Fernandes spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

werde ich auch nicht darauf antworten. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: An dieser Stelle möchte ich erneut darauf hinweisen, dass ich jetzt den letzten Redner aufrufen werde und die Mitglieder des Landtages, die sich nicht im Plenarsaal befinden, sich auf den Weg machen müssten, wenn sie an der Abstimmung teilnehmen wollen.

Das Wort hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Dr. Jess.

Dr. Gunter Jess, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute und Gäste! Mit besonderer Freude nehme ich noch mal das Wort und möchte auf einzelne Punkte eingehen, die ich mir hier notiert habe.

Zunächst, Herr Finanzminister, der Antrag ist unglaublich unwürdig: Also da muss ich Ihnen sagen, wissen Sie, die Anträge, die Sie hier aufgeführt haben, das waren alles Anträge, die zur Entlastung der Leute beitragen sollen, die unter diesen Corona-Maßnahmen besonders leiden müssen und die praktisch besonders betroffen sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die wollten wir entlasten und unterstützen. Wir wollen sparen in den Bereichen, wo sich die Landesregierung besonders bedient hat im Doppelhaushalt, und das ist eine ganz andere Schiene. Das heißt, ich bin schon der Meinung, dass die Landesregierung hier mit deutlichem Beispiel vorausgehen sollte und nicht hier vom hohen Ross sagt, wir können hier beliebig die Leute belasten mit unseren Corona-Maßnahmen und wir werden bei uns nicht groß kürzen, sondern unsere politischen Maßnahmen durchsetzen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

aber die Leute vor Ort, die dürfen darunter leiden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Jens-Holger Schneider, AfD: So ist es.)

Nein, da sind wir anderer Meinung.

Dann: Wir brauchen diesen Antrag nicht. Also, meine Damen und Herren, gerade von der SPD und CDU, wie oft höre ich von Ihnen, das ist ein Rückenwindantrag!

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Vorhin gerade haben wir es wieder gehört, Rückenwindantrag. Ja, dann kann ich Ihnen hiermit sagen, ja, das ist

ein Rückenwindantrag für die Landesregierung, endlich Konsolidierungsmaßnahmen im Haushalt durchzusetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dann dieses Reden von den MV WERTEN, ich würde sie schlechtreden! Ganz im Gegenteil,

(Tilo Gundlack, SPD: Machen Sie doch!)

ich bin sehr daran interessiert,

(Tilo Gundlack, SPD: Machen Sie doch aber!)

dass die MV WERTEN vernünftig,

(Tilo Gundlack, SPD: Das machen Sie doch!)

vernünftig über die Krise kommen.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Aber dann gucken Sie doch mal in die Presse! Lesen Sie keine Presse, Herr Gundlack? Und der Finanzminister scheinbar genauso wenig! Dort stand nämlich ausdrücklich in der SVZ,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Tilo Gundlack, SPD: Es geht um die Äußerungen. Ihre Äußerungen schaden den MV WERTEN! – Glocke der Vizepräsidentin)

dort stand nämlich ausdrücklich drin,

(Tilo Gundlack, SPD: Ihre Äußerungen!)

dass die MV WERTEN im Grunde kein „Dream“ werden, sondern eventuell ein Albtraum werden. Also bitte schön, lesen Sie die Presse! Dort steht es, nicht bei mir. So!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Und dann, Herr Gundlack, wissen Sie,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Seit wann hören Sie auf die Presse?!)

Herr Gundlack, wissen Sie,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Seit wann hören Sie auf die Presse?!)

mit solchen Andeutungen –

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Immer, wenn Sie sie brauchen, ne?)

wir wissen, was Geistes Kind Sie sind –, das habe ich heute mitgekriegt, was Geistes Kind Sie sind, Herr Gundlack.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Tilo Gundlack, SPD: Ja, ja!)

Dann sagen Sie deutlich,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

sagen Sie deutlich und ehrlich, und ich gebe Ihnen, ich gebe Ihnen dazu das Recht,

(Tilo Gundlack, SPD:
Das sage ich der Wirtschaft
in Mecklenburg-Vorpommern!)

ich gebe Ihnen dazu das Recht,

(Tilo Gundlack, SPD: Das muss
man den Leuten direkt mal sagen!)

dass Sie sagen, was ich geäußert habe,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

damit alle erkennen können, wes Geistes Kind ich bin,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn Ihre Andeutungen sind nämlich fehlerhaft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Dann noch mal zu den Investitionen in 2020: Ja, Herr Finanzminister, es ist richtig, es ist wichtig, dass wir in einer Krise investieren können.

(Egbert Liskow, CDU: Oh!)

Aber, meine Damen und Herren,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

wir haben Rücklagen oder besser gesagt nicht ausgegebene Mittel für Investitionen in Milliardenhöhe und es ist überhaupt nicht zu erwarten, dass die Mittel, die eingeplant sind, in diesem Jahr auch ausgegeben werden können. Das ist doch eine völlige Illusion, was Sie hier behaupten! Sie sind völlig unrealistisch!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und wenn es jetzt um Konsolidierungs-

(Egbert Liskow, CDU: Sie
widersprechen sich doch selber!)

Herr, Liskow hören Sie ruhig weiter zu!

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Herr Liskow, hören Sie erst mal ...

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Wir haben gerade darüber gesprochen, dass die Investitionsmaßnahmen nicht so umgesetzt werden können, weil die Gelder sind da,

(Dietmar Eifler, CDU: Herr Dr. Jess, wie weit
kennen Sie sich mit dem Haushalt aus?)

aber sie können nicht umgesetzt werden.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Das heißt, sie können gar nicht ausgegeben werden. Dann kann man sie auch anders einsetzen vorübergehend.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Dr. Jess!

(Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD,
und Dietmar Eifler, CDU)

Jetzt bitte ich mal hier um Ruhe und erläutere jedem das Verfahren. Der Redner hat das Wort, es sind kurze Zwischenrufe zulässig. Jede Fraktion hat Redezeit und kann das, was sie anmerken will,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Einsparen und dann wieder ausgeben!)

hier vorne am Rednerpult vermerken, aber ansonsten gilt immer noch, der Redner hat hier vorne das Wort. Also ich bitte doch, zukünftig sich daran zu halten. Und wenn die Glocke ertönt, dann ist das das Signal, dass zu viele Zwischenrufe und zu lange Zwischenrufe erfolgen.

Bitte schön, Herr Dr. Jess, Sie können fortfahren.

(Minister Harry Glawe:
Da haben wir es wieder!)

Dr. Gunter Jess, AfD: Und jetzt noch ein Wort zu den Konsolidierungsmaßnahmen: Keiner von uns will, dass wir übereilte Entscheidungen fällen oder voreilige Sparmaßnahmen machen. Ganz im Gegenteil, wir wollen eben gerade auf solider Basis und sehenden Auges in eventuelle Neuverschuldung reingehen, aber bitte schön erst dann, wenn wir alle Ressourcen, die wir haben, auch ausgeschöpft haben

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und nicht die zukünftigen Generationen übermäßig belasten.

Es gibt übrigens, das kann ich dem Finanzminister empfehlen, eine sehr schöne Ausführung dazu,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

„Haushaltskonsolidierung im Lande“ von Herrn Mediger. Also ich hoffe, Sie kennen das schon, aber ansonsten empfehle ich es allen, die sich dafür interessieren, eine sehr interessante,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

eine sehr interessante Ausführung.

(Minister Reinhard Meyer: Ausgerechnet
mir das zu erzählen mit Herrn Mediger!)

Ja, Herr Finanzminister.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Herr Finanzminister, Sie müssen auch mal ak...

(Zuruf von Minister Reinhard Meyer)

Ich hoffe, dass Sie das kennen, aber Sie müssen auch mal akzeptieren, dass man auch mal ein bisschen provoziert.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also, Herr Dr. Jess, jetzt ist hier mal Ruhe!

Wenn jetzt noch weitere Zwischenrufe von der Regierungsbank kommen, werde ich die Sitzung unterbrechen und den Chef der Staatskanzlei einbestellen.

(Minister Harry Glawe: Oh Gott, oh Gott!)

Dr. Gunter Jess, AfD: Jetzt wird es ernst.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Minister Harry Glawe: Jetzt gibts Ärger!)

Bitte schön, meine Damen und Herren,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das haben Sie aber nicht zu kommentieren.)

ich möchte, ich möchte ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich hoffe ...

Dr. Gunter Jess, AfD: ... noch mal auf die ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich hoffe, dass das jetzt endlich klargeworden ist. Und dann ist hier auch ...

Dr. Gunter Jess, AfD: Ich möchte noch mal ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Dr. Jess, jetzt würde ich gerne meine Worte zu Ende führen.

Ich bitte auch, daran zu denken, dass dann völlig klar ist, aus welchem Grund wir hier eine Sitzungsunterbrechung haben. Und ich denke, wir stehen vor der Vereidigung der Verfassungsrichter, und ich denke mal, da sollte man vielleicht ein bisschen Disziplin an den Tag legen.

So, jetzt können Sie fortfahren, Herr Dr. Jess.

Dr. Gunter Jess, AfD: Dann wurde uns vorgeworfen – ich denke, von der LINKEN –, wir würden Ängste schüren. Meine Damen und Herren, wer hier Ängste schürt seit über zwei Monaten, das haben wir ja wohl in ausreichendem Maße kennengelernt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Ängste werden doch von ganz anderer Seite geschürt, nämlich über die sogenannte Corona-Hysterie, die hier abläuft.

(Heiterkeit bei Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Das sind doch Ängste,

(Dietmar Eifler, CDU: Das ist ja unglaublich, was Sie hier erzählen!)

die Sie schüren,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Dietmar Eifler, CDU: Unglaublich!)

und auf dieser Basis wird die Bevölkerung tyrannisiert. So ist es doch letztendlich!

(Andreas Butzki, SPD: Oh, oh, oh!)

Aber jetzt möchte ich noch mal etwas zu den Belastungen der zukünftigen Generation sagen. Alle Kredite, alle zusätzlichen Belastungen, die wir aufnehmen, alle Neuverschuldung, die wir machen, belasten die zukünftige Generation. Und, meine Damen und Herren, diese Generation wird ganz genau hinschauen. Nicht nur Sie werden genau hinschauen, was die AfD macht, sondern auch diese Generation wird ganz genau hinschauen, wer ihre Zukunft verbaut.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und da bin ich ganz sicher, sie werden Ihnen die richtige Antwort dazu geben. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Der Abgeordnete Dr. Gunter Jess wendet sich an das Präsidium.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Sie sind fertig?

Dr. Gunter Jess, AfD: Ich bin fertig.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gut.

Dr. Gunter Jess, AfD: Hatte ich schon gesagt.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Dann kann ich Ihnen mitteilen, dass zu Ihrem Wortbeitrag zwei Kurzinterventionen angemeldet wurden, zuerst von der Fraktion der SPD und dann von der Fraktion DIE LINKE.

Und zuerst rufe ich auf für die Fraktion der SPD den Abgeordneten Herrn Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Der Redner Herr Dr. Jess hat gerade ausgeführt, dass wir mit unseren überzogenen Reaktionen – ich gebe es mal mit meinen Worten wieder – zur Corona-Krise hier die Leute verunsichern und so weiter und so fort. Wenn man die Internetseite heute, also ZDF-Nachrichten, aufruft, da gibt es ja so dieses Politbarometer, und wenn man sich anguckt, wie die Befragungen im Politbarometer, die ja repräsentativ aussehen, wenn man sich die ansieht, dann werden die Maßnahmen, die ergriffen worden sind seitens der Bundesregierung, von allen, von der großen Anzahl der dazu Befragten für richtig und zielführend gehalten. Ich glaube, irgendwie 77/78 Prozent der Befragten sagen,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

also das, was an Maßnahmen ergriffen worden ist, war richtig und zielführend und traf den Kern der Sache. Lediglich Anhänger der AfD waren der Meinung, dass das, was gemacht worden ist, waren in Größenordnungen – lediglich Anhänger der AfD! –, waren in Größenordnungen der Meinung,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

dass das, was gemacht worden ist, dass das überzogen gewesen ist.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Dass die Stimmung sich also an der Stelle dreht, wie hier ein Zwischenruf bemerkbar macht, kann ich nicht erkennen.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Also man kann sagen,

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

man kann sagen, also alle Bevölkerungsgruppen unterstützen das, was in der Corona-Krise seitens der verantwortlichen Regierenden gemacht worden ist, in großem Umfang, in großem Umfang und halten es für richtig.

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Und sich hier hinzustellen und zu sagen, dass jetzt die Jugendlichen und jungen Menschen uns schon zeigen werden, was hier für misslungene Dinge getan werden,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

lässt sich einfach aus den Fakten nicht ableiten und ist somit also auch zurückzuweisen. Das wollte ich noch mal klarstellen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Dr. Jess, möchten Sie sofort antworten oder ...

Dr. Gunter Jess, AfD: Ja, wenn Herr Heydorn, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... erst die zweite Kurzintervention abwarten?

Dr. Gunter Jess, AfD: ... wenn Herr Heydorn stehen bleibt, gerne.

Herr Heydorn, ich denke, Sie müssten jetzt hier stehen bleiben.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nee, muss er nicht!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Nach unserer Geschäftsordnung

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

und einer Vereinbarung im Ältestenrat steht es den Abgeordneten frei, am Mikrofon stehen zu bleiben oder nicht.

(Stephan J. Reuken, AfD: Dann
antworte auch gar nicht auf den Mist! –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Dr. Gunter Jess, AfD: Dann verzichte ich auf eine Antwort.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Er ist ein gläubiger Mensch. Er mag das glauben, was er gelesen hat.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Dr. Jess, ich habe jetzt Ihren Verzicht zur Kenntnis genommen. Weitere Erklärungen in diesem Zusammenhang können Sie zumindest an dieser Stelle nicht abgeben.

Und ich rufe auf die nächste Kurzintervention, für die Fraktion DIE LINKE die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Dr. Jess, ich möchte im Namen meiner Fraktion und auch der Fraktion der SPD und auch der Fraktion der CDU aufs Schärfste zurückweisen, dass wir hier eine Corona-Hysterie verbreiten würden. Wir arbeiten verantwortungsvoll,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

verantwortungsvoll im Sinne der Frauen, Männer, Kinder und Jugendlichen hier in unserem Land. Wir sind nicht hysterisch, wir sind denkend und wir passen auf, dass die Wissenschaft genau beachtet wird bei allen Handlungen, die hier getan werden. Und wir haben nicht wenige Fälle, weil wir irgendwie alle Menschen einsperren, sondern wir haben wenige Fälle, weil wir behutsam und durchdacht in dieser Pandemie hier in Mecklenburg-Vorpommern handeln. Also überlegen Sie sich bitte, was Sie sagen!

Eine Corona-Hysterie mag für Ihre Fraktion zutreffend sein, indem Sie Lockerungen wollen und einfach gar nicht wahrhaben wollen, dass es sich hier um eine Pandemie handelt und wir in dieser Pandemie verantwortungsvoll umgehen mit den Menschenleben in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Dr. Jess, möchten Sie antworten?

Dr. Gunter Jess, AfD: Ja, darauf antworte ich sehr gerne.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Oh Gott!)

Frau Oldenburg, abgerechnet wird am Schluss,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
So ist es.)

das sage ich Ihnen mal ganz offen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Anzahl der Toten? –
Jens-Holger Schneider, AfD: Nein.)

Und Sie werden sich noch wundern, welche Ergebnisse kommen werden.

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Und die Zahl der Fachleute, die genau diese Meinung vertreten, die ich Ihnen gerade gesagt habe, und auch, wenn ich an Herrn Tegnell in Schweden denke, das muss ich ganz offen sagen, der Mann hat, der Mann hat Charakter und der hat wirklich Standfestigkeit und er hat auch recht, indem er sagt, der Weg ist noch nicht zu Ende und wir wollen erst mal schauen, was am Ende rauskommt.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Das ist aber eine Aussage!)

Und dann bin ich ganz sicher,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

dann bin ich ganz sicher, dann wird Schweden die besseren Zahlen haben als viele andere Länder. Und ich denke, wir sollten nicht zu hochmütig an diese Sache herangehen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

denn genau das, genau das tun Sie

(Andreas Butzki, SPD:
Nee, das machen Sie gerade!)

und ich empfehle Ihnen etwas Zurückhaltung,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Larifari geht er ran. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

denn, wie gesagt, abgerechnet wird am Schluss.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Andreas Butzki, SPD: Ja, das werden wir
uns merken. – Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, das kann ich mal gut zitieren.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion ...

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und AfD –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind in der Abstimmung. Wie ich das immer ansage oder auch meine Kollegin, wenn wir Wahlen haben, da wird es explizit angesagt, oder bei namentlichen Abstimmungen, auch bei jeder anderen Abstimmung bitte ich, von störenden Geräuschen Abstand zu nehmen.

Wir kommen also zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4925. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4925 bei Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir treten in eine kurze Umbaupause um, an – nee, ein ...

(Zurufe aus dem Plenum: Ein!)

Ein, ein, mittlerweile ein!

... und danach wird dann die Eidesleistung stattfinden. Ich bitte also, sich nicht – ja, ich weiß nicht, wie lange umgebaut wird. Eine ganz kurze, also es lohnt sich, im Plenarsaal zu bleiben, wenn man an dieser Eidesleistung teilnehmen will.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es lohnt
sich immer, im Plenarsaal zu bleiben.)

So, die Sitzung ist unterbrochen. Und natürlich lohnt es sich im Plenarsaal,

(Ralf Mucha, SPD: Richtig, Peter!)

aber wenn man ganz alleine sitzt, sollte man doch mal darüber nachdenken, ob man da noch richtig ist.

Unterbrechung: 11.19 Uhr

Wiederbeginn: 11.24 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Vereinbarungsgemäß rufe ich an dieser Stelle den **Tagesordnungspunkt 21** auf: Eidesleistung der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichts.

Eidesleistung der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben am Mittwoch und heute unter Tagesordnungspunkt 2 die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichts in geheimer Wahl bestimmt.

(Die Abgeordneten der Fraktion
der AfD verlassen mit Ausnahme
von Dr. Gunter Jess den Plenarsaal. –
Zurufe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE: Oooh!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte lassen Sie sich davon nicht irritieren.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir vollziehen gleich einen feierlichen Akt und es gebührt dem Respekt vor einem so hohen Gremium,

(Thomas Krüger, SPD: Das ist unterirdisch.)

dass wir das auch entsprechend jetzt vollziehen.

Die Ministerpräsidentin des Landes hat den Gewählten heute die nach Paragraph 4 Absatz 3 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes vorgesehenen Urkunden ausgehändigt. Frau Monika Köster-Flachsmeyer, Frau Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider, Herr Nikolaus Hanenkamp, Herr Dr. Andreas Kerath, Frau Dorothea ter Veen, Frau

Barbara Borchardt und Frau Heike Lorenz sind anwesend. Ich heiße Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Namen des gesamten Landtages hier zunächst über das Mikrofon herzlich willkommen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE
und auf der Regierungsbank)

Die Gewählten haben mir gegenüber schriftlich erklärt, dass sie die Wahl annehmen.

Nach Paragraph 9 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes haben die Mitglieder des Landesverfassungsgerichts und deren Stellvertreter vor Aufnahme ihres Amtes in öffentlicher Sitzung des Landtages den für Richter des Landes vorgesehenen Eid zu leisten. Dieser Eid ist in Paragraph 4 des Landesrichtergesetzes festgelegt.

Ich werde nun die Vereidigung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder vornehmen.

Als Erstes bitte ich die Präsidentin des Landesverfassungsgerichtes Frau Monika Köster-Flachsmeyer sowie die Vizepräsidentin des Landesverfassungsgerichtes Frau Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider, zu mir nach vorne zu kommen und den Eid zu leisten. Bitte schön.

Ich werde die Verpflichtung in der Weise vornehmen, dass ich Ihnen den Eid spreche beziehungsweise verspreche und Sie bitte, danach einzeln ans Mikrofon zu kommen, die rechte Hand zu heben und die Worte nachzusprechen „Ich schwöre es“. Der Eid kann mit der religiösen Bekräftigung „So wahr mir Gott helfe“ oder ohne sie geleistet werden.

Ich bitte die Mitglieder des Landtages, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben
sich von ihren Plätzen.)

„Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.“

Monika Köster-Flachsmeyer: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider: Ich schwöre es.

Präsidentin Birgit Hesse: Ich möchte Ihnen an dieser Stelle die Glückwünsche des Hauses zur Wahl und Annahme des mit Sicherheit nicht einfachen Ehrenamtes aussprechen, wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit sowie stets ein wachsames Auge und weise Entscheidungen bei der Auslegung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE, auf der
Regierungsbank und Dr. Gunter Jess AfD)

Ich bitte nun die Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes Herrn Nikolaus Hanenkamp und Frau Barbara Borchardt, zu mir zu kommen und den Eid zu leisten.

Ich werde die Verpflichtung in der Weise vornehmen, dass ich Ihnen den Eid verspreche und Sie bitte, danach einzeln ans Mikrofon zu kommen, die rechte Hand zu heben und die Worte nachzusprechen „Ich schwöre es“. Der Eid kann mit der religiösen Bekräftigung „So wahr mir Gott helfe“ oder ohne sie geleistet werden.

Ich bitte die Mitglieder des Landtages, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

„Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.“

Nikolaus Hanenkamp: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Barbara Borchardt: Ich schwöre.

Präsidentin Birgit Hesse: Ich möchte auch Ihnen an dieser Stelle die Glückwünsche des Hauses zur Wahl und Annahme des mit Sicherheit nicht einfachen Ehrenamtes aussprechen, wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit sowie stets ein wachsames Auge und weise Entscheidungen bei der Auslegung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE, auf der
Regierungsbank und Dr. Gunter Jess AfD)

Ich darf nun den Stellvertreter der Präsidentin Herrn Andreas Kerath sowie die stellvertretenden Mitglieder Frau Dorothea ter Veen und Frau Heike Lorenz bitten, zur Eidesleistung zu mir zu kommen.

Ich werde die Verpflichtung in der Weise vornehmen, dass ich Ihnen den Eid verspreche und Sie bitte, danach einzeln ans Mikrofon zu kommen und die rechte Hand zu heben sowie die Worte nachzusprechen „Ich schwöre es.“ Der Eid kann mit der religiösen Bekräftigung „So wahr mir Gott helfe“ oder ohne sie geleistet werden.

„Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.“

Dorothea ter Veen: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Heike Lorenz: Ich schwöre es.

Dr. Andreas Kerath: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Birgit Hesse: Ich möchte auch Ihnen an dieser Stelle die Glückwünsche des Hauses zur Wahl und Annahme des mit Sicherheit nicht einfachen Ehrenamtes aussprechen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit sowie stets ein wachsames Auge und weise Entscheidungen bei der Auslegung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE, auf der
Regierungsbank und Dr. Gunter Jess AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie dürfen sich jetzt wieder setzen, und ich möchte auf der Besuchertribüne ganz herzlich noch begrüßen Herrn Thiele. Schön, dass Sie heute hier sind, und schön, dass Sie sich heute auch die Eidesleistung mit angesehen haben. Und noch einmal ein herzliches Dankeschön für Ihr langes Wirken im Namen des Landes Mecklenburg-Vorpommern! Und ich darf Ihnen die besten Wünsche und Grüße des Landtages überbringen. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE, auf der
Regierungsbank und Dr. Gunter Jess AfD –
Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 36:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe am Krankenhaus Crivitz erhalten – Landkreis Ludwigslust-Parchim bei der Re-Kommunalisierung unterstützen, auf Drucksache 7/4932. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4962 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe
am Krankenhaus Crivitz erhalten –
Landkreis Ludwigslust-Parchim bei
der Re-Kommunalisierung unterstützen
– Drucksache 7/4932 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 7/4962 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Torsten Koplin.

(Susann Wippermann, SPD:
Wir sind nicht beschlussfähig. –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit fünf Jahren müssen wir uns mit dem Erhalt von Geburtsstationen befassen. Ich erinnere an die Debatten, die wir geführt haben, an die Vorschläge, die es gab,

(Heiterkeit und Zuruf
von Sebastian Ehlers, CDU)

die Entscheidungen, die getroffen wurden zu dem Krankenhaus Wolgast,

(Heiterkeit und Zuruf
von Sebastian Ehlers, CDU –
Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

zu dem Krankenhaus Anklam, zum Krankenhausstandort Neustrelitz, zum Krankenhausstandort Demmin – immer noch aktuell, wenn ich darauf verweisen darf, was heute hierzu in der Zeitung zu lesen ist. Seit einem Jahr beschäftigen wir uns mit dem Krankenhaus Parchim und seit mehr als einem halben Jahr mit dem Krankenhausstandort Crivitz.

In Anlehnung an den berühmten shakespearschen Satz, den er Hamlet zugeschrieben hat, es ist etwas faul im Staate, möchte ich an dieser Stelle aufrufen, denn diese Aufzählung der einzelnen Krankenhausstandorte, die Problemlagen, die sich damit verbinden, und die Sorgen, die wir haben, vor allen Dingen die Sorgen, die die Bürgerinnen und Bürger haben, die die jungen Muttis haben, die werdenden Muttis, das alles ...

(Der Abgeordnete Dr. Ralph Weber
wendet sich an das Präsidium.)

Ich muss mal fragen, Frau Präsidentin, ob wir kurz unterbrechen sollten, weil ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nach Ihrer Rede,
die hören wir gerne und interessiert an.)

So, das nehme ich jetzt mal zur Kenntnis.

Also ich möchte ganz gern noch mal in Erinnerung rufen im Zusammenhang mit unserem Antrag, wie sich die Entwicklung vollzogen hat.

(Unruhe bei Sebastian Ehlers, CDU,
und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Im vergangenen Jahr zu Pfingsten gab es die Ankündigung des Krankenhauses Parchim,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Gehen Sie doch einfach raus,
wenn Sie nicht zuhören wollen!)

die Geburtsstation vorübergehend schließen zu müssen. Wir haben damals – das darf ich ebenfalls in Erinnerung rufen –, Abgeordnete der SPD, sowohl des Kreises als auch des Landtages, und der LINKEN, das Gespräch mit der Krankenhausleitung gesucht, haben Vorschläge unterbreitet, wie man die Probleme lösen kann, und haben letztendlich in den Wind gesprochen.

Im Spätherbst vergangenen Jahres gab es dann die Ankündigung überraschenderweise vom Krankenhaus-träger des Krankenhauses Crivitz, dass man die Geburtsstation schließen wolle zum Jahresende und die Gynäkologie. Und das hat verständlicherweise für Empörung gesorgt, auch bei uns LINKEN. Es gab dann Anträge an den Landtag, sowohl von den LINKEN als auch von den Koalitionären. Die der Koalitionäre haben mehrheitsbedingt dann Zustimmung gefunden, und es gab sozusagen mit der Beschlusslage aus der Dezembersitzung des vergangenen Jahres einen klaren Handlungsauftrag an die Landesregierung. Dieser gilt, und er ist in keiner Weise vom Landtag infrage gestellt worden, relativiert worden, korrigiert worden.

Und es gab aufgrund von Protesten der Bürgerinnen und Bürger vor der Staatskanzlei das denkwürdige Statement der Ministerpräsidentin, ich darf zitieren: „Wir sind uns einig, dass wir sowohl die Kinderstation in Parchim und auch die Geburtshilfe in Crivitz erhalten wollen, und haben den Gesundheitsminister gebeten, noch einmal mit den Konzernen, den Trägern zu sprechen. Hier muss es zu einer anderen Lösung kommen. Wir sehen es sehr kritisch, dass die Träger offenbar Gewinne machen, viel Personal haben, aber an Stellen, wo sie nicht so viel Geld machen, sagen, und das soll geschlossen werden.“

Das geht auf Kosten der Kinder in unserem Land und da machen wir nicht mit.“ Zitatende. Recht hat sie. Der Handlungsauftrag war klar: Landtagsbeschluss, diese Positionierung der Ministerpräsidentin. Und es gab dann ja auch Gespräche – darüber ist informiert worden –, so wie verabredet im Wirtschaftsausschuss, und es gab dann den vierseitigen Vertrag zwischen dem zuständigen Ministerium unseres Landes, dann dem Landrat für den Landkreis Ludwigslust-Parchim, dann der Trägerseite Asklepios und MediClin.

Unmittelbar nach Abschluss des Vertrages ist deutlich geworden, dass die Träger nicht daran denken, wortgetreu den Vertrag umzusetzen. Bereits in der „hauspost“ des Januars dieses Jahres hat Asklepios deutlich gemacht, was sie davon hält und in welcher Art und Weise sozusagen abfällig grundiert sie das Agieren der Ministerpräsidentin sieht. Das war die reine Provokation. Das Handeln von MediClin ist dann in der Folge auch als ein eindeutiger Vertragsbruch zu sehen. Wir halten das für eine bodenlose Frechheit, die sich da vollzieht, wenn man einerseits einen Vertrag unterschreibt und sagt, also wir werden gemeinschaftlich versuchen, das Problem zu lösen, und dann genau das Gegenteil macht von dem, was man vorher unterschrieben hat.

Dann gab es im März dieses Jahres eine Betriebsvereinbarung wegen Stilllegung der Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe in Crivitz, und aus der Präambel dieser Betriebsvereinbarung möchte ich die ersten beiden Sätze zitieren. Der erste Satz beginnt so: „Die Arbeitgeberin muss die Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe spätestens zum 30.06. schließen.“ Zweiter Satz: „Gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurde eine Lösung gesucht, die gynäkologisch-geburtshilfliche Versorgung in der Region zu gewährleisten.“

Beide Sätze sind aus unserer Sicht verblüffend und höchst fragwürdig zugleich. Der erste Satz, die Abteilung muss schließen: Warum „muss“? Weil die Qualität grotten-schlecht ist? Nein, Crivitz hat einen exzellenten Ruf, es ist immer wieder gewürdigt worden. Das ist für uns sonnenklar. Weil kein Personal da war? Auch das stimmt nicht. Personal war da, bis Crivitz, der Träger anders entschieden hat. Weil es zu wenig Geburten gab? Auch das ist nicht der Fall. Geburten hat es am Standort Crivitz immer mehr gegeben in den letzten Jahren als zum Beispiel in Anklam oder seinerzeit in Wolgast. Und noch ein Erklärungsversuch: Weil die Klinik jährlich 1,5 Millionen Euro Miese macht und zuerst die Abteilung abstoßen wird, die den geringsten Deckungsbeitrag erzielt? Ja, offensichtlich.

Den zweiten Satz möchte ich ebenfalls mal auseinandernehmen. Er liest sich nämlich, als sei alles im Benehmen mit dem Wirtschaftsministerium geschehen. Nach dem Bekanntwerden dieser Betriebsvereinbarung und der Präambel, die durchaus auslegungsfähig ist und zweideutig ist und wir ja nichts unterstellen wollen, wäre es ratsam gewesen, seitens des Wirtschaftsministeriums sich zu erklären, sich zu distanzieren und deutlich zu machen. Stattdessen wird sich in Schweigen gehüllt. Und die Frage ist doch: Hat das Wirtschaftsministerium um die Umsetzung des Landtagsbeschlusses gekämpft, um die Umsetzung der vierseitigen Vereinbarung oder sind Sie bei den Verhandlungen auf dem Bauch zur Tür herein? Das, denke ich, ist nicht der Fall. Wir haben heute Vormittag eine Antwort auf unsere Fragen zu den Strukturen in Parchim und Crivitz bekommen.

Was wir erwarten von der heutigen Sitzung ist unter anderem eine klare Aussage des Wirtschaftsministers, um deutlich zu machen, dass erstens dieser Vertrag Bestand hat, dass das Wirtschaftsministerium weiter um diesen Vertrag kämpft. Wir wollen ein klares Bekenntnis des Gesundheitsministers zur Umsetzung dieses Landtagsbeschlusses, und wir wollen die Zusicherung, dass bei Fortdauern des Handelns von MediClin alle Register gezogen werden, denn es ist doch tatsächlich so, dass in Crivitz wie an anderen Stellen auch ein Versorgungsvertrag gilt, und dieser Vertrag bindet die jeweiligen Seiten. Und wir fragen uns wirklich allen Ernstes, warum nicht Register gezogen werden, um deutlich zu machen, wenn es zu einem Vertragsbruch kommt, dass das auch geahndet wird. Das ist durchaus möglich und zwar in einer Eskalationsstufe: erstens über einen Verweis, zweitens über Abmahnung, drittens Vertragsstrafe oder viertens fristlose Kündigung. Alles das wäre möglich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und, sehr geehrte Damen und Herren, Hamburg, die Freie Hansestadt, hat das schon mal so durchgezogen. Es ist also nicht so, dass wir nicht handeln können, denn Menschen sind, wenn man mit ihnen redet, hochgradig empört und sagen: Warum handelt die Regierung nicht, warum handelt die Politik nicht? Weil sie nicht kann? Mitnichten, sie kann die Register ziehen und sie kann auf die Einhaltung des Vertrages pochen. Und das wollen wir, und das wollen wir hier auch heute deutlich machen.

DIE LINKE – weil meine Zeit sich dem Ende zuneigt – steht mit diesem Antrag auch noch mal ganz deutlich dafür, dass wir für den Erhalt des Krankenhauses Crivitz kämpfen, dass wir das Krankenhaus Crivitz immer und in jeder Art und Weise mit der Geburtenstation und der Gynäkologie verbinden und die Erwartungshaltung haben, dass, wenn dieses Krankenhaus in öffentliche Hand übernommen wird, die Gynäkologie und Geburtshilfe auch weiterhin Bestandteil des Versorgungsauftrags und somit des Krankenhauses Crivitz ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter!

Ehe ich den nächsten Redner aufrufe, habe ich eine Frage an die Kollegen der Fraktion der AfD: Da Herr de Jesus Fernandes und der Herr Schneider so dicht beieinandersitzen, muss ich das so werten, dass Sie sich an die Abstandsregeln nicht mehr halten.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD:
Wir sind beide negativ getestet.)

Was hat das damit zu tun? Okay.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Alles klar.

Gut, dann möchte ich Ihnen bekanntgeben, dass der Ältestenrat vereinbart hat, eine Aussprache mit einer

Dauer von bis zu 55 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat für die Landesregierung ums Wort gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit. Bitte schön, Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine Geschichte, fast eine unendliche Geschichte über die Frage, was wird aus dem Krankenhausstandort Crivitz.

Sie haben völlig recht, Herr Koplin, es gibt einen Beschluss des Landtages, es gibt auch im Gesundheits- und Wirtschaftsausschuss die Festlegung, dass ein Kooperationsvertrag durch Moderation des Wirtschaftsministeriums unterzeichnet wurde, an dem der Landkreis Ludwigslust-Parchim und die beiden Betreiber von MediClin für Crivitz und Asklepios für Parchim gegengezeichnet haben.

Die Aufgabe bestand darin, dafür zu sorgen, dass wir in verschiedenen Gesprächen die Situation so angehen wollen, dass wir insgesamt den Standort auch der Gynäkologie, der Pädiatrie und die Standorte der Krankenhäuser sichern wollen. Da gab es verschiedene intensive Gespräche mit den verschiedenen Betreibern, mit beiden Betreibern, mit dem Landrat et cetera. Ich habe darüber mehrmals im Wirtschafts- und Gesundheitsausschuss berichtet. Und am Ende muss man sagen, dass einerseits die Landesregierung ganz klar mit den Planungsbedingten der Auffassung ist, dass die Gynäkologie im Plan des Landes, des Krankenhausplanes weiter Bestand hat, das heißt also, dass die Grundversorgung mit gynäkologischen Angeboten am Standort in Crivitz und auch in Parchim bestehen bleibt.

Zu der Frage, wie kommt es zu der Betriebsvereinbarung, kann ich Ihnen nur sagen, ich habe es genauso erfahren wie Sie auch: über Medien. Und für eine Präambel kann ich nichts, die ist mit mir nicht abgestimmt und mit dem Wirtschaftsministerium auch nicht. Von daher nehme ich zur Kenntnis, dass es so gemacht worden ist, aber ich will darauf hinweisen, eine Landesregierung kann nicht hineinregieren in ein Unternehmen, und zwar, wenn sich dann auch auf der einen Seite die Geschäftsführung, also MediClin, mit dem Personalrat einigt, dann sind, denke ich, alle Dinge Dritter schwierig durchzusetzen, weil das am Ende eine betriebsinterne Entscheidung ist.

Nichtsdestotrotz sind wir – und das ist aus meiner Sicht das Positive – durch verschiedene Gespräche jetzt bei der Frage angekommen, zu welchen Bedingungen, das habe ich immer gesagt, verkauft einer, also ein Anbieter, ein Krankenhaus an einen Zweiten. Der Weg ist jetzt eröffnet, und zwar dadurch, dass der Kreistag Ludwigslust-Parchim den Landrat zumindest ermächtigt hat, Verhandlungen zu führen über die mögliche Übernahme des Krankenhauses Crivitz. Da ist der Zeitplan so, dass man, denke ich, bis um den 20./25. Mai herum eine mehr als Absichtserklärung in Verhandlungen erreichen will, um dafür zu sorgen, dass im Kreistag – und Sonderkreistag ist für den 4. Juni, glaube ich, angesetzt –, dass man eine Grundsatzentscheidung bekommt, geht sozusagen das Krankenhaus in eine andere Trägerschaft über.

Nach dem Fahrplan ist es so, dass diese Trägerschaft dann zum Jahresende vollzogen werden soll, wenn man

sich auf den Kaufpreis einigt und auf die Konditionen. In dieser Zeit, von dem Tag an, wenn der Kreistag zustimmen sollte, wird ein Konzept erarbeitet, wie man ab dem 01.01.2021 das Krankenhaus Crivitz neu aufstellen will. Und es ist weiterhin vorgesehen, die Gynäkologie mit dort aufzunehmen, und damit sind eigentlich die Voraussetzungen geschaffen. Einerseits das Schwierige ist, den gesamten Krankenhausstandort zu erhalten. Darin sind sich alle einig, dass das sein soll, auch die Linkspartei und auch die Fraktionen hier im Landtag und auch die Fraktion, glaube ich, im Kreistag der LINKEN in Ludwigslust-Parchim. Das gilt weitestgehend für alle, die an diesem Prozess beteiligt sind. Nur – das muss ich noch mal sagen – ist es nun mal so nach dem Grundgesetz: Das Eigentum ist geschützt.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und die Landesregierung kann nicht hineinmarschieren in einen Träger, der im Landeskrankenhausplan sozusagen bestätigt ist und dort dann auch die Abrechnung mit den Krankenkassen vollziehen kann. Und wir haben eine neue Situation mit der Personaluntergrenze, die in besonderer Weise definiert ist dadurch, wie viele Ärzte müssen für die Versorgung an sieben Tagen in der Woche verfügbar sein, wie viele Hebammen und auch wie viele Anästhesisten et cetera für schwierige Geburten. Dazu gehört auch noch ein Pädiater. Also darauf will ich hinweisen.

Wenn ein Träger das nicht halten kann, dann muss er sich punktuell auch abmelden können. Das ist nämlich wichtig, dass der nächsthöhere Versorger – in der Regel der Maximalversorger – dann die Versorgung der jeweiligen Frauen und Gebärenden oder auch Gynäkologie allgemein übernimmt. Und das gilt für sieben Tage über 24 Stunden für jeden. Und ich bin mir absolut sicher, dass dieses Thema – auch unter dem Petition, dass die Ministerpräsidentin in besonderer Weise auch die Gynäkologie in Crivitz weiter am Leben halten will –, dieses Thema in den weiteren Gesprächen, die dann der Landrat und der Landkreis mit allen Beteiligten führt, die Dinge über ein neues Konzept bei der Fortbetreuung bedient. Zurzeit ist es so, dass MediClin sich ja – ich glaube, seit gestern – abgemeldet hat für die nächsten Wochen, weil eben das Personal zurzeit nicht vorhanden ist.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Das ist abgeworben worden.)

Das heißt nicht ...

Es gibt eine – das haben Sie doch selbst gehört –, es gibt eine Betriebsvereinbarung, und, Herr Koplin, weder Sie noch die CDU, noch die SPD können das kippen. Auch der Landkreis kann das nicht kippen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Keiner kann es kippen, wenn beide Seiten – Arbeitgeber und Arbeitnehmer – sich auf eine Betriebsvereinbarung geeinigt haben, einerseits mit einem Angebot zur Übernahme von Personal, und wer diese Übernahme nicht annimmt, kriegt eine Abfindung und geht zu einem neuen Arbeitgeber. Das ist Fakt.

Und ich sage noch mal, ich war weder in Crivitz noch sonst wo und habe mich in diese Gespräche überhaupt einbinden lassen, weil es nicht die Aufgabe von Dritten

ist, wenn sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einigen. Das kann man beklagen, das ist völlig richtig, das kann man auch kritisieren, ist auch richtig, aber es wird nicht dazu führen, dass sich das zurückdrehen lässt, sondern es geht darum, für die Zukunft den Standort als Krankenhaus in Crivitz zu sichern, und es geht darum, ein Konzept zu erarbeiten, das dann auch insgesamt in sich schlüssig ist, die Versorgung, die Grundversorgung in der Region um Crivitz herum sichert, den Rettungsdienst mit einbindet und auch ein gynäkologisches Angebot vorhalten soll. Das ist das, was in den letzten Wochen besprochen worden ist.

Und es wird in den nächsten 14 Tagen mindestens noch drei Verhandlungsrunden geben, in denen die Partner – sprich der Landkreis Ludwigslust-Parchim und MediClin und wenn gewünscht unter Beteiligung des Wirtschaftsministeriums, das müssen aber beide wollen, dann die Verhandlungen – in eine finale Runde geschickt werden. Wenn die finale Runde ein Ergebnis bringt, wird das der Landrat dem Kreistag – erst mal wahrscheinlich dem Kreisausschuss und dann auf dem Sonderkreistag –, allen Fraktionen und Bürgervertretern im Kreistag vorstellen. Wenn es dazu ein Go gibt, dann wird ein Konzept erarbeitet, wie die Übertragung läuft und wie dann zum 31.12. in einer Sekunde null dann der Trägerwechsel stattfindet, und zwar die Sekunde null ist 24.00 Uhr und eine Sekunde.

So weit zu den Dingen, die, glaube ich, wichtig sind und die aus meiner Sicht eine gute Lösung bringen, weil dieses Haus auch Rekommunalisierung in großer Breite gefordert hat. Und die Rekommunalisierung birgt gute Chancen für das Krankenhaus in Crivitz unter einem kommunalen Dach dreier Krankenhäuser: Ludwigslust, Hagenow und Crivitz.

(Thomas Krüger, SPD:
Das sehen wir auch so.)

Und aus diesem Grunde heraus kann ich Ihnen nur empfehlen, die Dinge jetzt anzunehmen, wie sie sind, und vor allen Dingen dafür zu sorgen, dass wir gemeinsam die Kommunalisierung in diesem Bereich, was die beste Lösung zu sein scheint, auch vorantreiben.

Ich will mich ausdrücklich bedanken bei denen, die Kritik geübt haben – das ist völlig normal –, bei denen, die mir ab und zu den Rücken gestärkt haben, aber ich will jedenfalls nicht so erscheinen, als wenn ich nichts gemacht habe. Ich habe da mit meinen Kollegen im Haus viel Zeit verbracht, habe auch mit allen gesprochen und jeder kam zu Wort. Und das ist sozusagen jetzt die Aussicht auf den zukünftigen Erfolg mit der Entscheidung, den Krankenhausstandort sicher zu gestalten unter Beteiligung einer Gynäkologie. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Minister, einen Moment bitte!

Zu Ihrem Debattenbeitrag sind zwei Kurzinterventionen angemeldet worden, eine von Herrn Professor Weber, die ich zunächst aufrufe, und eine aus der Fraktion DIE LINKE von Herrn Koplin.

Bitte, Herr Professor Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium!

Sehr geehrter Herr Wirtschafts- oder in dem Fall jetzt Gesundheitsminister!

Minister Harry Glawe: Hört sich gut an. Danke!

Dr. Ralph Weber, AfD: Ich habe ja gerade vorhin bei den Konsolidierungsmaßnahmen noch gesagt, niemand will den Wirtschaftsminister abschaffen. Vielleicht wollen wir ein bisschen am Zuschnitt des Wirtschaftsministeriums ändern, da habe ich Sie verteidigen können, jetzt muss ich aber sagen, ich war etwas sehr enttäuscht von Ihren Stellungnahmen eben. Sie haben drei Punkte angesprochen, die eigentlich meiner Meinung nach alle am Thema vorbeigehen. Sie haben zunächst mal gesagt, Sie können da jetzt nichts machen. Es war ja nicht vor zwei oder drei Tagen oder kurzfristig – über die Dinge, über die wir jetzt reden –, sondern es zieht sich über Wochen und Monate hin. Und insofern ist die Aussage, wir können da ja wenig tun, nicht mehr so glaubwürdig. Herr Koplin hat Ihnen einen 4-Punkte-Plan – Eskalationsstufen hat er das genannt – vorgelegt, was man alles tun könnte.

Der zweite Beitrag war, es gibt eine Betriebsvereinbarung und in die können Sie als Minister, kann das Ministerium, ja nicht reinpuschen, das ist richtig. Eine Betriebsvereinbarung ist ein arbeitsrechtliches Instrument zur Absicherung der Arbeitsplätze. Darum geht es aber nicht. Es geht um den Versorgungsauftrag, den der Klinikbetreiber übernommen hat, und da können Sie sehr wohl etwas machen.

Und das war dann auch die dritte Verteidigungslinie – so möchte ich es mal nennen –: Eigentum. Es geht auch nicht ums Eigentum. Es geht um einen eindeutigen Vertragsbruch des Klinikbetreibers MediClin. Der Versorgungsauftrag, so, wie er vorliegt, wird nicht erfüllt. Dazu gehört nämlich die Geburtshilfe. Es wird nicht erfüllt.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Dann könnte man, müsste man so reagieren, wie Herr Koplin das vorgetragen hat. Und zur Not wird der Versorgungsauftrag entzogen, und dann kann der Klinikbetreiber sich ja überlegen, was er mit einer Klinik ohne Versorgungsauftrag machen möchte, aber die Ausrede, wir können ja da nichts machen, die ist mindestens halbherzig. Und deswegen kann ich nur noch mal sagen, ich würde mir sehr wünschen, dass Sie das wirklich umsetzen, die Handlungsmacht, die der Wirtschaftsminister hat, zum Erhalt der Geburtshilfeabteilung in Crivitz.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Minister, möchten Sie darauf antworten?

Minister Harry Glawe: Einem Professor antworte ich gerne.

Und da Sie ja Jurist sind, Herr Professor Weber, wissen Sie, dass ich das auch so sage, wie ich es gemeint habe.

Erstens. Man kann es nicht jedem recht machen, das wissen Sie.

Zweitens. Eine Kooperationsvereinbarung ist kein Gesetz, es ist eine Absicht. Diese Absicht haben wir ver-

folgt, und wir sind zu der Überzeugung gekommen, dass auch der Versorgungsauftrag, wenn ich ihn kündige, dazu führt, dass wir gar keine Versorgung für eine gewisse Zeit in Crivitz haben. Und das halte ich für nicht angemessen, weil ich möchte, dass die Versorgung der Bevölkerung weiter an diesem Standort stattfindet. Und die Betriebsvereinbarung, noch mal, habe ich nicht geschrieben, ich kann auch nichts für die Präambel, und ich habe sie genauso aus der Presse erfahren, wie die meisten von Ihnen hier. Ich bin jedenfalls nicht gefragt worden, was da drinsteht.

Und drittens ist es so, wenn sich zwei einigen, und zwar über diesen Weg, da haben Sie mir auch nicht widersprochen, dass es dann so ist, wie es aufgeschrieben ist.

Also, ich sage es noch mal: Wir wollen dafür sorgen, dass der Krankenhausstandort Crivitz erhalten bleibt und dass die Gynäkologie bei einem erfolgreichen Verhandeln dann in dem neuen Konzept des Landkreises mitaufgenommen wird. So weit sind auch die Gespräche mit dem Landrat, und über das Wie ist dann in einer Konzeption der Weg zu beschreiben. Das kann man doch nicht kritisieren, Herr Kollege,

(Der Abgeordnete Dr. Ralph Weber spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

oder sollte man nicht kritisieren, aus meiner Sicht jedenfalls.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: So, bitte Herr Koplin, Sie haben jetzt die Möglichkeit, Ihre Kurzintervention anzubringen.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin!

Herr Minister, Ihr Wortbeitrag reizt mich zu einer Intervention, weil Sie den Eindruck erweckt haben, als würden wir seitens der LINKEN Sie auffordern oder aufgefordert haben, husarenstreichartig in Crivitz einzureiten und das Kommando zu übernehmen. Darum ging und geht es nicht. Es geht aber darum, das Primat der Politik zu behalten, denn der Träger MediClin hat in zweifacher Hinsicht Verträge gebrochen:

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

zum einen den Kooperationsvertrag. Das ist noch die mildere Form. Da haben vier Parteien zusammengesessen, und zwei davon – oder zumindest eine, jetzt MediClin in Rede stehend –, die pfeifen drauf. Ja, das muss man dann zur Kenntnis nehmen, aber man muss es trotzdem kritisieren und sanktionieren. Und Sie sind ganz einfach an der Stelle viel zu defensiv. Das ist mein Vorwurf an dieser Stelle.

Und der zweite Vertragsbruch, der ist der schwerwiegende, und zwar der Vertragsbruch hinsichtlich des Versorgungsvertrages. Sie sagen, Eigentum muss geschützt sein oder ist geschützt – ja, selbstverständlich! Artikel 14 Grundgesetz: Eigentum verpflichtet, dient zugleich – nicht irgendwie nachrangig –, zugleich dem Allgemeinwohl.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das ist richtig.)

Und weil das so ist, ist der Träger darauf verpflichtet. Und wenn er das nicht einhält, dann muss er sanktioniert werden. Wenn das nämlich nicht geschieht, dann wissen

alle anderen Krankenhausträger, mit dieser Regierung, mit dem Minister kann man spielen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Und da haben wir doch kein Interesse dran?!

Minister Harry Glawe: Das meinen Sie doch nicht ernst, oder?!

Torsten Koplin, DIE LINKE: Primat der Politik.

Minister Harry Glawe: Das meinen Sie doch nicht ernst?!

Torsten Koplin, DIE LINKE: Ich meine das ernst. Wenn ...

Minister Harry Glawe: Ach so! Okay.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Wenn Sie das nicht sanktionieren, dann wissen die, man kann das mit uns machen. Die Krankenhäuser haben einen Versorgungsvertrag, und wenn die Rahmenbedingungen sich verschlechtern – wir müssen natürlich auch darum kämpfen, dass die Rahmenbedingungen besser werden, keine Frage, aber es darf doch nicht so sein, dass wir stillschweigend dulden, dass ein Versorgungsvertrag nicht erfüllt wird. Das wollen Sie nicht, das unterstelle ich jetzt mal, das wollen wir auch nicht, aber man muss dann deutlich machen, dass wir das nicht hinnehmen, ja?! Das ist meine Intervention.

Minister Harry Glawe: Der Versorgungsauftrag ist im Landeskrankenhausplan definiert. Das wissen Sie so wie ich.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Minister!

Minister Harry Glawe: Wenn eine Ver...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Minister!

Aus Ihrer bereits begonnenen Antwort ...

Minister Harry Glawe: Entschuldigung, ja, ja!

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: ... ersehe ich, dass Sie antworten möchten. Bitte. Bitte schön.

Minister Harry Glawe: Also, sehr geschätzter Herr Koplin, natürlich ist es so, dass einerseits der Versorgungsauftrag definiert ist, und deswegen ist ja auch der Versorgungsauftrag im Landeskrankenhaus klar niedergeschrieben, und zwar nicht nur durch den Minister, sondern durch alle Parteien, die an diesem Vertrag mitzeichnen und arbeiten. Das sind die Krankenkassen, das ist die Krankenhausgesellschaft und das sind andere. Und das Letztentscheidungsrecht liegt beim Minister, da haben Sie völlig recht. Nur hatten Sie uns ja den Auftrag gegeben zu verhandeln. Und das Verhandlungsergebnis lautet: Es wird eine Rekommunalisierung angestrebt durch einen Kaufvertrag. Dieser wird jetzt gelebt, wird jetzt sozusagen versucht umzusetzen. Das Signal an den Landrat ist ergangen durch den Kreisausschuss, und jetzt ist der Landrat gebeten, in den nächsten 14 Tagen bis drei Wochen einen Vorschlag vorzulegen.

Wir haben erreicht, dass MediClin verkaufsbereit scheint oder ist, und über diese Dinge wird in den nächsten

Tagen gesprochen. Das heißt, es wird durch die Planungsbeteiligten am Landeskrankenhausplan festgehalten. Wir nehmen da nichts raus. Das heißt, wenn der neue Träger der Landkreis ist, geht es genau in die Richtung, dass die Versorgung über die im Landeskrankenhausplan stehenden jeweiligen Abteilungen oder Fachgebiete weitergehen soll. Und ich habe auch gesagt, dass das Krankenhaus ja breiter aufgestellt wird, dadurch, dass drei Krankenhäuser unter ein Dach kommen, unter ein kommunales Dach.

Und ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Minister, ich muss ...

Minister Harry Glawe: ... von daher ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Minister, ich muss auch Sie darauf aufmerksam machen, dass die Redezeit für die Antwort auf die Kurzintervention abgebrochen, erfüllt ist.

Minister Harry Glawe: Das ist aber schade! Was mache ich jetzt?

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Sie können sich ja jederzeit auch noch mal zu Wort melden.

Minister Harry Glawe: Ja?

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Das steht Ihnen ja frei.

Minister Harry Glawe: Okay, dann mache ich das denn. Tut mir leid, Herr Koplin!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Lerche.

(Andreas Butzki, SPD:
Weil er zu allem ein Experte ist.)

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrte Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Landsleute! DIE LINKE hat mit ihrem Antrag heute einen wunden Punkt in unserem Gesundheitssystem der doch so reichen Bundesrepublik Deutschland getroffen. Unter Ziffer II, Punkt 3 Ihres Antrages wird der einzig richtige Weg aufgezeigt: Herauslösung der Leistungen der Geburtshilfe und Gynäkologie sowie der Kinder- und Jugendmedizin aus dem pauschalierten Abrechnungssystem DRG.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Das soll Crivitz helfen?)

Nein, das ist das Problem.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Aber bis es auf Bundesebene zufriedenstellend geklärt ist, muss nun der Steuerzahler wieder zusätzlich zu den Krankenversicherungsbeiträgen dafür aufkommen.

Der Standpunkt der AfD-Fraktion ist, dass Gesundheitseinrichtungen zur Daseinsvorsorge gehören. Und gerade

die Corona-Krise hat deutlich gemacht, wie wichtig eine ausreichende Krankenhauslandschaft ist.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das stimmt.)

Wir stehen voll und ganz zur sozialen Marktwirtschaft, aber ob im Krankenhaussektor überall Privatisierungen nötig waren, zweifeln wir an. Es ist ja auch keiner bisher auf die Idee gekommen, Feuerwehren zu privatisieren.

(Sebastian Ehlers, CDU: Nicht
alles, was hinkt, ist ein Vergleich.)

Kommen wir jetzt zu unserem Änderungsantrag. Unter Ziffer II, Punkt 1 im Antrag der LINKEN soll nur dem Landkreis Ludwigslust-Parchim geholfen werden bei der Rekommunalisierung des Krankenhauses Crivitz. Was ist aber mit den Geburtsstationen Bergen, Demmin und anderen – Herr Koplin hat sie genannt –, die folgen werden?

(Minister Harry Glawe: Ist doch
alles geregelt in Demmin.)

Jedes Mal ein neuer Antrag?

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wolgast. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Deswegen möchten wir den Punkt dahin gehend ändern,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

dass alle Landkreise und kreisfreien Städte bei etwaiger Rekommunalisierung ihrer Krankenhäuser zu unterstützen sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Kommen wir aber zu Crivitz zurück. Der Krankenhausbetrieb hat dort ein jährliches Defizit. Sie haben die Zahl 1,5 Millionen, ich habe die Zahl 1,9 Millionen. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Jetzt stellt sich die Frage: Muss das Land dem Landkreis finanziell helfen? Und da sagen wir eindeutig Nein.

(Christian Brade, SPD: Oh!)

Wenn das Land finanziell helfen soll, muss der Landkreis in Not sein. Bei Ludwigslust-Parchim ist dies nicht der Fall.

(Andreas Butzki, SPD:
Weil SPD-regiert, deswegen.)

So spielt bei Prestigeobjekten vom Landrat Sternberg Geld keine Rolle, Stichwort: Kulturmühle, Eldemühle in Parchim. Am Anfang wurde von 21 Millionen, dann im Wahlkampf von 27 Millionen gesprochen, und am 04.06. soll der Kreistag jetzt über knapp 40 Millionen entscheiden bei einer funktionalen Ausschreibung. Der dann als Generalunternehmer Beauftragte macht selbst die Planung und wird bestimmt von der Möglichkeit Gebrauch machen, eine bis zu 30-prozentige Preiserhöhung zu erzielen. Er wäre schön dumm, wenn er es nicht täte. Dann reden wir über 50 Millionen und mehr.

Und auch das zweite Projekt – Solitär II in Parchim –: 7,5 Millionen Schätzung.

(Sebastian Ehlers, CDU: Thema!)

Und da haben auch schon Architekten darüber geguckt, die der Meinung sind, es wird bedeutend teurer, soll durchgedrückt werden. Also soll der Landkreis Ludwigslust-Parchim dort seine Hausaufgaben machen, was ihm wichtiger ist, die Durchsetzung solcher Prestigeobjekte oder der Erhalt seiner Krankenhauslandschaft.

(Sebastian Ehlers, CDU: Junge, Junge!)

Wir haben einen Spielraum.

(Christian Brade, SPD: Gibt es da eine Förderung oder gibt es da keine Förderung vom Land, Herr Lerche?)

Ich sage jetzt einfach mal, der Landkreis hat 3 Millionen für Crivitz geboten, MediClin möchte gerne 9 Millionen haben, gezahlt haben sie damals 6 Millionen für das Ganze, schön durchsaniert bekommen, übergeben bekommen. Wenn die sich jetzt vielleicht wieder auf die 6 Millionen oder 7 Millionen einigen, dann sollte der Landkreis dort nicht lange pokern und das tun. Wie ich schon ausführte, bei anderen Objekten ist das Geld ja auch vorhanden.

(Minister Harry Glawe:
Das zahlt ja auch das Land.)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Minister Harry Glawe)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Minister! Herr Minister! Ich möchte Sie auch bitten, sich an die Regeln zu halten. Sie können jederzeit ans Mikrofon treten und erneut zum Plenum insgesamt sprechen, aber bitte nicht vom Platz aus.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Sag das bloß nicht zu oft, das macht er dann noch, ne?! –
Zuruf von Minister Harry Glawe)

Frau Oldenburg, ich bitte Sie auch, ihn nicht noch dazu zu animieren.

(allgemeine Heiterkeit)

Jetzt erhält das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Barlen.

Julian Barlen, SPD: Meine sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Im Dezember letzten Jahres haben wir genau an dieser Stelle zum wiederholten Mal die Situation der Gynäkologie und der Geburtshilfe in Crivitz und Parchim in den Häusern von MediClin und Asklepios diskutiert. Wir haben diese Frage zwischendurch intensiv beraten: im Ausschuss, in Anfragen, auf der Demonstration oder den Demonstrationen vor Ort. Und wir diskutieren genau diese Situation hier heute erneut, und ich möchte sagen, meinetwegen auch noch hundertmal, wenn das nötig ist, denn so, wie MediClin es macht, meine Damen und Herren, so geht es nicht.

Private Konzerne kaufen Standorte, übernehmen Versorgungsaufträge und viel Verantwortung, bekommen Bei-

tragsmittel, bekommen Investitionsförderung, bekommen das Vertrauen der Patientinnen und Patienten, um sich dann später – man muss sagen, mir nichts dir nichts – umzuentcheiden, die Brocken, zumindest teilweise, hinzuschmeißen und der öffentlichen Hand den abgenagten Knochen zurückzugeben mit der Botschaft, kümmert ihr euch doch um das, was für uns nicht profitabel genug ist.

Meine Damen und Herren, so geht es nicht, das findet nicht unsere Zustimmung. Derlei unkooperative, nicht auf das Gesamtwohl der Bevölkerung abzielende Geschäftsgebaren, wie wir es tatsächlich ja übrigens auch nur von den wenigsten Trägern bei uns in unserem Bundesland kennen, solche Geschäftsgebaren sind bei uns in Mecklenburg-Vorpommern nicht willkommen. Gesundheitsversorgung ist eine viel zu wichtige Aufgabe, als dass es am Ende nur um rein unternehmerische Entscheidungen geht und der Staat und die Öffentlichkeit Zangäste sind.

Umso besser, meine Damen und Herren, dass wir gestern die Untersuchungskommission „Zukunft der medizinischen Versorgung“ eingesetzt haben. Da wird genau das Thema sein müssen. Ohne die Bereitschaft, echt und auf Augenhöhe zu kooperieren, wird ein integriertes, multiprofessionelles, sektorenübergreifendes Versorgungssystem nicht erreichbar sein. Wenn sich private Akteure aus eigenen Interessen einem solchen gemeinsamen Ansatz für die Patientinnen und Patienten einer Region entziehen, dann muss Gesundheitsversorgung ohne diese Privaten stattfinden, ganz klar!

Meine Damen und Herren, mit Blick auf Crivitz und Parchim haben wir es hier im Landtag mehrfach klar gesagt, die Regierung hat es mehrfach klar gesagt, der Kreistag ebenso: Wir stehen zum Versorgungsstandort Crivitz, wir stehen zu Strukturen für ein geburtshilfliches Angebot, und wir brauchen keine Alleingänge und kein einzelunternehmerisches Faktenschaffen. Wir bräuchten viel mehr gemeinschaftliche, konstruktive, lösungsorientierte Gespräche zwischen Träger, Ministerium, Landrat, wie eine solche gute Lösung für den Standort und für das geburtshilfliche Angebot aussieht. Das war, meine Damen und Herren, und das ist unsere Marschrichtung hier im Landtag, das haben wir als Landtag gemeinsam und sehr einmütig beschlossen: keine Fakten schaffen, bevor es ein gutes Gesamtkonzept gibt.

Und das Problem ist jetzt – und das ist ein echtes Problem –, ein solches Faktenschaffen ist durch die Festlegung von MediClin und die Betriebsvereinbarung aber passiert. Und genau das kritisieren wir, und das kritisieren wir scharf. Es gibt einfach keine Bereitschaft von MediClin und von Asklepios, keine Anstrengungen, sich wirklich konstruktiv für eine Lösung einzusetzen, und der Grund hierfür ist in meinen Augen relativ klar: Es soll keine Lösung am Standort Crivitz geben, weil aus Unternehmenssicht eine Lösung an einem anderen Standort gewollt ist.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Lukrativer ist, ja.)

Und es gibt nicht nur keine Bereitschaft für eine Lösung, mehr noch und schlimmer noch, etwaige Zeitfenster für Beratungen, die es braucht – Gespräche und Lösungen brauchen Zeit –, etwaige Zeitfenster für solche Beratungen werden verkürzt, Potenziale für Lösungen werden

zerschlagen und in Eigenregie werden vollendete Tatsachen geschaffen. Anders kann man die Geschäftspraktik rund um die Betriebsvereinbarung zur Schließung der Geburtshilfe in Crivitz nicht nennen.

Der NDR hat im „Nordmagazin“ gestern Abend ja ausführlich dazu berichtet. Seitens MediClin, so entsteht der Eindruck, wird mit allen Mitteln gekämpft, und fraglich ist – und das müssen wir natürlich klären –, ob sogar das Mittel der Unwahrheit bei diesen Mitteln dabei ist. Kollege Koplin ist bereits auf die mittlerweile viel zitierte Betriebsvereinbarung zwischen dem Konzern MediClin und dem Betriebsrat eingegangen. Es handelt sich dabei in der Tat, Herr Minister, um einen geschlossenen Vertrag zwischen diesen beiden Vertragsparteien, nämlich MediClin und dem Betriebsrat. Und darin steht aber ein Text, der es auch in meinen Augen wirklich in sich hat, nämlich die Arbeitgeberin – und das ist das Zitat, was auch Herr Koplin vorgetragen hat – muss die Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe spätestens zum 30.06. schließen. Gemeinsam mit dem Ministerium wurde eine Lösung gesucht, die gynäkologisch geburtshilfliche Versorgung in der Region zu gewährleisten. Und dann: „Das Ergebnis ist nunmehr die Bündelung der Versorgungsbereiche beider Kliniken am Standort Parchim.“

Ich muss sagen, jedem normal denkenden Menschen – und deshalb wohl auch dem Betriebsrat und der Betriebsratsvorsitzenden – will dieser Text doch weismachen, dass die Schließung der Geburtshilfe verabredet ist, weil warum sollte das sonst im Ergebnis, also einer solchen gemeinsamen Lösungssuche so sein, und dass der Text suggeriert, auch dass darüber Einvernehmen besteht, dass daran nichts mehr zu ändern ist und dass es jetzt nur noch in der kausalen, logischen Folge darum geht, weil das alles so ist, eine soziale Umsetzung für die Schließung gemeinsam zu verabreden.

Meine Damen und Herren, das ist so ja nicht. Das ist eine Falschbehauptung, so, wie es da in diesem Text zu lesen ist. Der Gesundheitsminister und der Landrat – das ist eben von Minister Glawe ausgeführt worden – arbeiten, übrigens trotz der irren Belastung, die die Häuser und die Ämter durch die Corona-Bewältigung haben, arbeiten weiterhin an einer guten Lösung für die Region. Das Bekenntnis zum Standort steht. Das Bekenntnis zu den Strukturen eines geburtshilflichen Angebotes steht. Und das ist genau richtig. Und ich möchte an dieser Stelle bei aller Kritik sozusagen, die immer im Raum steht, an allen Beteiligten, ich möchte an dieser Stelle einmal für die Politik und das Reagieren auf solche Geschäftspraktiken von MediClin mal eine Lanze brechen und sagen, ich bin dem Landrat und dem Gesundheitsminister dankbar für dieses Engagement, sich an dieser Stelle da eben zu kümmern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Minister Glawe, Minister Glawe hat glasklar gemacht – und das ist auch genau in unserem Interesse –, die Gynäkologie und die Geburtshilfe bleiben im Krankenhausplan enthalten. Da gibt es keine Streichung, unabhängig davon, was MediClin gerade veranstaltet. Und genauso, meine Damen und Herren, war – und übrigens ist, weil dieser Beschluss gilt, der ist von Dezember –, genauso war unser Beschluss hier im Landtag nämlich gemeint: keine Fakten schaffen, bevor ein akzeptiertes Konzept steht.

Dass inzwischen Corona ausgebrochen ist und dass diese Konzeptphase, die einfach in einer Demokratie, in einem Staat, wo Landkreise und Land also gemeinsam Dinge erarbeiten, dass das Zeit braucht, dafür kann niemand etwas. Und dass MediClin sich aber genau das knallhart zunutze macht und die Station schnell noch vor einer ins Haus stehenden Rekommunalisierung abwickeln und verbrannte Erde hinterlassen möchte, das ist schlichtweg ein Affront, das ist eine Sauerei gegenüber den Beschäftigten, gegenüber den Eltern und allen Aktiven.

Meine Damen und Herren, die Betriebsrätin hat die oben genannte Betriebsvereinbarung in dem Glauben unterschrieben, dass einleitende Beschreibung der Situation zutreffend ist, alle Bemühungen mit dem Ministerium sind am Ende gescheitert, und im Ergebnis der Lösungssuche muss Parchim für die Gynäkologie und Geburtshilfe gestärkt und Crivitz geschlossen werden. Aber es ist ja das Gegenteil der Fall: Die Lösungssuche mit dem Gesundheitsminister ist nicht abgeschlossen. Gleichfalls laufen die Gespräche und die Konzeptarbeit mit dem Landrat.

Es wird aktuell mit der Rekommunalisierung und dem klaren Statement für ein geburtshilfliches Angebot ganz aktiv an einer Lösung gearbeitet, die eben nicht lautet: Parchim wird gestärkt, Crivitz wird geschlossen. Wieso also diese Behauptung in der Präambel der Betriebsvereinbarung? Etwa, um sich eine Unterschrift des Betriebsrates zu erschleichen? Das wäre starker Tobak. Und da wünsche ich mir, möchte ich sagen, auch eine ganz klare Aussage des Gesundheitsministers zu, die lauten muss, das ist falsch, das ist gelogen.

Paragraf 123 BGB spricht bei Willenserklärungen allgemein von einer Anfechtbarkeit wegen arglistiger, heißt vorsätzlicher Täuschung, die unter anderem dann vorliegt, wenn durch aktives Tun der Unterzeichner eines solchen Vertrages durch falsche oder konstruierte Tatsachen zur Unterschrift beziehungsweise zur Willenserklärung gebracht wird. Ich persönlich halte die falsche Behauptung, dass die Abwicklung in Crivitz besiegt ist und nun nur noch eine sozialverträgliche Umsetzung erfolgen muss, tatsächlich für ganz ursächlich, heißt kausal für diese Unterschrift des Betriebsrats. Der Betriebsrat – wir müssen uns einmal in die Lage dieses Betriebsrates reinversetzen –, der hätte die Unterschrift ohne diese Behauptung in der Präambel doch niemals geleistet. Warum auch?

Wenn beispielsweise in der Präambel wahrheitsgemäß gestanden hätte, wir haben uns auf eine Rekommunalisierung verständigt und auch ein geburtshilfliches Angebot in Crivitz soll erhalten bleiben, wir brauchen jetzt allerdings Übergangszeit, um das gut auf die Beine zu stellen – warum sollte denn jemand bei einer solchen Einleitung, die ja offensichtlich den Tatsachen entspricht, einer Zerschlagung der Station und Kündigungen zustimmen? Das macht doch überhaupt keinen Sinn. Deshalb ist also die falsche Behauptung beziehungsweise in meinen Augen die vorsätzliche Täuschung des Betriebsrates ursächlich für diesen geschlossenen Vertrag zwischen MediClin und dem Betriebsrat.

Und, meine Damen und Herren, unter dem Strich möchte ich wirklich sagen, dass ich – ich glaube, das merken Sie auch – außerordentlich sauer bin, wie MediClin sich verhält. Der Landtag, die Landesregierung, der Kreis haben sich schon Ende letzten Jahres bekannt – wir haben es in allen Redebeiträgen hier gehört – zum

Standort Crivitz, zu Strukturen eines geburtshilflichen Angebotes. Es ist Zeit für eine Konzepterstellung und für eine Einigung eingeräumt worden. Das muss so sein, so etwas braucht Zeit, und da darf es einfach nicht sein, dass MediClin sprichwörtlich auf dem letzten Meter vor dem Abstoßen noch schnell Nägel mit Köpfen macht und eine Geburtshilfe abwickelt und, um das zu erreichen, auch noch den Betriebsrat kolossal hinter die Fichte führt. In meinen Augen sollte der Betriebsrat sich das als Vertragspartnerin definitiv nicht bieten lassen und die Vereinbarung anfechten und kippen, denn dann besteht ohne Kündigung der wichtigen Personalgruppen für einen Fortbestand die Möglichkeit für einen geordneten Übergang in Richtung eines kommunalen Hauses mit einem geburtshilflichen Angebot.

Meine Damen und Herren, ich war mit Kollegen Ehlers, ich war mit der Kollegin Bernhardt zu Corona-Zeiten bei der Demo in Crivitz. Das war aufgrund dieser Situation „Demo in Corona-Zeiten“ wirklich denkwürdig, aber das war nicht nur deshalb denkwürdig, sondern auch denkwürdig, weil die Eltern, die Ärzte, die Pflege, die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam für etwas eingetreten sind und Bereitschaft gezeigt haben, sich voll reinzuhängen. Das war ganz klar schon vorher, und das ist uns aber auch da noch mal ganz, ganz deutlich geworden, und das möchte ich Ihnen sehr deutlich sagen: Dieses Maß an Engagement, an Einsatz, das ist wirklich beachtlich und das zeigt die große Verbundenheit mit dem Anliegen und mit dem Standort. Und das ist definitiv auch der Grund dafür, warum wir hier als Landtag schon in der dritten Plenarsitzung das Thema auf der Agenda haben.

Meine Damen und Herren, wir haben gemeinsam die wesentlichen Beschlüsse hier gefällt. Die Drucksache 7/4555 ist unser beschlossener Antrag „Pädiatrische Versorgung und Geburtshilfe sichern“. Den haben wir beschlossen, der gilt auch heute. Und diese Dinge – inklusive Auftrag an die Regierung, nach Alternativen zum DRG-System zu suchen, Kollege Koplin, inklusive des Auftrags, eine Versorgungslandschaft zu skizzieren, die langfristig tragfähig ist, inklusive des Auftrags des Landtages an die handelnden Akteure, lösungsorientiert zu verhandeln –, die haben wir hier als Landtag beschlossen. Diese Beschlüsse haben Bestand und die müssen wir nicht sozusagen immer neu beschließen. Dadurch wird es nicht besser, meine Damen und Herren. Zusätzlich haben wir die Enquetekommission eingerichtet.

Und ich möchte das an dieser Stelle auch wirklich ganz offen sagen, Herr Koplin, ich bin ein bisschen traurig. Sie sind seit vielen Jahrzehnten hier im Landtag. Sie sind also ein wirklich mit allen Wassern gewaschener Vollprofi, was das politische Geschäft angeht. Das respektiere ich auch sehr. Ich hätte mir an der Stelle ein bisschen mehr Gemeinsamkeit gewünscht, weil Sie wissen, dass CDU und SPD in einer Koalition sind und sich – ich sage mal, schon beim letzten Antrag, den ich maßgeblich mitentwickelt habe, wo es genau darum ging, auch auf Bundesebene für veränderte Refinanzierung zu sorgen, wo es darum ging, die Enquete anzukündigen, wo es darum ging, die Versorgungsverhandlungen einzufordern, wo alles ganz klar sozusagen hier einmütig beschlossen worden ist, diesen Antrag haben wir hart errungen, gemeinsam und dann auch beschlossen –, und sich jetzt genau die Punkte rauszusuchen, wo Sie wissen, dass CDU und SPD da natürlich jetzt nicht mal eben mit wehenden Fahnen mitgehen, weil wir es schon beschlossen haben, ich muss sagen, das muss nicht sein. Sie wissen

aber natürlich auch, nach außen hin entsteht der Eindruck, DIE LINKE hat gekämpft und ist da rangegangen wie Hektor an die Linsensuppe, die anderen hat es nicht gekratzt und haben das abgeschmettert.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich möchte Ihnen und ich möchte auch allen, die meiner Rede zuhören, sagen, dass wir in dieser Sache eine klare Position beziehen, und da ändert auch unser Abstimmungsverhalten zu Ihrem Antrag nichts dran, weil das müssen wir, sagen wir mal, immer gemeinsam klären, wie wir das machen, und wir haben eine klare Beschlusslage hier als Landtag dazu erarbeitet. – Ich danke Ihnen sehr herzlich für das doch lange Zuhören, aber das war mir wichtig, das zu sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Kollege, der Abgeordnete Koplin hat eine Kurzintervention angemeldet.

Bitte schön, Herr Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin!

Herr Barlen, das allermeiste von dem, was Sie gesagt haben, kann ich unterschreiben, das Letztgesagte nicht, weil das ein Stückchen weit unterstellt, dass uns hier hätte nur so ein parteipolitisches Kalkül getrieben. Das ist nicht so. Ich wage die Behauptung, hätten wir das Thema nicht gesetzt, hätte das hier keine Rolle gespielt.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und wenn das keine Rolle gespielt hätte, würde der Eindruck entstehen, der Landtag nimmt es hin, dass es jetzt so läuft, wie es läuft. Und die Situation ist so brisant, die Menschen sind nicht nur empört, sondern auch zornig und haben auch ein Signal und eine Positionierung des Landtages in dieser Situation, haben ein Recht darauf. Das war unser Hauptmotiv. Das würde ich ganz gerne entgegenen.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, möchten Sie darauf erwidern?

Julian Barlen, SPD: Klar!

(Sebastian Ehlers, CDU: Hat er ja schon!)

Ich möchte, ich will Ihnen überhaupt gar nichts unterstellen. Jede Fraktion, jede Partei kann Anträge stellen, wie sie das für richtig hält. Und dass dieses Thema also relevant ist, glaube ich, habe ich durch meinen Redebeitrag hier auch kundgetan. Ich wollte nur erklären, warum der Eindruck, also womöglich, also bei der Abstimmung des Antrages, den wir ablehnen werden, entsteht, wir würden – und das wird Ihre Interpretation sein –, wir würden also den Forderungen der Linkspartei nicht folgen. Ich wollte nur sagen, wir haben hier einen Antrag gemeinsam beraten, wir haben den einmütig beschlossen, wo diese ganzen Punkte ja drin enthalten sind, und dieser Antrag gilt nach wie vor. Also wir haben eine gültige Beschlusslage, die diese Dinge umfasst. Und ich wollte nur bekräftigen, dass sich daran aus unserer Sicht nichts ändert.

Und Sie sagen, dass ohne Ihren Antrag, jetzt zum Beispiel das Thema „Stellt MediClin einfach eine Falschbehauptung auf, um eine Unterschrift einer Betriebsrätin zu erreichen“, dass das kein Thema würde, wenn Sie nicht diesen Antrag gestellt hätten. Das glaube ich nicht. Also wir haben eine ganz aktive Öffentlichkeit zu dem Thema. Ich weiß, dass die Kollegen, also von der CDU, also Sie ohnehin, ich auch, wir sind dran an diesem Thema und wir beobachten das jetzt auch außerhalb von Anträgen im Landtag. Ich wollte nur mal sozusagen das auch einordnen, weil für die geneigte Öffentlichkeit möglicherweise der Eindruck entsteht, also nur Herr Koplin ist an dieser Sache dran, weil der hat hier einen Antrag gestellt, und alle anderen verhalten sich ignorant. Das ist nicht der Fall.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Jetzt hat für die Fraktion der CDU das Wort der Abgeordnete Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach unserer Diskussion, unserem Beschluss im Dezember beschäftigt uns heute also wieder die Situation am Krankenhaus Crivitz hier in diesem Hohen Haus. Ich möchte ganz gerne starten auch mit einem Dankeschön, weil ich glaube, wenn man jetzt so über die Monate auch beobachtet hat, mit welchem Elan und mit welchem Enthusiasmus auch dort die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die Bürgerinitiative hier gekämpft haben – ob bei Mahnwachen in Crivitz über Ostern, bei der viel zitierten Demonstration, ich glaube, das war die erste hier im Land während des Lockdowns, oder auch die Mahnwache vor der Staatskanzlei oder auch die Demos hier vor dem Landtag –, wer das alles beobachtete und dabei war zum Teil, der hat ja gesehen, dass da nicht nur eine Stadt zu ihrem Krankenhaus steht, sondern eine ganze Region. Und das weiß man, wenn man aus der Region hier kommt, welch hohe Bedeutung die Geburtshilfe natürlich auch hat für die Region, die Geburtshilfe in Crivitz. Und deswegen einen ganz herzlichen Dank an die Beteiligten!

Und der Kollege Barlen hat es richtig beschrieben, die Erwartungen sind hoch, waren natürlich auch hoch nach der Vereinbarung aus dem Dezember, und da kann ich den Unmut oder zum Teil die Wut auch nachvollziehen, denn auch wir waren ja mehr als irritiert, als wir dort während der Corona-Krise – oder wir sind ja noch mittendrin, also vor einigen Wochen – mitbekommen haben, dass dort diese Betriebsvereinbarung geschlossen wurde, im Windschatten der Pandemie dort also quasi Fakten geschaffen werden sollten, als, glaube ich, auch das Gesundheitsministerium, als auch der Landrat verständlicherweise in den ersten zwei, drei Wochen des Lockdowns komplett andere Baustellen noch hatten. Das, glaube ich, gehört auch zur Wahrheit mit dazu.

Und deswegen kann man das nur scharf kritisieren, denn, wenn man eine Unterschrift unter etwas setzt, egal, ob es jetzt ein Vertrag ist, eine Vereinbarung, was auch immer, dann sollte man dazu stehen. So bin ich jedenfalls angezogen, so ist unsere Fraktion angezogen, und deswegen kann man das nur aufs Schärfste auch kritisieren und verurteilen. Das haben wir in Crivitz bei der Demo sehr deutlich gemacht. Kollegin Bernhardt, Kollege Barlen waren mit dabei. Diese Betriebsvereinba-

rung ist natürlich in der Tat wenig hilfreich für die aktuelle Diskussion, für die aktuelle Debatte. Der Betriebsrat hat ja dargestellt, wie es dazu gekommen ist, dass da auch Druck ausgeübt wurde. Deswegen will ich auch gar keine Schelte jetzt an der Stelle betreiben, will nur sagen, dass es wenig hilfreich ist, weil natürlich sich der Betreiber immer hinstellen und sagen kann, hier, ich habe hier ein unterschriebenes Dokument.

Dass das Ministerium entgegen der Behauptung nicht eingebunden war, hat der Minister noch mal hier öffentlich klargemacht. Das finde ich auch noch mal sehr wichtig an der Stelle. Ich glaube, uns eint alle – wir haben es gestern gesagt bei der Einsetzung der Enquete, wir haben es im Dezember gesagt, sagen es heute wieder –, dass wir die Krankenhausstandorte hier im Land alle erhalten wollen. Ich glaube, das ist das, was uns, Regierung und Opposition, an der Stelle auch komplett eint. Und wir haben uns ja bereits klar bekannt, dass wir den Landkreis unterstützen bei seinen Bemühungen, bei seinen Bestrebungen und zum Thema Rekommunalisierung.

Ich glaube, da brechen wir uns auch als CDU keinen Zacken aus der Krone, auch wenn wir sicherlich dort ein Stück weit eine andere Grundposition haben und ich durchaus noch mal sagen will an der Stelle – das ist mir auch ganz wichtig, damit auch vielleicht noch mal ein anderer Akzent dort gesetzt wird –, es auch natürlich durchaus vielleicht Nachteile geben könnte, gerade auf der Kostenseite, denn Krankenhauskonzerne haben natürlich gerade beim Thema Einkauf oder auch beim Thema „zentrale Personalstellen“ durchaus auch Kostenvorteile. Ich glaube, das darf man nicht von der Hand weisen. Das war ja ein Grund, warum sich irgendwann mal Kommunen dafür entschieden haben, zu rekommunalisieren oder teilzurekommunalisieren.

Aber nichtsdestotrotz stehen wir auch zu dieser Zusage, sicherlich nicht in Landesträgerschaft, was durchaus ja auch mal die Forderung vor Ort war – als wir zur Gesprächsrunde waren, ich glaube, da waren Kollege Brade und Kollege Koplin noch Anfang März da zum Gespräch –, eine Forderung, dass das Land das Klinikum übernimmt. Das kann ich für uns zumindest ausschließen. Es geht ja darum, dass die Kommune dort übernimmt, der Landkreis.

Und, Herr Kollege Lerche, da spielt es für mich auch erst mal keine Rolle, welche Projekte der Landkreis nebenbei noch hat, weil ich die im Detail auch gar nicht kenne, gar nicht beurteilen kann, gar nicht beurteilen will an der Stelle. Sicherlich gehört der Landkreis Ludwigslust-Parchim zu den finanziell etwas besser aufgestellten Landkreisen hier im Land, aber das spielt für mich gar keine Rolle. Wir haben da eine Zusage getroffen, dass wir unterstützen als Land, und zu der Zusage stehen wir als Koalition. Da brauchen wir jetzt auch keine Aufforderung durch diesen Antrag heute hier. Und ich war schon ein bisschen erstaunt, Herr Kollege Lerche, über Ihre Auslassung. Sie wollen also dem Krankenhaus Demmin bei der Rekommunalisierung helfen. Wie man ein kommunales Krankenhaus rekommunalisieren kann, das müssten Sie vielleicht noch mal erklären.

(Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD,
und Daniel Peters, CDU)

Sie wollen Wolgast helfen, das in Träger...

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Wolgast ist auch erwähnt worden, natürlich, in Ihrer Rede.

(Zurufe von Dr. Ralph Weber, AfD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Das können Sie noch einmal nachschauen, Wolgast ist eingeworfen worden hier.

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Dirk Lerche, AfD)

Das ist auch schon in öffentlicher Hand, quasi Unimedizin und Kreis. Also auch da, glaube ich, wird es am Ende des Tages schwierig.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Und es muss am Ende natürlich, es muss – und das ist gar kein Wegschieben von Verantwortung –,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

aber es muss am Ende dann auch der Kreistag entscheiden, und der muss abwägen, wenn er alle Zahlen auf dem Tisch hat. Und meine Prognose ist, dass das wahrscheinlich kein Nullsummenspiel wird für den Kreis. Auch nachher in der Ausgestaltung muss es am Ende dann auch der Kreistag entscheiden. Wir unterstützen das, und ich finde es gut, dass der Landrat da auch so offensiv agiert, dass er da ja auch auf einem – scheinbar –, auf einem vernünftigen Weg ist. Das ist, glaube ich, ein gutes Zeichen. Und das sollten wir an der Stelle hier auch als Landtag mit begleiten und mit unterstützen.

Und, Herr Kollege Koplin, auch noch mal zu Ihrem Antrag, um ins Detail zu gehen: Ich hätte es auch besser gefunden – wir haben ja auch in dieser Woche häufiger mal das Instrument der Aussprache genutzt –, wir hätten das in Form der Aussprache gemacht. Dann hätte es hier ein Thema gegeben, der Minister hätte sich genauso positionieren müssen wie jetzt bei dem Antrag, wir hätten über die Frage, hier in der Offenheit, offen diskutiert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es gibt
pro Fraktion nur eine Aussprache.)

Ja, das ist ja auch eine Frage, wo man einen Schwerpunkt setzt, Herr Ritter, an der Stelle.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, und der war beim Tourismus,
die Aussprache, und dann gibt
es einen Antrag.)

Ja, ist ja auch, ich will das auch gar nicht bewerten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

Sie haben, ich habe meine Position hier dargelegt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sagen Sie Ja oder Nein zum
Antrag, und dann ist es gut!)

Aber – und, Herr Kollege Koplin, deswegen komme ich noch mal zum Antrag zurück –

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

das Thema DRG haben Sie ja im März versucht, uns hier schon so ein Stück weit unterzuschieben. Wo da jetzt der Standortvorteil für Crivitz liegen soll, wenn man das Thema jetzt bundesweit löst, das kann ich immer noch nicht so ganz nachvollziehen. Vielleicht bin ich ja auch intellektuell da nicht in der Lage zu, aber vielleicht erklären Sie es einfach noch mal, denn das würde ja für alle Häuser dann künftig gelten.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ja.)

Und da den Vorteil jetzt für Crivitz rauszuziehen, wie man da mehr Personal bekommt,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ja.)

wie man dort in anderen Bereichen es künftig besser lösen kann, das müssen Sie mir noch mal erklären. Vielleicht ist das auch ein Thema, was man in der Enquete-kommission dann ja künftig besprechen kann.

Also von daher sind wir da weiter gemeinsam einer Meinung, sind nicht weit auseinander. Details des Antrags, wie gesagt, sehe ich auch persönlich als schwierig, egal, wie man jetzt das Verfahren hält, aber jetzt sozusagen die Erwartungen zu wecken und da dort den privaten Trägern auch ein Stück weit reinzureden, was das Thema Abwerbung et cetera angeht, das halte ich dann persönlich auch inhaltlich für schwierig, auch wenn man es vielleicht politisch unterstützt, diese Forderung. Von daher sind wir da eng beieinander. Wir haben eine klare Beschlusslage und von daher sollten wir das auch ein bisschen respektieren. Da geht es auch ein bisschen darum, wie ernst nehmen wir die Beschlüsse an der Stelle. Wir haben eine Beschlusslage, zu der stehen wir. Ich glaube, die brauchen wir jetzt heute nicht zwingend zu erneuern, zumal es, Herr Koplin, in Ihrem Antrag auch Punkte gibt, die wir als Fraktion so nicht mittragen. Das ist bekannt und das ist ja auch nicht schlimm. An der Stelle also unser klares Bekenntnis zum Standort, und wir sind beieinander.

Der Minister hat es noch mal gesagt, auch die Ministerpräsidentin hat sich ja noch mal klar bekannt auch zum Standort, zum Erhalt der Geburtshilfe. Das ist, glaube ich, auch noch mal ein wichtiges klares politisches Zeichen. Und von daher erwarten wir, dass die Verhandlungen jetzt auch zügig umgesetzt werden, weil das, was vor Ort vor allem natürlich die Leute frustriert, ist, dass Fakten geschaffen werden sollen, vor dem 30.06., und wir haben heute den 15. Mai, und von daher muss es jetzt sehr, sehr schnell gehen. Ich glaube, da sind wir uns einig an der Stelle. Von daher hat sich an unserer Position zum Dezember nichts geändert. Wir stehen weiterhin dazu. – Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: War das eine Kurzintervention?

(Zuruf aus dem Plenum: Ja.)

Okay, dann hat jetzt der Abgeordnete Weber, Professor Weber das Wort für eine Kurzintervention. Bitte schön.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium!

Sehr geehrter Herr Ehlers, ein bisschen überrascht mich gerade etwas, was Sie gesagt haben. Das ist das Übliche von Ihnen, und überhaupt von den Regierungsparteien kommt ja dann immer, entweder „machen wir schon“ oder „ist völlig überflüssig“.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Hat er nicht gesagt. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Aber Sie haben schon zur Kenntnis genommen, dass hier eine bisschen andere Sachgrundlage vorherrscht?! Klarer Vertragsbruch, Lügen oder zumindest scheinbare Unwahrheiten in der Präambel einer dann arglistig herbeigeführten Betriebsvereinbarung – das allein ist doch Grund genug, dass man hier im Landtag noch mal darüber spricht.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Tun wir doch!)

Deswegen kann ich nur sagen, ich halte den Antrag der LINKEN, den wir in der Sache durch unseren Änderungsantrag noch ein bisschen verbessern wollen, aber in der Sache für richtig und finde es dann merkwürdig, wenn Sie immer nur sagen, Sie, die Sie sonst – CDU, aber auch SPD, Herr Barlen hat es ja ähnlich gesagt –, die Sie sonst gekonnt mit Rückenwindanträgen für die Regierung immer jonglieren. Dass wir hier mal einen Rückenwindantrag machen für die, die Woche für Woche auf die Straße gehen,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Haben wir doch! Den Antrag haben wir doch!
Wir haben eine Beschlusslage.)

die für den Erhalt einer Geburtshilfestation demonstrieren, die sich berechnete Sorgen machen, wie geht es weiter, dass da Rückenwindanträge eben auch mal notwendig und richtig sind,

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Haben wir doch!)

das sollten Sie doch zur Kenntnis nehmen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Die Beschlusslage.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, möchten Sie darauf reagieren?

Sebastian Ehlers, CDU: Gerne.

Dr. Ralph Weber, AfD: Das war „Machen wir schon!“.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Bitte schön.

Sebastian Ehlers, CDU: Sehr geehrter Herr Professor Weber, ich habe ja auch nicht gesagt, dass wir heute nicht darüber diskutieren sollten. Deswegen habe ich ja gesagt, eine Aussprache wäre aus meiner Sicht sinnvoll gewesen, über das Thema zu reden. Wir haben ja auch Pressearbeit dazu gemacht, wir haben im Ausschuss diskutiert, wir waren auf den Demos, haben uns ja den Diskussionen auch gestellt, aber hier geht es ja nicht

um irgendwelche Rückenwindanträge für die Regierung, sondern wir haben eine klare Beschlusslage. Da geht es nämlich darum, wie ernst nehmen wir hier überhaupt unsere Beschlüsse. Wir beschließen im Dezember etwas, was nicht sehr davon abweicht, bis auf, sage ich mal, die Spitzfindigkeiten jetzt dort, die fachpolitischen, die ich genannt habe, wo wir eine andere Meinung haben. Aber vom Grundsatz her haben wir ein klares Bekenntnis, ein klares Bekenntnis zur Unterstützung des Landkreises – Rekommunalisierung –, und da geht es auch darum, wie ernst nehmen wir hier das, was wir beschlossen haben.

Und von daher ist das auch ein klares Signal. Ob das draußen dann jetzt jeder versteht, das werden wir sehen am Ende des Tages, aber jetzt den Beschluss nun noch mal zu erneuern, halte ich persönlich dann an der Stelle einfach auch für nicht praktikabel, auch für schwierig. Und von daher gibt es da auch überhaupt gar keinen Dissens. Wir unterstützen die Bürger vor Ort über die Möglichkeiten, die wir haben in der Regierung, Sie über die Möglichkeiten, die Sie in der Opposition haben, und da sehe ich an der Stelle auch gar kein Problem.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Christian Brade, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe jetzt noch einen angemeldeten Redebeitrag auf der Liste und möchte daher alle die Kolleginnen und Kollegen, die gerne an der Abstimmung zum Antrag teilnehmen möchten, auffordern, sich in den Saal zu begeben.

Aber jetzt hat für die Fraktion DIE LINKE das Wort die Abgeordnete Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Das Thema, was wir heute aufgesetzt haben, die Geburtenstation, den Erhalt des Krankenhauses in Crivitz, ist ein hoch emotionales Thema mittlerweile auch für mich geworden, weil ich oft bei den Mitarbeitern, bei den Menschen in der Region an der Seite bei den Demos stehe, die Mahnwachen sehe, und deshalb sehen Sie uns das nach, Herr Barlen und Herr Ehlers, dass wir heute die Forderungen dieser Menschen hier reintragen haben in den Landtag, weil wir erstens hinter diesen Forderungen stehen und zweitens, weil wir es als notwendig erachten.

Ja, Herr Ehlers, wir hatten im Dezember entsprechende Beschlusslagen hier im Landtag gefasst, aber es traten mittlerweile in der Region Umstände ein, die einfach große Zweifel an dem Bekenntnis, was wir hier abgegeben haben, und an der Umsetzung des Bekenntnisses gegeben haben. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Und die Leute sind auf die Straße gegangen, zu den Mahnwachen gegangen, als sie ein erneutes Bekenntnis von Politik haben wollten, weil sie eben nicht unterscheiden zwischen Landtag und Landesregierung.

Ich als Politikerin des Landtages habe für mich gesagt, okay, wir haben entsprechende Beschlüsse gefasst, genauso wie Sie, Herr Ehlers, ja, wir haben uns zur Geburtenstation in Crivitz bekannt, genauso, wie im Kreistag wir uns zu der Geburtenstation in Crivitz bekannt haben. Mittlerweile ist es aber dann so gewesen, dass die Betriebsvereinbarung stattgefunden hat im März, und das,

was wir mittlerweile erleben, ist, dass diese Station leergezogen wird, dass sie ausgeblutet wird.

Insofern, Herr Glawe, danke ich Ihnen heute hier für Ihr Bekenntnis erneut zu Crivitz. Deshalb war der Antrag auch notwendig und auch richtig, auch wenn er heute in der Konsequenz abgelehnt wird. Aber es lässt einfach viele Fragen offen, dieses Bekenntnis. Denn wie ist die Situation jetzt? Die Situation jetzt in Crivitz gestaltet sich derart, dass wir ein Ausbluten der Station sehen, dass, wie Sie es selber beschrieben haben, die Station, die Geburtsstation an dem Wochenende geschlossen werden muss, weil nicht genug Mitarbeiter, weil nicht genug Ärzte da sind. Die blutet aus.

Frauen – das war erst vor zwei, drei Wochen der Fall – fahren nach Parchim, um dort ihre Geburt vollziehen zu können, werden dort abgewiesen, fahren dann nach Crivitz. Das ist eine Irrfahrt. Das finde ich in so einer hoch emotionalen Situation, wie, wenn eine Frau kurz vor der Geburt steht, genauso wie für den Vater, für den werdenden, wirklich unerträglich, sich dann noch kümmern zu müssen, in welches Krankenhaus ich nun fahren kann, um sozusagen mein Kind zu bekommen. Also von daher, das ist die Situation jetzt, die wir einfach erleben, dass sie ausgeblutet wird.

Und auf der anderen Seite sagen Sie, wir stehen zu Crivitz, wir stehen zu der Rekommunalisierung, wir stehen zu der Geburtsstation, aber das ist am 01.01.2021. Also es wird noch sechs Monate dauern, wie wir gewährleisten müssen, dass das, was Sie, dieses Bekenntnis, das Sie heute gegeben haben, auch tatsächlich umgesetzt werden kann, und dass wir es nicht vorher erleben, dass die Station schließt, ein halbes Jahr zu ist und wir, wenn wir dann sagen, der Versorgungsauftrag besteht ja noch, die Geburtsstation muss auch wieder herkommen, dann auf einmal vor einer geschlossenen, vor einer leeren Geburtsstation stehen und nicht wissen, wie wir die wieder aufmachen können.

Es ist unheimlich schwer – und das haben Sie alle in ganz Mecklenburg-Vorpommern mitbekommen, sei es in Demmin, Wolgast, überall –, Kinderärzte zu bekommen, Mitarbeiter, Pflegekräfte, Schwestern. Wo wollen wir die denn zum 01.01.2021 herbekommen, wenn wir dann die Rekommunalisierung des Krankenhauses durchgeführt haben? Nein, deshalb ist für uns auch die Frage jetzt, Herr Glawe, wie können wir sozusagen es weiter verhindern. Und da sehe ich auch Sie als Landesregierung, als exekutive Gewalt in der Pflicht zu überlegen, wie sich mit Sanktionen die Klinikbetreiber an ihr Versprechen, an ihre Vereinbarung, die sie schriftlich gegeben haben, halten können.

Jeder, der einen Vertrag unterschreibt, muss mit Vertragsstrafen rechnen, wenn er diesen Vertrag bricht. Was passiert denn bei diesen Konzernbetreibern? Wie werden sie sozusagen dahin getrieben, sich weiterhin an ihre Vereinbarung bis zum 01.01.2021 zu halten? Diese Frage stelle ich Ihnen, und ich wäre froh, Herr Glawe, wenn Sie dazu noch mal Stellung nehmen würden, weil das auch die Frage ist, die die Leute auf der Straße bewegt. Wie wird jetzt sozusagen dieser Überbrückungszeitraum zwischen dem 30.06. und dem 01.01.2021, wenn wir rekommunalisieren, sichergestellt, dass die Geburtsstation eben erhalten bleibt, dass sie nicht zum 30.06. oder schon vorher geschlossen wird, sondern dass wir überhaupt die faktische Möglichkeit haben, am 01.01.2021

überhaupt dazu zu kommen, mit der Rekommunalisierung auch die Geburtsstation in Crivitz weiter vorzuhalten?

Denn eines möchte ich noch mal sagen, ich habe immer so das Gefühl, als wenn mittlerweile von Anfang an das Ziel die Rekommunalisierung gewesen sei. Nein, am Anfang stand die Geburtsstation in Parchim als Ziel. Da haben wir schon mit Rekommunalisierung gearbeitet, weil wir es nicht anders gesehen haben, weil sich einfach eine Geburtsstation nicht mehr rechnet unter dem derzeitigen System. Da hatten wir sozusagen die Rekommunalisierung ins Gespräch gebracht, um überhaupt eine Geburtsstation in Parchim zu halten. Dann auf einmal kam die Geburtsstation in Crivitz dazu. Jetzt scheint es mir nur noch darum zu gehen, überhaupt das Krankenhaus in Crivitz aufrechtzuerhalten. Das ist eine völlig verquere Situation oder ein Verfahren, was wir im letzten halben, dreiviertel Jahr gesehen haben.

Deshalb ist für mich auch nicht die Rekommunalisierung des Krankenhauses Crivitz das Allheilmittel dieser Situation, sondern natürlich müssen auf Bundesebene auch entsprechende Nachsteuerungen bei dem DRG-System passieren. Es kann doch nicht sein, dass die Geburtsstation, nur, weil sie Minus schreibt bei den Geburten, wahrscheinlich dieser Bundesregierung, dem Bund nicht so viel wert ist wie ein Kaiserschnitt, wie Geriatrie et cetera, es kann doch nicht sein, dass deshalb Geburtsstationen schließen müssen!

Und deshalb, auch in unserem Antrag finden Sie da noch mal, dass man sich auf Bundesebene natürlich mit einsetzt, dass die DRG-Systeme geändert werden, dass sich eine Geburt wieder lohnt. Das ist eigentlich total krass, bei Geburten von „lohnend“ zu reden. Ich denke, jedes Kind, was geboren wird – und es sind 113 in Crivitz mittlerweile –, da kann man nur froh sein, und ich bin wirklich, ich kann es gar nicht beschreiben. Das kann man einfach nicht in Geld aufwerten, was da passiert.

Insofern lassen Sie uns zusammen auf Bundesebene auch dort bei dem DRG-System handeln. Sehen Sie es uns nach, dass wir den Antrag gestellt haben! Das war sicherlich keine Spaltung zwischen SPD und CDU – ich weiß, dass Sie, dass wir gemeinsam diese Beschlüsse gefasst haben –, sondern es war, und da können Sie sich heute auch verhalten, wie Sie möchten sozusagen, noch einmal der Versuch, ein erneutes Bekenntnis für Crivitz zu bekommen nach der langen Zeit, ein Versuch, auf Bundesebene das eigentliche Problem anzugehen. Ich glaube, Herr Ehlers war es, der gesagt hatte, na, ob das Crivitz helfen würde. Ja, es würde Crivitz helfen, wenn wir ein anderes Leistungsvergütungssystem auf Bundesebene hätten und dass wir insgesamt dieses Zeichen heute hier ausgeben. Ich denke, das war die Diskussion schon alleine wert. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Noch einmal hat uns das Wort gebeten der Abgeordnete Koplin für die Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Danke für das Wort, Frau ...

(Das Rednerpult wird desinfiziert.)

Ach so, Entschuldigung!

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine Antwort sind wir Ihnen noch schuldig. Die eine hat Frau Bernhardt Ihnen eben gegeben, Herr Ehlers. Sie hatten ja gefragt, warum wir diese Frage mit den DRGs noch unterwuchten, ne?! Wenn wir das nicht grundsätzlich klären oder geklärt kriegen, dann werden wir immer wieder dieses Problem haben, und es ist ja nicht von ungefähr, dass gerade Kinder- und Jugendmedizin und Gynäkologie und Geburtshilfe so in der Existenz bedroht sind – deutschlandweit im Übrigen.

Die AfD hat ja erklärt, dass sie mit ihrem Änderungsantrag unseren Antrag verbessern wolle. Ich bin ans Mikrofon getreten, um Ihnen zu sagen, warum wir ihn ablehnen, den Änderungsantrag, und zwar aus folgendem Grund: Sie wollen mit der Veränderung erreichen, dass wir für alle Rekommunalisierungen die finanzielle Absicherung des Landes hier beschließen.

(Dirk Lerche, AfD: Unterstützung! –
Dr. Ralph Weber, AfD: Unterstützung!
Das ist was anders.)

Unterstützung.

Dann will ich gern sagen, das kann eine Dimension haben: neun Krankenhäuser à 50 Millionen Euro. Wir reden also über fast eine halbe Milliarde Euro – vielleicht, vielleicht auch nicht.

Wir haben im März einen Antrag als LINKE eingebracht und haben gesagt, wenn es um das Thema Rekommunalisierung gehen soll, dann brauchen wir von der Landesregierung eine Unterrichtung, um abschätzen zu können, welche Möglichkeiten es gibt und wo auch die Grenzen der Machbarkeit sind, und den haben Sie abgelehnt. Hier geht es um Crivitz. Die Konsequenzen, auch die finanziellen Folgen sind uns bekannt und sind sozusagen auch aus unserer Sicht völlig tragfähig und akzeptabel für alle anderen in die öffentliche Hand geratene Krankenhäuser. Das wollen wir, als LINKE wollen wir das, aber hier sozusagen jetzt blanko zu sagen, wir können die Unterstützung frank und frei aussprechen, ohne zu wissen, über welche Dimensionen wir da reden, da können wir nicht mitgehen. Und das ist der Grund, warum wir den Antrag ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Um das Wort gebeten hat noch einmal der Minister für Wirtschaft, Gesundheit und Tourismus. Bitte, Herr Glawe.

(Zuruf von Franz-Robert Liskow, CDU)

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Bernhardt hat noch die eine oder andere Frage gestellt, die will ich dann versuchen, auch zu beantworten.

Erstens geht es ja darum, wie kriegen wir das DRG-System in besonderer Weise in der Pädiatrie und in der Gynäkologie auf ein Niveau gehoben, dass es auskömmlich finanziert ist. Mittlerweile ist ja eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe dabei, dem Gemeinsamen Bundesausschuss einen Vorschlag vorzulegen. Man muss aber zugeben, dass das nicht innerhalb von zwei Tagen passieren wird, sondern es sind mehrere Sitzungen. Auf alle

Fälle ist auch auf der Bundesebene erkannt, dass gerade in der Pädiatrie, aber auch in der Geburtshilfe, wenn man eine natürliche Geburt erwartet ohne Risiken, dann ist das aus unserer Sicht – und da ist dieser Landtag sich auch einig – bei der Finanzierung unterfinanziert im DRG-System, denn eine Geburt ohne Risiken wird mit circa 900 Euro vergütet. Eine etwas risikobehaftete Geburt wird deutlich höher durch das DRG bezahlt. Eigentlich sagt man so, das muss geändert werden, denn immer nur mit 900 Euro – die Sache dann betriebswirtschaftlich betrachtet – ist das für die Gynäkologie und Geburtshilfe in vielen Fällen defizitär. Also da muss nachgesteuert werden.

Zweitens. Zu der Frage, wenn eine Schwangere die Wehen bekommt, ins Krankenhaus nach Parchim geht oder dort vorstellig wird, dann ist da eigentlich bekannt, wer in dem Falle die Aufnahme übernimmt. Jeder, der sich vom Dienstsistem abmeldet im Krankenhaus – also ein Krankenhaus mit einer Abteilung –, muss das dem Rettungsdienst und allen umliegenden Krankenhäusern bekannt machen, und die aufnahmebereite Klinik ist in Parchim auch bekannt. Da muss nicht hin- und hergereist werden, sondern da kriegt man den klaren Hinweis, aufnahmebereit ist die Helios Klinik als Maximalversorger, 24 Stunden, sieben Tage die Woche, zu jeder Tages- und Nachtzeit.

Und da will ich dann darauf hinweisen, wenn dann noch einer nach Crivitz fährt, muss er das nicht tun, sondern es ist völlig klar, wer Dienst hat und wer auch die Versorgung in der Region sichert. Das kann man genauso für Vorpommern mit Greifswald definieren oder in der Region Neubrandenburg mit Neubrandenburg, oder auch in Rostock ist es das Südstadt-Krankenhaus oder die Universität, in der Regel das Südstadt-Krankenhaus.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

So, meine Damen und Herren, das wollte ich noch mal sagen.

Und Vertragseinhaltung – ja, ist richtig, aber wenn ein Kooperationsvertrag geschlossen wird, dann heißt das nicht, dass das so festgezurr ist, dass man das justiziabel macht. Ich will Ihnen mal ein Beispiel bringen aus der Vergangenheit: Es gab an der Universität immer Kooperationsverträge zwischen der Uni Greifswald und Karlsburg. Beide haben herzchirurgische Angebote abgegeben. Sie haben Kooperationsverträge unterschrieben, aber sie haben sie oftmals nicht gelebt. Ich will nur sagen, wir haben jetzt die Chance, über die Rekommunalisierung eine Lösung für Crivitz zu schaffen.

Und ich bin da sehr optimistisch, da der Landrat auch das Ziel hat, es zu tun. Und ich bin auch der Meinung, dass wir in dieser Frage zu einer Lösung kommen können, wenn beide Seiten wollen. Und ich habe den Eindruck, dass man will. Und von daher bin ich eigentlich optimistisch, dass wir auch die Zeit, die schwierig werden wird, zwischen dem 01.07. und dem Jahresende überbrücken können. Das wird auch eben teilweise mit Abmeldungen durchaus für die Gynäkologie passieren. Aber wir sind dabei, insgesamt die Strukturen so zu entwickeln, dass Crivitz ein gynäkologischer Standort bleibt unter den Prämissen.

Und ich will noch eins sagen: Der Träger kriegt erst dann von uns Förderungen, wenn das neue Konzept bestätigt

ist. Und auf dieser Grundlage des neuen Konzeptes würden wir dann auch Fördermittel ausreichen, aber nur dann. Deswegen ist zurzeit auch jede Fördermittelvergabe durch das Land in Richtung Investitionen auf Rot gestellt. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister!

Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium!

Herr Koplin, Unterstützung haben wir gesagt bei Rekommunalisierungsmaßnahmen, das geht vielleicht am Ende auch um Geld, aber mitnichten nur um Geld. Insofern wollte ich mal sagen, da gehört mehr dazu. Der Landtag soll Rekommunalisierungsmaßnahmen und Überlegungen unterstützen, er soll sie vielleicht letztendlich, wenn sie denn umgesetzt werden, dann auch mit Hilfen finanzieren.

Ich kann jetzt mal nur für das Beispiel Wolgast sprechen, da hat der Kreistag eine Rekommunalisierung in Höhe von 100 Prozent abgelehnt, weil wir genau davor Angst hatten. Bisher ist die Uniklinik vielleicht das kleinere Übel als Träger als eine Privatisierung, und deswegen haben wir gesagt, wir wollen 25,1 Prozent kaufen, zurückkaufen von der Unimedizin, um eine Sperrminorität zu erhalten. Das geht immer nur, wenn ein entsprechender Kreistagsbeschluss zugrunde liegt. Und das relativiert auch Ihr Zahlenbeispiel dann mit neun Kliniken à 50 Millionen doch ganz erheblich. Also ich glaube, in den Fällen, in denen sich ein Kreistag entschließt, Rekommunalisierung von Krankenhäusern zu betreiben, also sie in das zurückzuführen, was sie alle mal waren – Kreiskrankenhäuser –, in den Fällen, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Dann wollte ich aber noch was ganz anderes sagen: Ich hatte vorhin vom Rückenwindantrag gesprochen, und ich finde es sehr positiv, dass wir den Antrag von Ihnen hatten, dass wir jetzt ausführlich darüber gesprochen haben. Aber nach den Abstimmungssignalen von SPD und CDU, die diesen Antrag ablehnen werden – mit zwar merkwürdigen Gründen, aber ihn ablehnen werden –, ist die Gefahr groß, dass das Signal, dass dann davon ausgeht, eben nicht Rückenwind bedeutet, sondern Gegenwind. Und deswegen hätte ich mir eigentlich gewünscht, dass Sie jetzt nach der Debatte den Antrag zurückziehen werden, denn das, was Sie erreichen wollten, haben Sie erreicht, und eine Ablehnung des Antrages hier im Landtag ist kontraproduktiv. Insofern hoffe ich immer noch darauf, dass das jetzt noch erfolgen wird. – Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4962 abstimmen. Wer dem zu-

zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4962 bei Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4932 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4932 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und der beiden fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 37:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Maskenpflicht beim Einkauf aufheben, Drucksache 7/4926.

Antrag der Fraktion der AfD Maskenpflicht beim Einkauf aufheben – Drucksache 7/4926 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! Maskenpflicht beim Einkauf abschaffen, das ist unser Antrag. Zu Beginn der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie durften wir alle ohne Masken einkaufen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Wir mussten einen Mindestabstand halten, jeder musste einen Einkaufswagen vor sich herschieben, selbst wenn man als Familie zu zweit einkaufen gegangen ist. Und ich habe selbst erlebt, dass eine Mutter mit einem sehr kleinen Kind mit dem Kind nicht einkaufen gehen durfte, weil sie ja zwei Wagen gebraucht hätte. Da ist also viel Unsinn passiert, aber es war sicher richtig. Bei Einhaltung des Mindestabstandes und der entsprechenden Desinfizierung der Einkaufswagen konnte man ohne Maske einkaufen.

Hintergrund war es sicherlich auch, dass eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Masken gar nicht so einfach möglich war. Das hat sich dann geändert und prompt kam, jetzt mussten wir alle beim Einkauf Masken tragen. Das erinnert mich so ein bisschen an Erzählungen, die ich von Freunden erhalten habe, die schon vor der Wende hier waren. Als es keine Eier gab in der DDR, waren Eier schädlich, Erhöhen des Cholesterins. Da hieß es, esst keine Eier. Als dann genug da waren,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Hühner von meinem Opa haben immer Eier gelegt.)

als genug da waren ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich weiß nicht, was Ihre Freunde erzählt haben!)

Ja, wenn Sie das Glück haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
So ein Quatsch!)

auf dem ländlichen Gebiet gelebt zu haben.

Als es dann genug Eier gab, dann waren die Eier plötzlich wichtig und gesundheitsfördernd. Wir können auch das Beispiel Butter nehmen, da ist mir dasselbe erzählt worden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Butter gab es auch immer. Also
wo haben Ihre Freunde gelebt? –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Also ein bisschen merkwürdig,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nimm ein Ei mehr! –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

dass wir die Pflicht zur Maske beim Einkauf bekommen haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Keine Butter!)

nachdem eigentlich die kommerziellen Deckungsprobleme gelöst waren. Vorher ging es ohne. Ich habe eine ganze Menge Mitteilungen, Zeitungsausschnitte aus dieser Zeit, auch von der Regierungsseite, wie schädlich eigentlich die Masken sind, dass sie gar nichts nutzen und dass man sie deswegen nicht tragen muss. Das hat sich dann alles wie von Zauberhand umgekehrt.

Noch ein Satz dazu: Seit wir jetzt beim Einkauf, jedenfalls in den großen Märkten, Masken tragen müssen, werden die Einkaufswagen, die wir ja nach wie vor mit uns führen müssen, nicht mehr desinfiziert, jedenfalls flächendeckend nicht. Es gibt auch einzelne Märkte, wo noch desinfiziert wird. Da frage ich mich, was ist denn dann für die Bekämpfung der Pandemie wichtiger, das Desinfizieren der Einkaufswagen, die wir alle mit unseren Fingern und Händen vor uns herschieben, oder die Maske.

Haben Sie sich mal angeschaut, wenn Sie so eine Packung Masken in der Apotheke oder wo auch sonst sich besorgen, was da draufsteht? Da ist ein Aufdruck drauf und da steht deutlich drauf, diese Masken schützen nicht vor Viren und Bakterien. Auch interessant! Wir werden also gezwungen, etwas umzubündeln, was vor dem, wovon wir uns eigentlich schützen wollen, die Viren und Bakterien, überhaupt keinen Schutz gewährt. Das ist also, nun ja, mindestens merkwürdig.

Wenn dann die Maske da ist und es ist eine wiederverwertbare, dann hieß es sehr lange, auch in einem vom Gesundheitsministerium herausgegebenen Empfehlungsschreiben, dass die Maske einige Minuten bei 60 Grad zu waschen ist. Das Robert Koch-Institut hat jetzt mitgeteilt vor zwei Wochen, das ist Unsinn mit den einigen Minuten bei 60 Grad, man muss mindestens 90 Grad verwenden, und empfohlen, mindestens eine halbe Stunde. Was ist denn nun? Wie lange muss ich dann meine wiederverwertbare Maske kochen oder wenigstens in die Waschmaschine schmeißen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
So lange, bis sie sauber ist.)

um sie dann wieder aufsetzen zu können?

Jetzt mal was ganz Persönliches: Ich bin Brillenträger. Wenn ich zum Einkauf gehe und mir die Maske aufsetze, dann dauert es maximal ein bis zwei Minuten, dann beschlägt die Brille erst mal.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann müssen
Sie die Maske richtig aufsetzen!)

Dann beschlägt erst mal die Brille. Um sie dann ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nicht mal das können Sie!)

Ja, Herr Ritter.

Um sie dann richtig aufzusetzen

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

oder ein bisschen nach unten zu ziehen,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

lange ich mir das erste Mal ins Gesicht. Dann fängt vielleicht der Bart an zu jucken

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie müssen
die Maske richtig aufsetzen und sich
nicht im Gesicht rumfummeln.)

oder ich muss die Maske zurechtrücken.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Ich kann nur sagen, vielleicht liegt es ja an meiner eigenen Dummheit oder Unfähigkeit,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das will
ich jetzt nicht kommentieren!)

aber ich habe mir bei einem ganz normalen Einkauf im Supermarkt noch nie so oft ins Gesicht gelangt wie zu der Zeit, in der ich jetzt Maske tragen muss.

(Heiterkeit und Zuruf von
Christel Weißig, fraktionslos)

Ob das so sinnvoll ist? Wie gesagt, ich gebe ja zu, vielleicht eigene Dummheit, aber dann gibt es eine ganze Menge Personen, die diese Dummheit teilen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

denn das habe ich jetzt schon von vielen gehört, die das auch so sehen. Also auch das ist etwas, was die Maskenpflicht doch sehr fraglich erscheinen lässt.

Was passiert dann, wenn ich vom Einkaufen zurückkomme?

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Dann nimmt man die Maske ab, steckt sie entweder in die Jackentasche oder legt sie im Auto irgendwohin, um sie dann wieder aufzusetzen, weil man vielleicht danach tanken fährt oder sonst einen weiteren Einkauf tätigt. Die jetzt benutzte, vielleicht verseuchte Maske wird also wieder aufgesetzt, mehrfach benutzt, ohne dass sie zwischenzeitlich gewaschen wurde. Oder ich bin in der glücklichen Lage und habe gleich einen Zehnerpack Masken, dann kann ich die einzelne weg-schmeißen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Müll.)

Auch das ist eine Frage, ob man sich das leisten will und leisten kann.

Insofern kann ich nur sagen, diese Maskenpflicht, das Tragen von Masken bei Einkäufen, halte ich für völlig überzogen. Einhaltung des Mindestabstands und die fortgesetzte Desinfizierung der Einkaufswagen, das ist der richtige Weg. Die Maske ist in dem Fall überflüssig – beim Einkauf, bitte schön. Ich spreche nicht, jedenfalls nicht zwingend, vom öffentlichen Personennahverkehr.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Da ist das Abstandhalten nicht ganz so einfach, jedenfalls wenn der Bus oder die ÖPNV-Bahn voll ist. Und wir überlasten vielleicht auch den Busfahrer mit entsprechenden Kontrollmaßnahmen. Also ich möchte mich nicht gegen die Maskenpflicht im öffentlichen Personennahverkehr aussprechen. Allerdings ist das auch kein Dogma: Wenn ich allein oder mit noch einer anderen Person in einem großen Bus sitze, der eine vorne, der andere hinten, dann kann man auch das nachfragen. Aber diese Einzelfallentscheidungen sollen ja gerade von den Aufsichtsgremien und vom Busfahrer abgewandt werden. Aber im Einkauf ist die Maskentragung Unsinn.

Und in kleinen Geschäften, da werden entweder so Einkaufswägelchen, so kleine Täschchen oder irgendwas bereitgestellt, fünf oder sechs, je nachdem, wie viele Leute gleichzeitig in den Laden dürfen, und wenn kein solches Täschchen mehr da ist, das man mit sich führt, dann muss man eben warten. Auch da ist eine Maskenpflicht völlig überflüssig.

Die Einführung der Maskenpflicht beim Einkauf war unnötig. Die Aufrechterhaltung der Maskenpflicht jetzt immer noch ist unverhältnismäßig und mehr als unnötig, und deswegen unser Antrag, diese Maskenpflicht beim Einkaufen sofort abzuschaffen. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 58 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Werte Herren rechts außen! Ich möchte mit einem Zitat beginnen:

(Jens-Holger Schneider, AfD: Na?!)

„Ich bin selbst medizinischer Laie. Trotzdem traue ich mich, zu behaupten, dass unter den Gesichtspunkten des Virenschutzes der vielleicht manchmal unbequeme und lästige Mundschutz empfehlenswerter ist, als der Aluhut.“ Zitatende.

(Zurufe von Ralf Borschke, AfD,
und Holger Arppe, fraktionslos)

Das sagte Frank-Walter Steinmeier, unser Bundespräsident, gestern, als hätte er geahnt,

(Zurufe von Ralf Borschke, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

was auch hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

heute wieder auf der Tagesordnung ist.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

Das Corona-Virus scheint die Herren von der AfD

(Ralf Borschke, AfD: Meine Güte!)

nachhaltig so zu beschäftigen, dass man fast den Eindruck gewinnen kann, dass wirklich jede Idee, die irgendetwas mit Corona zu tun hat, in Antragsform gegossen wird.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Und da gibt es natürlich inhaltlich derart viele Überschneidungen, die die AfD nicht interessieren.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Alle diese Dinge haben wir im Zusammenhang mit der Regierungserklärung und auch im Zusammenhang mit der gestrigen Aussprache hier schon diskutiert.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Dass die AfD eine einheitliche Position zu diesem Thema hat und vor allen Dingen auch zum Schutz der Bevölkerung, kann man mitnichten sagen. Jetzt in der Krise, wo es darauf ankommt, Verantwortung zu übernehmen, auch wenn man unsichere Informationslagen hat, abzuwägen und wirklich auch das Risiko für die Gesundheit der Bevölkerung zu minimieren,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sie
machen das auf Unsicherheitsgrundlage?)

da zeigt sich überdeutlich, dass die AfD ein ganz bunt zusammengewürfelter Hühnerhaufen ist. Das Einzige, was die AfD in allen Ländern eint, ist das Dagegeensein.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Jetzt gehts wieder los! –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Als beispielsweise in Brandenburg Mitte April die Regierung noch über eine Maskenpflicht diskutiert hat, eben weil zu diesem Zeitpunkt sich auch die wissenschaftliche Meinung zu diesem Thema noch in der Entwicklung befunden hat,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ach so!)

zum damaligen Zeitpunkt war die Regierung in Brandenburg noch in der Findungsphase, war zurückhaltend, hat noch diskutiert, ob man auf Freiwilligkeit setzen könnte,

da war die AfD völlig klar, da wusste die AfD also restlos Bescheid. Da ist der Fraktionsvorsitzende und Fascho-Freund Kalbitz,

(Zurufe vonseiten der Fraktion
der AfD: Oh Mann!)

der ist so nach vorne gegangen und hat gesagt, eine Maskenpflicht wird begrüßt, weil eine Maskenpflicht führt zu mehr Möglichkeiten für die Bevölkerung.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Bingo!)

In Sachsen verteilten Mitglieder der AfD-Fraktion selbstgenähte Masken, solche Alltagsmasken,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

an Gewerbetreibende, an Krankenhäuser,

(Zurufe von Dr. Gunter Jess, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Gewerbetreibende – also beim Einkaufen, für den Einsatz beim Einkaufen.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Gut, Letztere (Krankenhäuser) sind dann auch mal so frei, diese von der AfD verteilten Masken an die Flüchtlingshilfe weiterzureichen. Das ist deren Entscheidung,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

aber hat Ihnen wahrscheinlich auch nicht gepasst.

Aber kommen wir mal zu Mecklenburg-Vorpommern.

(Stephan J. Reuken, AfD: Ah,
ich dachte, jetzt kommt Thüringen!)

Ende April äußerte sich Ihr Fraktionsvorsitzender Nikolaus Kramer noch wie folgt, ich zitiere: „Vorsicht ist immer gut und die Maskenpflicht ist geeignet, die Pandemie einzudämmen.“ Zitatende. Und heute, heute fordert die AfD,

(Jens-Holger Schneider, AfD: ÖPNV! –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

die Maske muss weg.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Glauben Sie mir, in diesem Raum, meine Damen und Herren, gibt es niemanden, der eine Maskenpflicht nur einer Maskenpflicht wegen aufrechterhalten möchte. Dass wir zum jetzigen Zeitpunkt bei kurzzeitigem Kontakt in geschlossenen Räumen darauf drängen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

dass sich einander fremde Menschen mit Maske begegnen, das liegt doch ganz einfach daran, dass für genau diese Fälle, nämlich den kurzzeitigen Kontakt im geschlossenen Raum mit vielen wechselnden, einander fremden Personen die Alltagsmasken eine Rolle bei der

Eindämmung dieser Pandemie spielen. Und das gilt in Geschäften, das gilt insbesondere im öffentlichen Personennahverkehr, da, wo es diese wechselnden Begegnungen gibt, wo sich auch das Nachhalten, wer sich da wie begegnet ist, eben nicht praktikabel umsetzen lässt. Das ist einleuchtend.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ja, da
habe ich nichts dagegen gesagt.)

Und Masken reduzieren – und da hat sich ihre Position, auch der Wissenschaft, im Laufe der Zeit weiterentwickelt, da redet überhaupt gar keiner drum herum –, diese Masken reduzieren, wenn sie von allen Personen in solchen Räumen, wo sich eine Vielzahl einander fremder Menschen wechselnd begegnen, die reduzieren die Übertragungswahrscheinlichkeit des Virus deutlich. Das zeigen übrigens auch die kurzen Erfahrungen, die wir in Deutschland bisher mit dieser Maske gemacht haben. Das zeigen aber vor allen Dingen auch die Erfahrungen aus Asien, wo man deutlich häufiger mit solchen Atemwegserkrankungen/Epidemien zu tun hatte. Alltagsmasken, Abstand halten, Nies- und Handhygiene, das sorgt dafür, dass wir diesen Hauptverbreitungsweg ganz deutlich blockieren.

Und Sie fordern nun, diese Maskenpflicht beim Einkaufen sofort aufzuheben, nur in den Verkaufsstellen. Warum nicht auch beim Friseur? Warum nicht beim ÖPNV? Jetzt fällt Ihnen gleich wieder eine Ausrede ein, weil ja, da ist dann immer so viel Platz. Das ist natürlich Unsinn, also der ÖPNV fährt und es fahren die Leute mit, die da mitfahren wollen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Müssen, müssen!)

Sie fahren offensichtlich selten ÖPNV, sonst wüssten Sie das, dass es genau dort um diesen öffentlichen Raum geht, wo sich einander fremde Menschen also entsprechend begegnen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Also den ÖPNV
habe ich auch gar nicht angesprochen.)

Also Sie fordern hier etwas,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

weil Sie da wunderbar dagegen sein können. Das ist überhaupt nicht schlüssig.

Ich möchte, so wie begonnen, mit einem Fazit auch schließen, Zitat: „Lieber ein Tuch vorm Mund als einen Zettel am Zeh.“ – Ihren Antrag lehnen wir ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und Dietmar Eifler, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, zu Ihrem Redebeitrag ist vonseiten der Fraktion der AfD eine Kurzintervention angemeldet worden,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Da sagen Sie doch erst mal, wer,
damit er weiß, ob er stehen bleibt.)

von Herrn Dr. Jess.

Dr. Gunter Jess, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Herr Barlen, im Internet kursiert ein interessantes Video von unserem Bundespräsidenten, den Sie ja vorhin zitiert haben, wo deutlich wird, dass er, solange die offizielle Aufnahme läuft, die Maske trägt. Als die offizielle Aufnahme vorbei ist, nimmt er die Maske ab und bewegt sich natürlich trotzdem in dem gleichen Kontext.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das war im Klinikum!)

Was glauben Sie, wie so ein Video bei den Menschen in Deutschland ankommt?

Und wissen Sie, ich finde, die Ausführungen von Professor Weber waren eigentlich sehr schlüssig und einleuchtend. Und wenn man mit Leuten spricht, die tagtäglich das inzwischen so erleben, da muss ich sagen, dann entspricht das genau den Erfahrungen dieser Leute, die sagen, wir empfinden das als Blödsinn und wir machen es, damit wir keinen Ärger kriegen.

Wir stehen auf der Position, dass wir sagen, die Eigenverantwortung der Leute ist gefragt. Wenn jemand der Meinung ist, er möchte sich damit schützen oder er will andere schützen, dann soll er es tun, aber eine Pflicht daraus machen, die auch noch unsinnig ist, das hat Herr Professor Weber ja dargelegt, und ich glaube und ich muss Ihnen sagen, ich habe jahrelang, jahrelang in einem Betrieb gearbeitet, wo ich auch beruflich sozusagen Maske tragen musste, und ich weiß, was eine Maske leisten kann und was sie nicht leisten kann, und deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich, diese Maskenpflicht beim Einkaufen ist totaler Blödsinn.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, möchten Sie erwidern?

Julian Barlen, SPD: Ja, gut, dass Sie noch mal dargelegt haben, wie Ihre Logik funktioniert: Die AfD weiß alles und hat einen absoluten Herrschaftsanspruch darüber, was gut und richtig ist,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

weil Sie sagen, also eine Maskenpflicht irgendwo ist absoluter Blödsinn.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Stephan J. Reuken, AfD: Sagen Sie
doch mal was zum Bundespräsidenten!)

Jeder soll selbst entscheiden, wie er das hält.

Das Video von Frank-Walter Steinmeier ist mir nicht bekannt. Deshalb werde ich das hier auch entsprechend nicht kommentieren.

Darüber hinaus hat Herr Professor Weber überhaupt gar nicht schlüssig dargelegt, warum eine Maskenpflicht beim Einkaufen sofort zurückgenommen werden sollte.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Was will man dazu sagen?!
Das ist lächerlich!)

Er hat dargelegt, also warum er persönlich mit Masken überhaupt nicht klarkommt, warum er sich ständig ins Gesicht fasst, warum der Bart juckt

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

und warum irgendwo andere Sachen der Fall sind. Aber das ist doch keine, Entschuldigung, das ist doch keine schlüssige Erklärung dafür, warum es sinnvoll ist,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Das ist
selektive Wahrnehmung gerade.)

einen kollektiven Schutz, also wo es um die Verbreitung von diesem Corona-Virus geht,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

wo wir keine Therapie haben, wo wir im Augenblick keinen Impfstoff haben, zu beschränken.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Alle Erfahrungen, auch aus dem asiatischen Raum, belegen, dass das zu einer Eindämmung der Virusverbreitung führt. Und niemand hält hier eine Maskenpflicht beim Einkaufen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Eigenverantwortlich!)

im ÖPNV, beim Friseur, da, wo man sich entweder besonders nahe kommt oder eine Vielzahl einander fremder Menschen, sagen wir mal, irgendwo sich im öffentlichen Raum begegnen, niemand erhält eine solche Maskenpflicht aufrecht, um irgendwo jemanden zu gängeln, wie das Ihre Argumentation unterstellt.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich persönlich bin übrigens auch Barträger,

(Martina Tegtmeier, SPD: Und Brillenträger.)

der in dem Fall nicht juckt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich trage auch eine Brille, durch die ich relativ klar sehen kann. Da hilft also regelmäßiges Putzen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Und ich komme mit diesen Masken relativ gut klar, das möchte ich sagen. Nichtsdestotrotz empfinde ich sie als störend. Ich würde lieber keine Maske tragen, das ist völlig klar. Aber ich habe eine Einsicht in die Notwendigkeit, dass das funktioniert, wenn das alle machen. Und dass Sie sich einfach darüber stellen, das ist Ihre Entscheidung,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

aber das zeigt nur, dass Sie eine verantwortungslose Partei sind, die immer populistisch auf die Pauke haut und sonst nichts zu bieten hat. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Verlauf dieser Woche haben wir erfahren, dass der höchste Anteil an Akademikern in der Fraktion der AfD ist, und mithin steht zu vermuten,

(Andreas Butzki, SPD: Und eine
geile Pressestelle haben sie auch. –
Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

dass der IQ in diesen Reihen am größten ist. Umso mehr verwundert mich und verblüfft mich, welch obskure Politik Sie betreiben,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

widersprüchlich, unlogisch.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das wissen Sie besser!)

Also unlogisch ist für mich zum Beispiel, vor einigen Wochen, 1. April, war hier Landtagssitzung und aufgrund der Situation gab es die Einschätzung in den Fraktionen, wir kommen hier nicht mit voller Kapelle. Ich war dann oben, habe am Schirm gesehen, am Fernseher gesehen, was hier passiert. Und Einzelne unter Ihnen hatten Masken auf: Frau Aßmann, kann ich mich entsinnen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

und Herr de Jesus Fernandes auch, und Sie auch.

(Jochen Schulte, SPD: Aber
Frau Aßmann ist nicht in der AfD!)

Jaja, es geht jetzt nur um die Abgeordneten.

Und ich habe volles Verständnis dafür gehabt.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Herr da Cunha auch.)

Ja, wenn wir die jetzt alle noch mal aufzählen wollen ...,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

jetzt beispielhaft.

(Egbert Liskow, CDU: Ich nicht.)

Sie wollten sich schützen, deswegen haben Sie diese Maske getragen. Heute ziehen Sie zu Felde und sagen, also völlig unnötig. Sind Sie da zu völlig neuen Erkenntnissen gekommen?

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Gegen die Pflicht!)

Und unlogisch ist auch, Herr Barlen sagte es bereits, warum Sie das denn nun auf diesen einen Bereich redu-

ziert sehen wollen und in anderen Bereichen, wo Menschen miteinander in Kontakt treten auf engem Raum, dann nicht. Das alles passt nicht zusammen und ist unlogisch.

Was mich eben darüber hinaus auch verwundert, ist, wenn sozusagen der IQ und der Grad der Akademisierung bei Ihnen so groß ist, dass Sie zu verkennen scheinen, vor welch außergewöhnlichen Situationen wir sind. Dieser Virus ist vom Stamm her nicht völlig neu, aber in dieser Form ist er unvermittelt in die Welt gekommen. Und wir müssen, wenn wir darüber nachdenken, uns das vorstellen wie einen Billardtisch, auf dem ungefähr 7,8 Milliarden Kugeln liegen, und eine prallt mit voller Wucht gegen andere. Und dieser Aufprall, darüber sich mal auseinanderzusetzen, wäre doch viel lohnenswerter.

Womit hängt das zusammen? Also meine These ist, dass wir derartig gefährdet mit unserer Lebensumwelt umgehen, mit Pflanzen, Tieren und Lebewesen, dass die in der Einschränkung ihres Lebensraumes dann sich andere Wirte suchen, und dann gibt es sozusagen die Wanderung hin zum Menschen. Wenn das passiert, also mit dieser Wucht diese Kugeln angestoßen werden –

(Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

und jetzt kommen wir zu dem wissenschaftlichen Teil, den Sie auch, Herr Lerche, in dieser Woche hier bemüht hatten –, dafür gibt es ja einen Faktor, den Reproduktionsfaktor, und der beträgt bei diesem Covid-19 2,5. Das heißt, eine ...

2,5. Das ist der Faktor.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Seit wann denn?)

Sie können das nachlesen. Schauen Sie nach!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich nehme jetzt mal die Argumentation, folgen Sie der doch mal!

2,5 – nicht jetzt beim RKI nachgucken! Der heutige Stand ist 0,75, und das hat seine Gründe. Also so, wie er, dieser R0-Faktor, so, wie er in die Welt kam, mit 2,5, bei der Spanischen Grippe der Virus 2,1, also eine infizierte Person infiziert zunächst 2,5 weitere und dann so weiter und so weiter, es sei denn, es gelingt, da eindämmend zu wirken. Und darum geht es.

Was wir hier gerade erleben, ist vergleichbar mit der Reparatur eines gebrochenen Wasserrohres, ohne den Haupthahn abzustellen, weil wir an den Haupthahn nicht rankommen. Was macht man in einer solchen Situation? Man muss alle Register ziehen. Weil wir keine Medikamente haben, weil es keine Therapie gibt, keinen Impfstoff, müssen wir alle Register ziehen, um diesen Verlauf, dass es eben zu diesem R0-Faktor von 2,5 kommt, dass der ...

(Jens-Holger Schneider, AfD: 3,3.)

Danke, wenn Sie das noch mal präzisieren. Wahrscheinlich gibt es dann auch im Netz unterschiedliche Informationen. Aber es ist doch besorgniserregend, müssen Sie doch mal anerkennen!

Und das zu verkennen und zu sagen, also da, wo die Menschen sich begegnen, im Supermarkt, wo super viele Leute zusammenkommen, da können wir mal, weil es so lästig ist,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nee.)

weil es unangenehm ist,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

weil es sinnlos wäre, dann brauchen wir das nicht, also das erschließt sich uns überhaupt nicht. Und wenn Sie denn so intelligent sind, dann müssten Sie das doch ... Also das will mir nicht in den Kopf, dass Sie nicht anerkennen, dass wir uns schützen müssen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ich erkläre es Ihnen nachher noch mal.)

Und im Übrigen geht es doch nicht – und das hat auch wiederum etwas mit dem Menschenbild zu tun –, es geht doch nicht allein darum, dass ich mich selber schützen möchte, sondern gleichermaßen andere auch zu schützen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das dürfen Sie doch auch!)

Das ist doch der Sinn und Zweck des Ganzen,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das verbietet Ihnen doch niemand!)

dass wir uns als Solidargemeinschaft verstehen – wir sind Menschen! –, und nicht, dass wir sozusagen nur uns sehen.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Denn die beste, im Zweifelsfall ist die beste Entscheidung immer die, wo man sagt, da ist ein Vorteil für mich selbst, aber gleichermaßen für die anderen.

Und weil ich gerade dabei bin, das hat mich sehr mitgenommen und beschäftigt mich sehr, dieser, ich sage mal, dämliche Spruch aus Ihrer supergeilen Pressestelle: „Mehr Schweden wagen“.

(Zurufe von Nikolaus Kramer, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Und dann haben Sie ja ausargumentiert, da sind auch Zahlen und Fakten genannt worden. Was mich daran so beschäftigt und umtreibt, ist, dass Sie das verbinden in der Verteidigung Ihrer These und Ihrer Haltung, dass Sie dann sagen, na ja, in Schweden, also in Schweden hat es verhältnismäßig mehr Todesfälle gegeben, aber die waren ja nur im Altenheim. Und das, Herr Förster, das kann ich nicht, das kann ich nicht nachvollziehen, weil Sie differenzieren zwischen den Opfern. Und wenn ich zwischen den Opfern in diesem Falle differenziere, dann differenziere ich zwischen der Würde des Menschen, und das kann es...

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Ja, das ist am großen Rad, Herr Schneider, darunter ist es nicht zu machen, weil es geht hier um Leben oder Tod. Es gibt einige, die wollen das gerne negieren. Ich weiß

nicht, auf welcher sozusagen intellektuellen Insel diejenigen leben und sagen, es betrifft mich ja nicht, geht mich ja nichts an. Wir sind weltweit betroffen, hier geht es nicht um Kirchturmpolitik. Und am Ende, weil wir alle Menschen sind, geht es um die Gesundheit und die Unversehrtheit des Lebens von uns allen, und da zu differenzieren, das halten wir für völlig daneben. Und deswegen lehnen wir also diese These sowieso, aber eben auch Ihren Antrag ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Koplin, zu Ihrem Wortbeitrag ist eine Kurzintervention von der Fraktion der AfD angemeldet worden.

Bitte schön, Herr de Jesus Fernandes.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Vielen Dank!

Sie hatten ja auch gesagt, dass ich hier mit Maske gesessen habe. Was hat denn die Bevölkerung für Informationen gekriegt am Anfang? Da hieß es erst, die Maske ist sogar schädlich, vonseiten der Politik. Dann hat die,

(Julian Barlen, SPD: Deswegen sind Sie damit rumgerannt, oder was?)

dann hat die Maske,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Deshalb sind Sie damit rumgelaufen?!)

dann hat die Politik sich,

(Glocke der Vizepräsidentin)

dann hat die Politik sich anders entschieden aufgrund einer wissenschaftlichen Grundlage, die uns allen nicht bekannt ist,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

die auch ganz schwer über die öffentlich-rechtlichen Medien zugänglich ist, und was auch der NDR letzte Woche kritisiert hat, dass die ganze Datenbasis dazu fehlt. Wir haben die nicht, wir haben nur die Aussagen in Pressekonferenzen. Das verunsichert die Bevölkerung.

Dann war der Maskenzwang auf einmal da, der gefordert wurde von Politikern, die aber dann mit zwölf Leuten im Aufzug ohne Maske gekuschelt haben. Oder das Beispiel Herr Steinmeier, der diese Ansage macht, der aber nicht von der Pflicht spricht, der Maskenpflicht, und setzt sie sich dann auch noch im Krankenhaus ab und geht weg. Das hat alles ganz viel mit Glaubwürdigkeit zu tun, und wir pochen eben auf Eigenverantwortung.

Als ich hier erfahren habe, dass es Deutschland auch betreffen wird, meine Mutter hat eine zweite Herzklappe, habe ich sie angerufen und gesagt, bleib mal erst mal zu Hause, bis wir Näheres wissen. Aber wir dürfen uns doch auch bitte politisch weiterentwickeln! Und wenn sich gewisse Sachen nicht bestätigen oder überzogen werden, dann muss es auch möglich sein, etwas zu revidieren. Also ich sehe da gar kein Problem da drin. Wir setzen auf Eigenverantwortlichkeit. Es wurde so viel Angst und Panik geschürt mit diesem Virus – zu Recht oder zu

Unrecht, das lasse ich völlig im Raum stehen –, dass die Leute sensibilisiert sind. Jeder Risikopatient weiß, wie er sich schützen kann. Jeder andere weiß auch, wie er jeden anderen schützen kann.

Also darum geht es in der Sache, deswegen möchte ich gerne zurück zum Thema kommen, und da ist eine Maskenpflicht jetzt beim Einkaufen tatsächlich schwer vermittelbar. Freiwillig kann das alles bestehen bleiben, als Empfehlung, alles völlig in Ordnung. Maskenpflicht – dagegen haben wir uns ausgesprochen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich habe jetzt nicht unterbrochen, aber im Eifer des Gefechts kann es sicherlich mal passieren, dass man die Anrede vergisst, ...

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Entschuldigung!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... aber vielleicht beim nächsten Mal.

Und jetzt frage ich Herrn Koplin, ob er denn erwidern möchte.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr de Jesus Fernandes, Eigenverantwortung ist das eine und sie ist aus unserer Sicht untrennbar mit Solidarverhalten verbunden. Und es dabei zu belassen und zu sagen, also, wie ihr es wollt, ihr könnt ja eigenverantwortlich euch verhalten und sagen, wir setzen eine Maske auf oder nicht, das bleibt jedem überlassen, ist an dieser Stelle hochgefährlich. Und „die“ Politik, Herr de Jesus Fernandes, gibt es nicht. Das sage ich auch an allen Stellen, wo mir das begegnet. Es gibt die Politik der AfD, der CDU, der SPD, der LINKEN. Und wie Sie sich verhalten haben, haben Sie ja erklärt.

Und es ist in diesem Zusammenhang, den Sie aufgemacht haben, doch völlig klar, dass es fortwährend auch Unsicherheiten gibt. Aber in dem Moment, wo man zu Erkenntnissen gekommen ist auf wissenschaftliche Beratung hin – und ich finde, das ist ein, es gibt einige Sachen, die sollten wir uns für die Zukunft unbedingt bewahren, und dazu gehört, auf Wissenschaft zu hören, in einer Art und Weise, wie wir es vorher noch nicht getan haben, die Entscheidungen müssen letztendlich politische sein –, und auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu hören, zum Beispiel Professor Dr. Reisinger, und dann zu sagen, das ist dann eine angemessene Reaktion, das halte ich für vertretbar und für wichtig an dieser Stelle, unbedingt wichtig. Das will ich Ihnen gerne sagen.

Und um das Bild noch mal mit diesem Wasserhahn zu bemühen: Wenn wir jetzt loslassen und sagen, ja, das bereitet so vielen Menschen Unbehagen, die wollen das nicht und die können das alle dann so halten, wie es beliebt, dann geben wir auf. Und diesen Hahn, den wir gerade, oder diesen Wasserschwall, den wir gerade abdichten wollen, wir würden loslassen und das ganze Wasser würde wieder rausspritzen und wir kämen wieder zu diesem Faktor 2,5 oder 3,3.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Da würden wir ganz schnell zurückkommen. Wir brauchen diese Eindämmung!

Und Politik ist nicht dazu da ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Koplin, es ist eine Erwiderung auf die Kurzintervention. Das bedeutet zwei Minuten, ansonsten müssten Sie auf Ihre Redezeit zurückgreifen.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin, danke für den Hinweis.

Ich will den Satz nur noch sagen: Politik ist nicht dazu da, nur wohlfeile Botschaften zu bringen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Wir müssen das mitteilen, was angemessen ist, was gegeben ist und was letztendlich auch daten- und faktenbasiert ist.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ich rufe ...

Oder wollen Sie noch auf Ihre Redezeit zurückgreifen?

Torsten Koplin, DIE LINKE: Nein, vielen Dank! Vielen Dank!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wieso?
War das jetzt eine Zwischenfrage
oder eine Kurzintervention?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe auf für die Fraktion der CDU den Abgeordneten Herrn Wildt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn
es eine Kurzintervention war, kann er
nicht auf seine Redezeit zurückgreifen.
Dann war es eine Zwischenfrage.)

Bernhard Wildt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich muss zugeben, Herr Professor Weber, der Antrag hat mich auch erst mal ein bisschen verwirrt, weil ähnlich wie Herr Barlen hatte ich auch auf Ihrer Fraktionsseite gelesen, dass der Vorsitzende Herr Kramer sich da ganz anders geäußert hat. Er hatte eben gesagt: „Vorsicht ist immer gut und die Maskenpflicht ist geeignet, die Pandemie einzudämmen.“ Das ist auch erst mal gar nicht, gar nicht schlimm. Ich meine, es müssen nicht alle die gleiche Meinung haben und eine Meinung kann sich auch weiterentwickeln. Ich hätte jetzt nur erwartet, dass Sie das im Antrag irgendwie berücksichtigen und sagen, wie Sie jetzt zu der neuen Auffassung in der AfD gekommen sind. Das hätte ich jetzt gut gefunden, dann hätte man es vielleicht auch noch besser nachvollziehen können, an welchen Argumenten wir vielleicht auseinanderliegen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ergebnis von
vier Wochen Homeoffice. Was beantrage
ich zur nächsten Landtagssitzung?)

Aber es ist sicherlich so, dass sich eine Meinung verändern kann, und da möchte ich mal berichten, wie das bei uns in der CDU-Fraktion war. Auch wir hatten keine einheitliche Meinung dazu, wir hatten das durchaus kontrovers diskutiert. Einige waren gegen diese Maskenpflicht, einige waren dafür. Und das ist ja auch ganz normal, dass eben nicht alle sofort eine Meinung haben. Und wir haben dann einen Prozess der Meinungsbildung angestoßen mit,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Wir auch!)

bei uns intern eben erst mal, ...

(Jens-Holger Schneider, AfD: Wir auch!)

Ja, genau, vielleicht können Sie ja darauf gleich mal eingehen, Herr Weber.

... und haben dafür natürlich Experten eingebunden. Und bei uns war Herr Professor Reisinger in der Fraktionssitzung. Wir haben auch anschließend immer intensiven Kontakt zu ihm gehalten. Er hat uns sehr ausführlich berichtet über die wissenschaftlichen Forschungen, auch wie die Landesregierung beraten wird, zum Beispiel auch durch das Institut für Tropenmedizin, das Max-Planck-Institut für Demografie, das LAGuS und natürlich das Gesundheitsministerium selbst.

Und Sie haben jetzt in Ihrem Antrag da als Kronzeugen den Frank Ulrich Montgomery genannt. Das hat mich auch ein bisschen verwundert, weil das eigentlich keine gute Wahl ist für Ihren eigenen Antrag, denn er wünscht sich ja sogar noch eine viel stärkere Maskenpflicht. Er möchte ja die FFP2-Masken als ...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Doch, doch, die möchte er natürlich, dass sie eingehalten werden. Das heißt, er will nicht die Maskenpflicht abschaffen, sondern er will noch stärkere Masken sozusagen durchsetzen. Deswegen habe ich mich da an der Stelle noch mal gewundert, aber ist ja egal, man kann sich ja öfter mal wundern.

Jedenfalls würde ich Ihnen gerne, wenn Sie daran interessiert sind, mal ein paar Highlights nennen, die für uns, für unsere Meinungsbildung, entscheidend waren, warum wir dann insgesamt letzten Endes doch zu dem Schluss gekommen sind, dass in der jetzigen Phase diese, ich nenne es mal, Maskenpflicht sinnvoll ist. Ich möchte noch direkt dazusagen, dass es natürlich immer wieder von Neuem bewertet werden muss, das ist ja vollkommen klar. Es ist eben, in einer bestimmten Situation ist die Maßnahme so, die Lage kann sich verändern. Wenn wir weiter kaum Infektionen haben, dann wird man natürlich über dieses Thema auch wieder nachdenken, das ist klar. Also wir sind einfach in einem ständigen Prozess mit wissenschaftlicher Beratung, um uns da eine gute Meinung zu bilden.

Und jetzt nenne ich mal so ein paar Beispiele. Es wurde zum Beispiel herausgefunden, dass selbstgenähte Baumwollmasken – sogar selbstgenähte Baumwollmasken, um mal mit dem schwächsten Glied anzufangen – die Menge an ausgehustetem SARS-CoV-2 um den Faktor 10 reduzieren. Das ist eine Studie von Bae und anderen in „Annals of Internal Medicine“. Auch für andere Corona-Viren ist gezeigt worden, dass dann, wenn Infi-

zierte eine Maske tragen, die Virusmenge in der durch die Maske gefilterten Ausatemluft stark reduziert ist (Leung und andere, „Nature Medicine“). Bereits 2016 wurde schon gezeigt, dass die Angehörigen von Patienten mit grippeartigen Erkrankungen dann, wenn die Patienten Masken tragen, seltener Atemwegserkrankungen erleiden. Da ist die Quelle: McIntyre und andere, BMJ Open.

Ich will jetzt nicht unbedingt alle vorlesen, aber ein paar vielleicht noch. Taiwan wurde schon genannt, glaube ich, von Herrn Barlen. Die haben im Januar neben anderen Maßnahmen die Maskenproduktion vervierfacht und bis zum 6. Mai nur 439 Infizierte und 6 Tote. Das heißt, da hat diese Maskenpflicht offensichtlich auch was bewirkt. Dazu muss man noch wissen, dass 1,5 Millionen Bewohner von Taiwan Pendler in China sind, in der Volksrepublik China, also in einer Zeit, in der dort die Krankheit ganz stark ausgebrochen ist. Trotz Pendeln sind sie, ja, sind sie dort aber nicht so ...

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Ja, aber es gibt ganz starke Beziehungen zwischen China und Taiwan,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Ja, aber die durften da nicht hin!)

mit ganz starkem Reiseverkehr, aber diese Maskenpflicht hat offensichtlich was geholfen, und darum geht es ja. Die Indizien oder die Evidenzen sind erst mal da, dass diese Maskenpflicht etwas geholfen hat.

Es gab dann zum Beispiel, dann kam es zum Beispiel in der geburtshilflichen Abteilung des Mutter-Kind-Krankenhauses in Regensburg bei 3.000 Geburten pro Jahr und mehr als 500 Angestellten am 9. März zu einem Covid-19-Ausbruch. Indexpatient war eine einzige Hebamme, die am 08.03. aus Ischgl zurückgekehrt war und am 09.03. erkrankte. 10 Angestellte erkrankten bis zum 16.03. und 9 davon hatten positive SARS-CoV-2-Tests. 36 Angestellte wurden bekanntermaßen infiziert. Ab dem 15. März wurde zunächst für die geburtshilfliche Abteilung, einen Tag später für das gesamte Krankenhaus eine Maskenpflicht eingeführt. Weitere Fälle nahmen dann innerhalb einer Woche ab. Ab dem 24.03. kam es nur noch zu einer weiteren Infektion, am 28., und noch zu einer am 01.04. Also es zeigt sich, dass diese Masken sofort und innerhalb von kürzester Zeit diese Ansteckungszahlen herunterbringen.

Berechnungen anhand mathematischer Modelle zeigen, dass eine 80-prozentige Einhaltung einer Maskenpflicht – also selbst bei 80 Prozent – in Bundesstaaten wie Washington und New York die Zweimonatstodesrate um 45 Prozent reduzieren kann, selbst wenn die Masken nur 50 Prozent der Infektionen verhindern. Die Wirkung des Maskentragens ist am größten bei kleineren Ausgangsübertragungsraten wie zum Beispiel im US-Bundesstaat Washington, verglichen mit dem US-Bundesstaat New York. Quelle: Eikenberry und Mancuso.

Also ich könnte die jetzt noch alle vorlesen. Ich würde Ihnen diese Literaturliste im Grunde genommen einfach gerne mal zur Verfügung stellen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ja, ich stelle sie Ihnen einfach mal zur Verfügung und Ihrem Landesvorsitzenden, dem Leif-Erik Holm, auch. Der hat ja auch Masken verteilt,

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

in Bergen und in Stralsund auf dem Marktplatz.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, so eine blaue mit „AfD“ drauf.)

Wie gesagt, die Haltung Ihrer Fraktion oder Partei ist mir nicht ganz klar dazu.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Ich würde gerne verstehen, was den Sinneswandel hervorgerufen hat. Und für unsere Fraktion muss ich nur sagen, zum jetzigen Zeitpunkt halten wir es für sinnvoll, und wir werden das ganz aufmerksam verfolgen, wie sich die Situation weiter verändert, und dann eben entsprechend handeln, aber immer in wissenschaftlicher Begleitung und auf wissenschaftlicher Grundlage und nicht aufgrund von eigenen persönlichen Erlebnissen. Das kann ich durchaus nachvollziehen. Wir haben uns beim Einkaufen, glaube ich, ein-/zweimal getroffen hier im REWE-Markt, da machten Sie auch,

(Julian Barlen, SPD: Hat er Sie erkannt?)

da machten Sie einen ganz unglücklichen Eindruck. Deswegen kann ich das schon verstehen,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

dass Sie das gestört hat mit der Maske,

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

aber vielleicht lag es an mir, ja, mag sein.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Es gab gerade keine Eier, deswegen war er so traurig. –
Heiterkeit bei Jens-Holger Schneider, AfD)

Aber das kann ja kein Grund sein,

(Zurufe von Julian Barlen, SPD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

daraus etwas abzuleiten

(Glocke der Vizepräsidentin)

für die gesamte Gesellschaft und für die gesamte Bevölkerung, nur, weil man sich selber wohl oder unwohl fühlt, sondern da verlassen wir uns auf die Wissenschaft, und das werden wir auch weiterhin so tun und lehnen deshalb Ihren Antrag ab. – Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Jens-Holger Schneider, AfD: Moment,
Moment, Moment, Moment!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, auch zu Ihrem Wortbeitrag liegt mir ein Antrag auf Kurzintervention von der Fraktion der AfD vor.

Bitte schön, Herr Schneider.

Bernhard Wildt, CDU: Ja, gerne.

Jens-Holger Schneider, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Sie haben den Herrn Montgomery zitiert. Er ist Weltärztepräsident und er wird in der „Ärzte Zeitung“ vom 23. April so zitiert: „Ich trage selber eine Maske aus Höflichkeit und Solidarität, halte eine gesetzliche Pflicht aber für falsch“, denn, ich zitiere weiter: „Wer eine Maske trägt, wähnt sich sicher, er vergisst den allein entscheidenden Mindestabstand.“ Und dann führt er weiter aus und spricht vom unsachgemäßen Gebrauch, das könne gefährlich werden. Die Konzentration der Masken, beim Abnehmen berühre man die Gesichtshaut, schneller könne man sich nicht infizieren. Und besonders schön finde ich die Frage, die er sarkastisch aufgeworfen hat: „Aber was will man gegen den Überbietungswettbewerb föderaler Landespolitiker mit rationalen Argumenten tun?“

Das wollte ich Ihnen gerne noch mal mit zur Kenntnis geben. Wir haben uns das nicht ausgedacht, sondern wir ziehen da tatsächlich Leute zurate, die sich da auch ein bisschen mit auskennen.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Und insofern ist es spannend, wie Sie dann auch versuchen, dagegen zu argumentieren und das Argument dann dagegen zu verwenden.

Bernhard Wildt, CDU: Okay, ja.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Möchten Sie antworten, Herr ...?

Bernhard Wildt, CDU: Ja. Gerne, gerne. Bitte, ja.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Wildt.

Bernhard Wildt, CDU: Also ich habe es eben, glaube ich, schon versucht deutlich zu machen, Montgomery hat sich nach dieser Äußerung – ich kann Ihnen jetzt das Datum nicht nennen –,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

hat er sich dann noch mal selber korrigiert und hat sich noch mal ...,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

nein, und hat dann noch mal gesagt, die Masken wären schon sinnvoll, aber eben nur diese FFP2-Masken. Also er hat das noch mal verschärft im Grunde genommen, die Maskenpflicht. Von daher habe ich gerade schon versucht, das deutlich zu machen, dass er kein idealer Kandidat jetzt als Kronzeuge ist. Und ich habe ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das sagen Sie!)

Ja.

Und ich habe noch mal versucht, deutlich zu machen, dass wir eben nicht auf einen Einzelnen uns beziehen, sondern auf eine Fülle von Studien. Wie gesagt, ich schi-

cke Ihnen das gerne zu, das sind etwa 20 verschiedene. Ich möchte das jetzt dem Auditorium hier ersparen, das jetzt alles vorzulesen. Also es gibt einfach eine Fülle von wissenschaftlichen Studien dazu. Und das eine sind eben die Alltagserfahrungen – und ich wollte es gerade nicht ins Lächerliche ziehen, sondern das sind die Alltagserfahrungen, die wir alle machen, die sind unangenehm – und das andere sind eben die wissenschaftlichen Studien, die uns helfen sollen, die Pandemie zu beschränken und einzudämmen. Und das muss man einfach auseinanderhalten, und deswegen sind wir alle bereit, aus Solidarität auch diese Masken zu tragen, denn durch die Dunkelziffer weiß ja keiner genau, wer wirklich infiziert ist. Also wenn das jetzt nur freiwillig ist, dann führt das natürlich dazu, dass die einen die tragen und vielleicht gerade die Falschen sie nicht tragen. – Danke!

(Beifall Ann Christin von Allwörden, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ums Wort gebeten hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Hier wurde ja schon einige Male das Wort „Solidarität“ bemüht. Herr Koplin ist nun gerade wieder nicht da. Solidarität kann man aber nicht verordnen. Solidarität ist etwas, was von innen heraus, freiwillig kommen muss. Das kann man nicht verordnen. Natürlich, die Linkspartei kommt ja aus einer anderen ideologischen Ecke. Auch in der DDR war es ja so, dass Solidarität mit allem möglichen staatlich verordnet und angewiesen wurde. So läuft es in einer freien Gesellschaft allerdings nicht.

Man kann über die Masken, über das Maskentragen ja vieles sagen, ich will da auch gar nicht ins Grundsätzliche gehen, aber man muss natürlich auch mal berücksichtigen die gesundheitsschädlichen Folgen für den Träger, die eine solche Maske ja mit sich bringt. Ich habe mir das mal auch von einem Experten – wir kennen ja irgendwie alle irgendwelche Experten – mal erklären lassen.

(Heiterkeit bei Karsten Kolbe, DIE LINKE)

Also die Atemluft im Freien, die wir einatmen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

die Einatemluft, enthält 400 ppm – parts per million – CO₂, die Ausatemluft 30.000 ppm CO₂. Wenn wir nun so eine Maske vor dem Gesicht haben, dann atmen wir ja zu großen Teilen unsere eigene Ausatemluft, also mit diesem bösen CO₂, wieder ein, und das kann doch eigentlich nicht gesund sein, gerade auch für ältere Menschen, für Menschen mit Herz-Kreislauf-Problemen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Wie lange gehen Sie denn einkaufen?)

Nö, das kann schon eine Weile dauern.

(Heiterkeit bei Henning Foerster, DIE LINKE)

Aber das sind doch völlig unqualifizierte ...,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

das hat doch jetzt überhaupt nichts mit dieser, mit diesem Argument zu tun.

(Karsten Kolbe, DIE LINKE: Wie machen
das denn die Ärzte, die den ganzen
Tag im OP stehen und den ganzen
Tag eine Maske tragen?)

So, also ...

(Karsten Kolbe, DIE LINKE:
Fallen die dann tot um?)

Ach, hören Sie doch auf!

(Karsten Kolbe, DIE LINKE:
Hören Sie doch auf!)

Also das ist auf jeden Fall etwas, worüber man doch mal diskutieren sollte.

(Unruhe bei Ann Christin von Allwörden, CDU,
und Christel Weißig, fraktionslos –
Glocke der Vizepräsidentin)

Und dann, Herr Montgomery wurde schon erwähnt, auch die WHO ihrerseits hat sich ja kritisch zum Maskentragen, zur Maskenpflicht geäußert. Und dann bleibt ja auch noch als ein anderes Argument, das es zu betrachten doch gilt, dass viele Einzelhändler das Problem haben, dass Kunden nicht in die Geschäfte gehen, weil sie dort mit einer Maske rumlaufen müssen und das dann einfach keinen Spaß macht, das Einkaufen. Ich war gerade gestern in einem schönen Schweriner Schuhladen und die Inhaberin hat mir erklärt, dass leider viel zu wenige Kunden kommen, weil die einfach das unangenehm finden und keine Lust haben, mit so einer Maske dort Schuhe zu kaufen. Also auch das sind doch Argumente, die man ganz sachlich mal austauschen müssen und betrachten kann, ohne diese Polemik eines Herrn Barlen oder eines Herrn Koplin oder wie auch immer. – Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle den Hinweis, dass mir nur noch zwei Redebeiträge oder Meldungen vorliegen, beide aus der Fraktion der AfD. Das bedeutet,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Das bedeutet nix Gutes.)

dass Sie sich die Redezeit teilen müssen. Von daher ist das der Hinweis an die Abgeordneten, die sich derzeit nicht im Plenarsaal befinden, sich möglicherweise jetzt auf den Weg zu machen, wenn sie denn an der Abstimmung teilnehmen wollen.

Und ich rufe auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! Viel ist aufgrund der Debatte hier nicht zu entgegenen. Ich möchte zum einen noch mal klarstellen – auch zum besseren Verständnis für Herrn Koplin, der leider gar nicht da ist –, er hat immer wieder als Beispiel den

öffentlichen Personennahverkehr gebracht, den ich als Beispiel dafür gebracht habe, dass man dort Masken tragen sollte, von mir aus eben auch die Maskenpflicht, weil ich die Mindestabstände eben nicht aus eigenem Ermessen einhalten kann. Und das Gleiche gilt natürlich erst recht für den von Herrn Koplin bemühten Friseur. Ich möchte mal den Friseur sehen, der mit 1,5 Meter Abstand ordentlich Haare schneiden kann. Mir ist ein solcher nicht bekannt.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Dann möchte ich noch weiter darauf hinweisen, dass Sie in Ihrer Argumentation immer wieder den wichtigen Unterschied zwischen einer Pflicht zum Maskentragen und der Empfehlung zum Maskentragen verwechselt haben. Keiner von uns – Beispiel Taiwan, Asien überhaupt –, keiner von uns will irgendjemandem verbieten, Masken zu tragen. Wer das möchte, der soll gerne Masken tragen, aber die Pflicht, die ist das Problem.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Und dann möchte ich darauf zurückkommen, hier im Plenarsaal wollte der Ältestenrat ursprünglich ja eine Art Maskenverbot aussprechen, und auf meinen Hinweis, dem dann zum Beispiel auch die SPD gefolgt ist, auf meinen Hinweis, dass wir das nicht durchsetzen können, weil das eine individuelle, sich selbst auch vielleicht schützende Entscheidung ist, wurde nur die Empfehlung ausgesprochen, hier im Plenarsaal keine Maske zu tragen. Es ist doch merkwürdig, anderswo, beim Einkauf, wo wir die Mindestabstände auch einhalten und unproblematisch einhalten können, da soll die Maske verpflichtend sein, hier im Plenarsaal hat dann die Einsicht Platz gegriffen, man möchte doch keine Maskenpflicht hier. Im Gegenteil, wir wurden ausdrücklich gebeten als PGFs, in unseren Fraktionen zu sagen, dass man möglichst keine Maske hier tragen solle. So ganz kriege ich das nicht zusammen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, ich habe gesagt, wer will, der kann.)

Dann war ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Erzählen Sie doch nicht solche Märchen!)

Ja, wir wurden aber gebeten, das so mitzuteilen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dann Beispiel Herr Montgomery: Herr Montgomery hat sich mehrfach schriftlich, in Gutachten und so weiter geäußert, dass er die üblichen, nicht nur die selbstgestrickten, sondern auch die in Apotheken und so erhältlichen, nicht OP-tauglichen Masken für nutzlos hält und sich deswegen gegen eine Maskenpflicht ausgesprochen hat. Das spricht aber nicht dagegen, dass wir von der AfD auch Masken verteilt haben. Das hat einen ganz anderen Grund. Erst mal, wer eine Maske tragen will, soll das tun. Wir haben überhaupt kein Problem mit Masken tragenden Menschen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach so?!)

sofern die Maske nicht so weit geht, dass man die Person nicht mehr erkennt.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Also mit Burka und so hat
das nix zu tun, ne?!)

Wir haben Masken verteilt, aber aus einem ganz anderen Gesichtspunkt, weil es nämlich teilweise ziemlich schwer war, am Anfang der Maskenpflicht, aber auch noch, bevor es Maskenpflicht gab, überhaupt an Masken zu kommen. Wir wollten damit einen Beitrag leisten für die, die eine Maske tragen wollen, da das Recht und nicht Pflicht war, dass es möglich wird, überhaupt solche Masken zu erlangen.

Und vielleicht abschließend von meiner Seite, weil Sie Herrn Jens-Holger Schneider angesprochen haben, der hat die Maske nicht getragen, weil er ein Fan von entsprechenden Masken ist, es hat auch mit Corona-19 gar nichts zu tun, sondern er war eine Woche vorher infektiös vorerkrankt und wollte uns alle – Sie auch – schützen und hat deswegen eine Maske getragen. Es hatte keinen Einfluss auf Corona.

Und für Herrn Wildt möchte ich noch sagen, auch wenn mein Kollege Horst Förster gern jetzt die restliche Redezeit hätte –

(Heiterkeit bei Horst Förster, AfD)

die kriegst du ja auch –, Herrn Wildt möchte ich doch sagen, auch wir in der AfD haben eine Debatte darüber geführt. Ich finde es nur immer traurig, dass diejenigen, die sich hier zu Wort melden, dann verschwinden. Eigentlich könnte ich es jetzt machen wie gestern der PGF der CDU. Der hat dann gesagt, na, wenn Sie nicht da sind, muss ich auf Ihre Argumente ja auch nicht eingehen. Das mache ich aber nicht. Herr Wildt, auch wir haben entsprechende Diskussionen über das Für und Wider einer Maskenpflicht gehabt

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD
und bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

und haben uns mit Mehrheit, mit deutlicher Mehrheit dafür entschieden, dass wir diese Maskenpflicht, beim Einkauf wohl gemerkt, wo jeder Einkauf im Supermarkt oder in kleinen Geschäften, wo der Geschäftsinhaber und im Supermarkt jeder schon durch den Wagen sich selbst vergewissern kann, dass er die 1,5 Meter Mindestabstand einhält, da wollen wir keine Maske. Dass das den einen oder anderen nicht ganz überzeugt hat, ist nun mal bei einer pluralistischen Meinungsbildung so. Auch wir entscheiden über das Einbringen von Anträgen mit Mehrheit. Wir brauchen kein Einstimmigkeitserfordernis dafür. Bei uns jedenfalls ist es auch möglich, dass der PGF oder der Fraktionsvorsitzende überstimmt werden in der Fraktionsversammlung. Kommt sogar gar nicht so selten vor. So viel vielleicht mal zu dem Argument mit den demokratischen Parteien.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

So, passt. Das war es von meiner Seite. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich möchte an dieser Stelle nur darauf hinweisen, dass wir zu normalen Zeiten im Ältestenrat extra eine Rauschanlage haben, damit

Dinge aus dem Ältestenrat nicht herausgetragen werden. Wenn man denn hier davon berichtet, dann sollte man sich ja dann auch an die üblichen Gepflogenheiten halten, auch wenn wahrscheinlich bei der Diskussion keine Rauschanlage angeschaltet war.

So, und jetzt rufe ich auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn Förster.

(Andreas Butzki, SPD:
Das ist aus Versehen passiert.)

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Koplin ist nicht da. Er sprach von ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich werde ihm erzählen, was
Sie ihm mitgeteilt haben.)

Zunächst möchte ich mal sagen, die Corona-Geschichte wird uns ja noch sehr lange beschäftigen, und ich fürchte, dass es irgendwann immer ideologischer wird.

(Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz.)

Ich glaube, wenn man eins sagen kann, das ist bei vielen auch deutlich geworden, es ist ein großer Bereich noch der Unwissenheit, und wie alles abschließend zu beurteilen sein wird, welcher Weg der richtige war, das steht noch in den Sternen. Und da gibt es auch keine Sieger oder Verlierer. Da wird irgendwann mal Bilanz gezogen, dann sind wir hinterher alle schlauer. Jetzt kann noch keiner wirklich da die letzte Wahrheit für sich beanspruchen.

Das gilt auch für den Reproduktionsfaktor. Die Zahl wird ja immer so dahingeworfen, als ob die so feststünde. Wenn man sich da näher mit befasst, dann kann ich nur zitieren den Chef des IKA, der sagt, das ist eine – weil sie die auch ständig da wieder korrigieren –, ist eine Messzahl unter vielen. Die Unsicherheit ist riesig, weil ja, um die richtig ausrechnen zu können, muss man ja wissen, wie viele infiziert werden und wie viele sie neu anstecken. Und gerade in dem Bereich ist ja bis zu 80 Prozent eine völlige Unwissenheit, weil ja die Krankheit sehr häufig symptomfrei vorstattengeht.

So, und auf die Wissenschaft hören, das hört sich unheimlich gut an, aber wie ich schon eben bemerkte, die Wissenschaft ist ja durchaus nicht nur immer einer Meinung und außerdem können auch sehr viele irren. Ich meine, Sie haben den Herrn Professor Reisinger, glaube ich, zitiert, und von ihm habe ich nur gehört aus Zeitungsberichten, als es um die Hygienemaßnahmen in Schulen ging und um Desinfektionsmittel, dass er davon abgeraten hat, mit der Begründung, dass das zum Alkoholmissbrauch irgendwie führen könnte. Ja, ich bitte Sie, muss man denn so was blind befolgen? Also wenn das so stimmt, dann halte ich das für absoluten Unfug, und dem sind ja auch nicht alle gefolgt. Gerade in der Justiz spielen ja Gutachten auch eine große Rolle, und Sie glauben nicht, wie gefährlich das ist, einfach irgendwelchen Gutachten und Wissenschaftlern zu folgen.

Jetzt komme ich auf den IQ, der ist gar nicht so wichtig. Herr Koplin ist immer noch nicht da. Viel wichtiger als

der IQ in der ganzen Menschheitsgeschichte ist vor allem auch der gesunde Menschenverstand.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Die Wissenschaft gibt uns ja vieles vor, aber das, womit wir es zu tun haben, ist die Umsetzung von Wissenschaft, denn das RKI entscheidet nicht. Es gibt irgendwelche Dinge vor, die dann möglicherweise umstritten sind, aber selbst, wenn die feststehen, Zahlenmaterial feststeht, dann sind wir es, die abwägen müssen, die Politik. Die Politik muss abwägen, sie muss entscheiden. Und da spielt es natürlich eine absolute Rolle, wie gefährlich das Virus ist, und es spielt auch natürlich eine Rolle, ob ich bei der Abwägung, ob ich völlig unberücksichtigt lassen kann, dass bis jetzt jedenfalls ganz überwiegend dieses Corona nur bei den Menschen tödlich ist, die erhebliche Vorerkrankungen haben und wo, wie Professor Püschel in Hamburg es gesagt hat, das sozusagen der letzte Tropfen war. Und ich bitte da ernsthaft darum, das nicht dahin auszulegen und dann mir namentlich eben vorzuwerfen, wir würden hier Menschen gegeneinander ausspielen, das ist doch wirklich absurd.

(Manfred Dachner, SPD:
Nein, das ist es nicht!)

Sie können doch nicht als Politiker ernsthaft außer Acht lassen oder zunächst mal ganz freudig zur Kenntnis nehmen, dass es eben nicht die Pest ist und dass diese Pandemie Kinder in Ruhe lässt, Jugendliche auch, dass in erster Linie betroffen sind alte Männer. Für manche so das Feindbild, der alte weiße Mann, der ist betroffen davon. Sie können doch, wenn Sie abwägen, das nicht außer Acht lassen! Sie können doch nicht außer Acht lassen, so schlimm es ist, dass im Pflegeheim die normale Dauer elf Monate nicht überschreitet. Sie können doch nicht, so sehr auch jedes Menschenleben rechtlich gleich ist, Sie können nicht dafür, dass in diesen Pflegeheimen möglicherweise der eine oder andere noch zwei oder einen Monat länger lebt, den gesamten Schulunterricht außer Acht lassen.

Und was bis jetzt überhaupt nicht in der Bilanz vorkommt, ist doch – da geht es nämlich auch um Menschenleben –, dass Operationen zurückgestellt worden sind. Was meinen Sie denn, am Schluss, wenn wir es wirklich erfassen könnten, wie viele Schlaganfalltote und auch verschleppte Herzinfarktote wir haben? Wenn Sie sich umsehen, wie verängstigt die Bevölkerung ist, das hat doch jeder irgendwo in seinem Bekanntenkreis schon mitbekommen.

Und noch mal ganz konkret zu den Masken: Die Belastung ist ja für den, der jetzt einkaufen geht, wahrlich nicht so schlimm. Aber haben Sie mal mit den Verkäufern oder Verkäuferinnen gesprochen, was es bedeutet, wenn die den ganzen Tag damit rumrennen müssen, obwohl sie ihre Scheibe haben? Ich habe ein Bei...

(Thomas Krüger, SPD: Müssen sie
nicht. Wenn die Scheibe davor
ist, müssen sie nicht mehr.)

Sie müssen mit dem Ding rumrennen. So, und es gibt, ...

(Thomas Krüger, SPD: Nein,
die Verordnung ist anders!)

Und wenn Sie ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Dirk Friedriszik, SPD)

Herr Krüger, es gibt ...

Fragen Sie doch! Gehen Sie mal rum! Und überwiegend ist,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas Krüger, SPD: Die Verordnung!)

überwiegend ist die Reaktion,

(Thomas Krüger, SPD: Die Verordnung
sagt doch das ganz deutlich!)

überwiegend ist die Reaktion der Menschen in der Praxis die, dass sie es geduldig ertragen, aber im Grunde wenig davon halten, insbesondere wenn die Sinnhaftigkeit sich ihnen entzieht, wo man ohne Weiteres doch den normalen Abstand einhalten kann und trotzdem mit diesem Ding rumrennen muss, und bei vielen geschieht es nur halbherzig, sodass die Nase offen ist.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Es gibt ja auch eine Beweislast ganz grundsätzlich. Wenn ich ein Gebot aufstelle, dann habe ich die Beweislast, dass es notwendig ist. Sie müssen doch geradezu mit Blindheit geschlagen sein, wenn Sie nicht zur Kenntnis genommen haben,

(Andreas Butzki, SPD: Oh, oh, oh!)

dass auch in der Wissenschaft,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

auch in der Wissenschaft die Frage der Maske und ihrer Wirkungen und ihrer Sinnhaftigkeit hoch umstritten ist.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Richtig!)

Das kann doch nicht sein, dass das RKI, erst sagt es, das ist alles Unsinn, empfiehlt es nicht, dann auf einmal ist es in Ordnung, dann spricht es für eine Empfehlung. Es ist nach wie vor hoch umstritten.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Und wenn es hoch umstritten ist, dann ist es schwer und nicht gerechtfertigt, es der Bevölkerung zu verschreiben. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4926. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Vielen Dank! Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4926 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD sowie durch den fraktionslosen Abgeordneten und im Übrigen Ablehnung abgelehnt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 38:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Öffentlichen Nahverkehr sichern – Landeshilfen für Verkehrsunternehmen, Drucksache 7/4934.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Öffentlichen Nahverkehr sichern –
Landeshilfen für Verkehrsunternehmen
– Drucksache 7/4934 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In dieser Woche oder in diesen Tagen ist schon sehr viel und sehr oft Danke gesagt worden. Das möchte ich zunächst auch tun, nämlich mich bei allen Beschäftigten, die in den vergangenen acht Wochen dafür gesorgt haben, dass Busse, Straßenbahnen, Taxis, Fähren und Züge fahren, herzlich bedanken.

(Beifall Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Nahverkehr ist systemrelevant. Die ihn sichern, haben unseren Respekt und unsere Anerkennung verdient. Deshalb ist es auch gut, dass zwischenzeitlich der Tarifkonflikt im ÖPNV beendet ist und die Einkommen steigen, aber seit Mitte März sind Bahnen und Busse praktisch leergefegt. Ich habe bei den Nahverkehrsbetrieben nachgefragt, wie die Situation ist und was benötigt wird. Die Antworten belegen, wie dramatisch die Lage ist. Die Fahrgasteinbrüche bewegen sich in der Spanne von 65 bis zu 95 Prozent, bei manchen sogar zu 100 Prozent.

In Rostock fielen 3,2 Millionen Fahrgäste innerhalb von vier Wochen weg, in Schwerin fahren wochentags nur noch 18.000 statt 60.000 Fahrgäste, auch Zeitkarten und Abos werden gekündigt – mit steigender Tendenz. Aus Angst vor Ansteckung sind viele vom Nahverkehr auf das Auto oder das Rad umgestiegen. Letzteres wäre ja sogar noch ganz gut. Das bedeutet, die Einnahmeausfälle – sie nähern sich der 10-Millionen-Euro-Marke – sind existenzbedrohend. Laut Landesfachausschuss Öffentlicher Personennahverkehr sind große und kleine Verkehrsbetriebe in wirtschaftliche Schieflage geraten. Sie halten ohne Soforthilfe nur noch bis Ende Mai durch.

Den Einnahmeausfällen stehen zudem höhere Kosten gegenüber. So fahren die Straßenbahnen in Schwerin mit doppelten Wagen, die größten und im Betrieb auch teuersten Busse werden eingesetzt, einfach, um Abstände einhalten zu können. In den Bussen wurden Plexiglasscheiben oder Abtrennungen zur Fahrerin oder zum Fahrer eingebaut, es wurde Online-Ticketverkauf eingeführt. Der zusätzliche Aufwand für Hygiene und Desinfektion ist beträchtlich, und ein Ende ist auch mit der begonnenen Öffnung nicht in Sicht. Der logistische und finanzielle Aufwand zur Sicherung der Schülerbeförderung wird mit der sukzessiven Schulöffnung und den versetzten Schulzeiten insbesondere in ländlichen Regionen immens sein. Ohne zusätzliche Busse und zusätzliche Fahrten halte ich das kaum für machbar.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Auswirkungen auf die Nahverkehrsbetriebe sind enorm und dennoch unterschiedlich. Das volle Ausfallrisiko tragen eigenwirtschaftlich fahrende Betriebe, so die Usedomer

Bäderbahn, die den Busverkehr auf der Insel Usedom übernommen hat, oder auch die Anklamer Verkehrsgesellschaft, die den ländlichen Bereich bis Wolgast, Greifswald, Jarmen und Friedland bedient. Auch Nachauftragnehmer, die den öffentlichen Nahverkehr absichern, und Taxiunternehmen, die zum Beispiel als Rufbus oder im Schülerverkehr unterwegs sind, sind besonders betroffen.

Bei den kommunalen Verkehrsunternehmen hängt es vom jeweiligen öffentlichen Dienstleistungsvertrag ab, ob dieser als Brutto- oder Nettovertrag abgeschlossen wurde. Bei Nettoverträgen wird das Risiko auf die Auftragnehmer verlagert. Es sind welche dabei, die eine genaue Abrechnung der erbrachten Verkehrsleistungen vorsehen. Bezahlt wird nur, was auch gefahren wird. Der Wegfall von Schülerverkehr und ein Wochenend- oder Ferienfahrplan rissen in diesen Fällen besonders große Löcher. Kurzarbeit ist angesagt. Das hilft den Beschäftigten und entlastet die Unternehmen, sowohl Nachauftragnehmer als auch kommunale Betriebe. Es ist gut, dass ver.di und der kommunale Arbeitgeberverband eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 95 Prozent vereinbart haben. Je nach Betriebsvereinbarung werden auch bis zu 100 Prozent gezahlt. Das sichert Arbeitsplätze und entspricht auch einer Forderung der LINKEN. Für die von Kurzarbeit Betroffenen ist das gut, bedeutet für die Unternehmen jedoch weniger Entlastung.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mit dem vorliegenden Antrag wollen wir für das Thema sensibilisieren und das im Land Machbare anregen. Kommunen und Land können diese Größenordnung nicht allein schultern, dessen sind wir uns völlig bewusst. Ein Beschluss des Landtages soll der Landesregierung Rückenwind für Berlin geben. Rückenwind – das hat ja schon oft eine Rolle gespielt, das ist bei SPD und CDU auch regelmäßig üblich.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Aber nur ab einer gewissen Windstärke.)

Warum also nicht auch in diesem Fall? Und um von vornherein Wortklauberei zu vermeiden: Landeshilfe bedeutet in diesem Falle auch nicht allein finanzielle Hilfe, sondern vor allen Dingen auch politische Unterstützung für die Verhandlungen mit dem Bund.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass der Landesfachausschuss ÖPNV und das Ministerium in ständigem Austausch stehen und jeweils den aktuellen Sachstand kennen. Ich hoffe, dass Ihnen allen auch die Dramatik der Situation klar ist. Unterstützung wird dringend gebraucht. Der Ausfall ist nur dann zu begrenzen, wenn es möglichst schnell gelingt, die Menschen von der Sicherheit im ÖPNV zu überzeugen. Dann geht es zunächst um das Angebotsniveau von vor der Krise. Aber es bleibt dabei, wir brauchen Angebotsverbesserungen.

Der Deutsche Städtetag schlägt eine Aufstockung der Regionalisierungsmittel des Bundes vor. Im April forderten alle 16 Verkehrsminister vom Bund einen Rettungsschirm für den öffentlichen Nahverkehr, mindestens in Höhe der Ausfälle von 5 bis 7 Milliarden Euro. Baden-Württembergs Verkehrsminister hält bundesweit Hilfen von mindestens 15 Milliarden Euro zusätzlich für nötig. Er will einen leistungsfähigen ÖPNV sichern, eine Ausbau- und Innovationsoffensive. Seiner Forderung nach einer

umfassenden Modernisierung des ÖPNV mit Umstellung auf umweltfreundliche Antriebe und Digitalisierung, der kann ich mich nur anschließen

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was können wir hier im Land tun, um Erste Hilfe zu leisten? Baden-Württembergs Verkehrsminister schnürt ein Paket von 480 Millionen Euro. Das ist natürlich illusorisch für Mecklenburg-Vorpommern. Minister Pegel informierte, dass das Land aus den Regionalisierungsmitteln die Ausfälle bei der Bahn stützt. Thüringen stockt die für 2020 ohnehin vorgesehenen Finanzhilfen für die kommunalen Auftraggeber auf und zog die Zahlungen vor. Soweit nicht bereits geschehen, sollten Mittel aus dem FAG und von Ausgleichsleistungen auch in Mecklenburg-Vorpommern unbedingt vorgezogen werden. Das kann aber höchstens eine Sofortüberbrückung sein.

Die Nahverkehrsunternehmen brauchen einen Ausgleich für die coronapandemiebedingten Kosten. Tarifierhöhungen und die Aufstockung von Kurzarbeitergeld sollten möglicherweise, zumindest teilweise, übernommen werden. Ein Landesrettungspaket für den öffentlichen Nahverkehr, etwa aus dem Mecklenburg-Vorpommern-Schutzfonds, müsste geschnürt werden. Abstriche beim Angebot darf es nach unserer Meinung nicht geben, im Gegenteil: Fahrgäste sollen wieder Vertrauen gewinnen und einsteigen. Ein verbessertes Angebot und neue Finanzierungswege sind dafür nötig. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Dr. Schwenke!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Langsam muss ich Acht geben, dass ich vor lauter Rückenwind am Wochenende nicht Schnupfen kriege. Ich bin gleichwohl dankbar, weil Sie recht haben, dass es klug und richtig ist, wenn wir an der Stelle gemeinsam an einem Strang ziehen. Jetzt werden Sie mir sagen, das haben Sie aber auch wiederholt gehört. Ich würde sagen, an vielen Stellen sind wir längst unterwegs. Deswegen danke ich dafür, dass Sie sagen, ist richtig, was ihr macht. Ich hoffe, wir erinnern uns auch gemeinsam daran, wenn der Landesrechnungshof oder andere Beteiligte in drei, vier Jahren mal eine Frage stellen, ob alles klug war, was wir gemacht haben.

Da will ich vielleicht einmal an die Hand geben, was bisher geschehen ist. Sie hatten den Aprilbeschluss der Verkehrsministerkonferenz angesprochen, der ist gestern in der Telefonschaltkonferenz – anders funktioniert es nicht – noch einmal in ein Schreiben, das vor einigen Wochen ging, gemündet und gestern noch mal diskutiert worden. Wir versuchen gemeinsam dem Bund in der Tat zu sagen, dass wir glauben, dass die Länder alleine nicht in der Lage sind – und da reden wir jetzt über den Bus-ÖPNV-Verkehr, nicht den SPNV, der aus Regionalisie-

rungsmitteln finanziert wird –, dass wir nicht alleine in der Lage sind, diese erheblichen Aufwendungen zu tragen. Es gibt eine klare – 16 : 0 – gemeinsame Forderung an den Bund, ein echtes Rettungspaket für die öffentlich-rechtlichen, in Inhaberschaft befindlichen ÖPNV-Betriebe aufzulegen.

Warum differenziere ich zwischen öffentlich-rechtlicher Eigentümerstellung und den anderen? Sie haben zum Beispiel die Anklamer Verkehrsgesellschaft angesprochen. Die bisherigen für die Wirtschaft gestrickten Rettungspakete haben immer alle ausgeschlossen, deren Gesellschafter dazu mehr als 50 Prozent öffentlich-rechtlicher Natur sind. Das heißt, die Anklamer müssten eigentlich schon die Chance gehabt haben, im bisherigen Wirtschaftsrettungspaket zumindest teilweise Hilfe zu bekommen. Sie müssen aber wissen, für alle diejenigen, die den Kreisen oder den beiden kreisfreien Städten gehören – die gehören oft zu 100 Prozent –, ist die Hilfe aus allen Paketen, die wir bisher hatten, in Gänze, ich betone in Gänze, ausgeschlossen. Deswegen ist die Not umso größer, weil selbst die erste Soforthilfe dort bisher nicht genutzt werden konnte.

Der Kollege Scheuer ist zumindest aufgeschlossen im Zuhören, aber er hat natürlich Druck auch aus anderen Bereichen. Ich hoffe gleichwohl, dass die sehr wiederholte und sehr klare Forderung aus den Ländern, die auch deutlich sagen, uns ist bewusst, dass das möglicherweise ein Bund-Länder-Paket sein muss, es eben keine hundertprozentige Bundesfinanzierung am Ende geben wird, aber sehr klar die Erwartungshaltung an ihn haben, dass der dafür kämpft. Ein erster Teilerfolg ist gestern von Herrn Scheuer bekannt gegeben worden, allerdings wiederum für den Bereich der privaten Busbetriebe.

Wenn Sie in unsere Reisebusbranche hineinhorchen, die oft im Übrigen ja nicht nur Klassenfahrten, Landtagsfahrten oder ÖPNV fährt, sondern die oft beides in der gleichen Gesellschaft tut, die zum Teil in erheblicher Not ist, hat Herr Scheuer gestern angekündigt, dass in einem ersten Schritt zumindest für die privatwirtschaftlichen Inhaberbereiche von Verkehrsbetrieben des Busbereiches ein 170-Millionen-Rettungsschirm aufgelegt werden soll, den er mit dem Bundesfinanzministerium offenbar ausverhandelt hat. Es bleibt aber in der Tat die Frage, wie es sich bei öffentlich-rechtlichen Unternehmen verhält.

Ich würde, wenn es da lauten würde, macht es alles aus Landeskasse, momentan zur Mäßigung raten, aber Sie haben es ja eben auch anders formuliert. Jeder Druck aus den Verhandlungen mit dem Bund, wo vorher Landtage sagen, jetzt dauert uns das zu lange, wir machen das selber, wird am Ende dazu führen, dass der Bund sagt, wunderbar, wenn es gelöst ist, ist es gelöst. Unser Interesse bleibt sehr nachhaltig, dass der Bund vernünftig mit einsteigt, da geht es in der Tat bundesweit offenbar um Beträge von mehr als 5 Milliarden Euro. Da muss man aber auch im Blick behalten, da sind unsere Anteile dann deutlich kleiner dran, aber für jeden unserer Kreisbetriebe ist der Teil, der ihn da trifft, erheblich.

Wir haben also auf der Verkehrsministerkonferenzebene bereits seit Beginn der Krise genau für diesen Bereich gekämpft. Es ist allerdings auch nicht ganz einfach gewesen, am Anfang die Zahlen zu verifizieren. Das ist bei manchem Händler, der handelt, sehr viel leichter, als es hier abbildbar war.

Zweitens. Wir haben sehr früh die Erwartungshaltung an die Branche gerichtet, dass wir davon ausgehen, dass sie Kurzarbeit nutzen. Das hat die Mehrzahl getan. Ob es alle getan haben, kann ich Ihnen für die Kreis-Busbetriebe nicht sagen. Da sind Sie zum Teil mit Ihren Kontakten in die Kreistage besser informiert, als wir das sein mögen.

Und drittens – das ist der Teil, wo ich hoffe, dass wir irgendwann Hilfe kriegen, wenn ein Landesrechnungshof uns noch mal ernsthaft fragt –: Wir haben sehr früh signalisiert, im Übrigen alle 16 Bundesländer, wir haben sehr früh signalisiert, dass die Verträge, die das Land geschlossen hat – und das sind dann ausschließlich Schienenpersonenverkehrsverträge, also Nahverkehr auf der Schiene –, dass wir an den Stellen weiterzahlen, auch wenn die Verkehre runtergefahren worden sind in Teilen. Das hat ganz vielfältige Gründe. Es kann daran liegen, dass der Zug nach Polen nicht durchdurfte, es kann auch daran liegen, dass auf einer Strecke schlicht die Nachfrage so gering war, dass es keinen Sinn mehr machte. Wir haben die verschiedenen Konstellationen. Es kann auch daran liegen, dass der Saisonverkehr dann eben nicht zu Ostern aufgenommen wurde. Da haben wir manche Diskussion geführt, weil das vielleicht wenig Sinn macht, den Molli oder den Rasenden Roland, die zu Ostern immer hochfahren und dann im Herbst runter, die hochfahren zu lassen, wohl wissend, dass keiner da ist. Wir haben denen immer gesagt, ihr kriegt das Geld, wie es vereinbart war, aber wir erwarten umgekehrt dann, dass ihr mit euren Leuten an der Stelle vernünftig umgeht und dass ihr versucht, nach Möglichkeit Kosten zu reduzieren, wo es geht.

Wir haben zugleich die Bitte – und mehr können wir nicht machen, aber deswegen auch noch mal die Bitte in dieses Hohe Haus, viele von Ihnen haben ja auch durchaus eine zweite Funktion im jeweiligen Kreis und Kreistag, damit ging die Bitte an die sechs Landkreise und die beiden kreisfreien Städte einher –, das Gleiche im Bereich des Schülerbusverkehrs zu tun. Unser Gedanke war, dass genau wie im Landeshaushalt auch für die Schülerbusverkehre die Haushaltsposition ja vorliegt, und zweitens, dass da zum Teil in der Subunternehmenschaft auch sehr kleine dranhängen, bei denen diese Liquiditätsfrage schon binnen weniger Wochen existenziell werden kann.

Uns koppeln die Beteiligten zurück, dass das nicht in allen Landkreisen gelungen ist. Noch mal, das können wir als Landtag und Landesministerium nicht anweisen, aber ich glaube, dass es dann auch noch mal der politischen Erörterungen, um es freundlich zu formulieren, in den Kreisen und kreisfreien Städten bedürfte. Das, was das Land beiträgt für diese Bereiche, wird eins zu eins weiter ausgekehrt. Das, was in den Kreishaushalten steht, ist eins zu eins im Kreishaushalt drin. Es gibt also keine Geld aus, was er woanders einnimmt, denn die Schüler zahlen ja nichts an ihre Kreise. Es sind also Gelder, die ohnehin quasi verlorene Bezahlungen von vorhersehbaren Verkehren waren, wo mein dringendes Ansinnen ist, dass das, was das Land mit den Zugverkehren tut, unbedingt auch auf den Kreisebenen und bei den kreisfreien Städten gelingen muss für die jeweiligen Busbetriebe, damit sie die gleiche Gewissheit haben.

Zweitens. Wir haben sehr früh versucht, die genaueren Zahlen zu ermitteln. Da hat uns im Übrigen der angesprochene Landesarbeitskreis geholfen. Wir haben ano-

nymisierte Daten. Wir waren im Übrigen eines der ersten Bundesländer, das deshalb, weil wir es anonymisiert erhoben haben, aber detailliert. Die Frage war ja, was spart ihr an Aufwand, nicht nur wie viel weniger Einnahmen habt ihr, sondern was spart ihr auch an Aufwand, was ist auch an Mehraufwand entstanden, wir haben versucht, eine differenzierte Schätzung vorzunehmen, und zweitens, was erwartet ihr eigentlich in der Hochlaufphase an Veränderungen. Nützt mir ja gar nichts, den April und Mai auszugleichen mit den quasi Totalausfällen. Wir müssen befürchten, dass auch im Oktober und November, Dezember es langsam wieder erst hochgeht, bis die Menschen Vertrauen gefasst haben. Wir haben also gebeten, das früh zu erfassen, um dem Bund in den VMK-Verhandlungen Zahlen an die Hand zu geben, dem Bundesfinanzminister, von den Ausfällen, die wir ernsthaft befürchten.

Meine Damen und Herren, um ein Gefühl zu geben: Die Einnahmen, die wir aus einem Gutachten in etwa als Fahrkarteneinnahmen der Busbetriebe hier im Lande kennen, sind etwas über 100 Millionen Euro. Da muss man aber wissen, dass der gesamte Schülerverkehr mit drin ist, der ja nicht mit richtigen Tickets funktioniert. Und wenn meine Hoffnung tatsächlich Platz greift, dass die entsprechenden Zahlungen durch die Kreise und kreisfreien Städte erfolgen, das sind von den etwas über 100 Millionen nicht unbeträchtliche Beträge, die werden weiterhin geleistet.

Zweitens. Wir haben unsere Zahlungen, die Ausgleichs für Tickets für Azubis und so weiter, weiterhin geleistet. Das Gleiche gilt für die Schwerbehindertenabgaben. Wir haben diese sogar vorgezogen, weil Sie die Frage stellen, alles, was wir leisten, haben wir nach vorne gezogen. Die Zahlungen, die dieses Jahr das erste Mal nach dem FAG anfallen, haben wir den Kreisen nicht erst im Juni, wie es die ÖPNV-Gesetzesänderung von gestern vorsieht, sondern haben in der Minute, wo Sie uns den Beschluss gegeben haben, gesagt, zahlen wir, damit auch da Liquidität schnell fließt. Aber noch mal: Wenn ich das Geld nur vorher zahle, nützt es mir gar nichts, wenn die Einnahmen fehlen. Dann fehlt eben im Dezember das Geld, was dann nicht mehr kommt, weil es ja schon vorher von den Kreisen, Städten und dem Land gezahlt worden ist.

Wir brauchen also dringend ein Paket mithilfe des Bundes, aber wir sind da mittendrin. Wir haben es nicht im Bundesrat beantragt, sondern mit der gemeinsamen VMK. Ich weiß, dass es auch die Bundeskanzlerin kennt aus den Gesprächen mit den Ministerpräsidentinnen und den Ministerpräsidenten, wo das deutlich und wiederholt gefordert worden ist. Und wenn der Landtag gemeinsam da Unterstützung signalisiert, bin ich dankbar, aber wir sind unterwegs. Und umgekehrt, wenn Sie noch mal in den Kreisen dafür werben, dass auf allen Ebenen weitergezahlt wird, dann würden wir schon erheblich helfen. Wir tun das bei den Bahnbetrieben, aber auch da werden wir – das ist vorhin angekommen – vermutlich am Jahresende aus den Regionalisierungsmitteln noch einmal schauen müssen, wie wir zumindest die kleinen Mittelständler stärken, damit sie auch nächstes Jahr noch bei uns fahren können, denn wir fürchten, dass auch im Sommer und danach die Nachfrage geringer sein wird, als wir es bisher kennen und kalkuliert haben.

Mein Werbeblock ist darüber hinaus: Ich habe so einen Mundschutz mit meinen Mädels, wir fahren weiterhin

fleißig und insbesondere wieder ÖPNV. Wenn es alle anderen auch täten, wäre dem ÖPNV auch gedient. So ein Monatsticket im jeweils regionalen ÖPNV bringt keinen um, aber momentan hülfe es und wäre politisch ein schönes Signal, wenn uns das auch breit gelänge. Ich wünsche erfolgreiche Debatte und danke für den Rückenwind und hoffe, dass wir gemeinsam den Bundesfinanzminister und den Bundesverkehrsminister überzeugt bekommen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Reuken.

Stephan J. Reuken, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir sind uns hier in diesem Hohen Haus sicher alle einig, dass die Corona-Krise an keiner Branche spurlos vorbeigehen wird. Und so gerne wir dem Bundeswirtschaftsminister Altmaier auch glauben möchten, dass kein einziger Arbeitsplatz verloren geht, so erwarte ich doch von jedem hier so viel Realitätssinn, diesen Satz als Unfug abzutun.

Nicht umsonst hat der Landtag ein Hilfspaket in nie dagewesener Höhe verabschiedet. Im ÖPNV ist der Einbruch allerdings doppelt so tragisch, wenn auf der einen Seite Stellen und Arbeitsplätze und auf der anderen Seite dann Verkehrslinien gestrichen werden müssen. Deswegen gebe ich Ihnen vollkommen recht, dass der ÖPNV auf gar keinen Fall eingedampft werden darf.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir wissen alle, dass der Rotstift zuerst an den am wenigsten rentablen Strecken angesetzt wird. Und die befinden sich nun mal in der Regel im ländlichen Raum, und dessen Verkehrssituation ist ja bekanntlich ohnehin schon prekär. Es wäre schlicht und ergreifend schade, die mal mehr, mal weniger großen Bemühungen der Landesregierung, die Infrastruktur in diesem Bereich zu verbessern, jetzt in den Sand zu setzen. Nun will ich Ihnen das große Aber zu dem Antrag aber nicht vorenthalten. Wir sehen es so, im großen Wörterbuch der Politik stände dieser Antrag wohl unter dem Beispiel, dem Schlagwort „Schaufensterantrag“. Ihr Ziel ist zwar hehr, die vorgeschlagenen Maßnahmen hingegen halten wir für nicht zielführend.

Zum Inhalt des Antrages: Ich möchte mit den Taxiunternehmen beginnen, die ja die Sammeltaxen und Rufbusse in der Regel stellen. Diese fallen in der Regel unter die Richtlinien des beschlossenen Hilfspaketes. Kaum ein Taxiunternehmen, das dort angesiedelt ist, wo Rufbusse oder Sammeltaxen notwendig sind, hat wohl mehr als 49 Angestellte. Dahin gehend halten wir den Antrag für ziemlich ungerecht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, während fast alle Branchen aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie mit Einbußen zu kämpfen haben und teilweise um ihre wirtschaftliche Existenz bangen müssen, werden Verkehrsunternehmen nach Ihrer Idee rundum versorgt und ihre Verluste bis auf den letzten Cent ausgeglichen. Ob das überhaupt dem Gleichbehandlungsgrundsatz ent-

spricht, ist deshalb fraglich. Und von der Gerechtigkeit – ein Begriff, den gerade DIE LINKE zu jeder passenden oder auch unpassenden Gelegenheit für sich zu vereinnahmen versucht – ist in diesem Antrag eigentlich nichts zu erkennen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Kommen wir zu den Bus- und Straßenbahnunternehmen: Diese Unternehmen sind zur allergrößten Mehrheit in öffentlicher, sprich in kommunaler Hand. Da der Fahrkartenverkauf im Normalbetrieb lediglich etwas weniger als die Hälfte der Einnahmen ausmacht, sorgen die Kommunen selbst für die Finanzierung ihrer Verkehrsbetriebe. Und an dieser Stelle möchte ich noch mal ganz deutlich auf den gestern von Ihnen allen abgelehnten Antrag zum kommunalen Schutzschirm hinweisen. Wir halten es für deutlich zielführender, die Kommunen dergestalt mit Mitteln auszustatten, dass sie selbstständig und eigenverantwortlich dafür Sorge tragen können, ihre Verkehrsbetriebe durch die Krise zu führen, anstatt, wie im Antrag gefordert, mit der großen Gießkanne flächendeckend mit Landes- oder Bundesmitteln zu helfen.

Sehr geehrte Damen und Herren, zuletzt noch zur Bahn: Die Deutsche Bahn übernimmt den größten Teil des Nah- und Fernverkehrs in unserem Land. Als Unternehmen, das im Eigentum des Bundes ist, sehe ich dort vorerst keine Notwendigkeit, Landesmittel zu verwenden. Der Bund plant ohnehin, wenn man den Stimmen aus Berlin glauben darf, ein Paket zwischen 5 und 7 Milliarden Euro zur Unterstützung der Bahn. Deswegen möchte ich an dieser Stelle auch noch mal ganz deutlich darauf hinweisen, auch in Krisenzeiten ist Maßhalten angesagt. Das Land hat sich mit dem Hilfspaket bereits hoch verschuldet und wir hinterlassen diese Schulden nachfolgenden Generationen. Mal abgesehen davon,

(Thomas Krüger, SPD: Es sei denn, wir machen das in dieser Generation, dass wir die Rückführung hinkriegen.)

mal abgesehen davon ist mir völlig schleierhaft, wie Sie den bürokratischen Aufwand hiervon stemmen wollen. Wie soll bitte jedes einzelne Unternehmen den genauen Einnahmeausfall beziffern und das Land das dann auch noch überprüfen?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das tun sie doch schon.)

Zusammengefasst: Den genauen Einnahmeausfall, den soll jedes Unternehmen anmelden, und dann soll das Land das gegenprüfen bis auf den letzten Cent, wie Sie es in Ihrem Antrag schreiben. Das halte ich für mehr als unwahrscheinlich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das ist doch Pillepalle, was
Sie da erzählen.)

Ich kann also zusammenfassen: Das Gegenteil von gut gemeint, von gut gemacht, ist meistens,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

ich meine, das Gegenteil von gut gemeint ist gut gemacht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Und an dieser Stelle ...

Sie wissen, was ich meine.

Wir müssen den Antrag leider ablehnen, auch wenn wir es natürlich gerne hätten, dass der ÖPNV mehr Geld bekommt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! Ich gehe davon aus, dass Sie sagen wollten: Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht, aber ich glaube, wir haben das schon verstanden.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Eifler.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie ein roter Faden hat sich ja das Thema Corona-Pandemie die letzten Tage hier durch die Debatten in dem Landtag gezogen und so eben auch betroffen der Antrag der Fraktion DIE LINKE „Öffentlichen Nahverkehr sichern – Landeshilfen für Verkehrsunternehmen“. Im Grunde nach dem Vortrag von Minister Pegel, was die Landesregierung bereits unternommen hat, war ich der Auffassung, der Antrag geht ja ein Stück ins Leere. Ich erkläre das auch gleich. Und zu dem Punkt 2, da komme ich dann noch mal gesondert drauf. Aber wieso bin ich der Auffassung, dass da im Punkt 1 etwas ins Leere geht?

Die Fraktion DIE LINKE stellt den Antrag, die Landesregierung aufzufordern, Verkehrsunternehmen, die Leistungen im öffentlichen Personenverkehr sowie im Schüler- und Ausflugsverkehr und so weiter erbringen, zu unterstützen. Das erfolgt ja bereits. Das ist ja auch noch mal ganz klar gesagt worden vom Minister, dass die Leistungen des Landes gegenüber den Aufgabenträgern unabhängig von deren Leistungserbringung und von der Leistungserbringung der Verkehrsunternehmen eins zu eins und uneingeschränkt erfolgt ist, sodass die Verantwortung diesbezüglich auch ein Stück weit bei den Aufgabenträgern insgesamt liegt. Und deshalb ist so meine Aufforderung zu sagen, dass man bei all dem Engagement – und Frau Dr. Schwenke, das will ich Ihnen auch ehrlich unterstellen, dass es Ihnen um die Unterstützung der Verkehrsunternehmen geht –, da dürfen wir natürlich auch den realen Blick auf die tatsächlichen Gegebenheiten auch nicht verlieren.

Wir haben auch die letzten Tage noch mal aufgrund der veränderten Finanzströme die Finanzierung hier im Land, der ÖPNV-Mittel auch beraten. Das ist so, im Ergebnis bekommen die Aufgabenträger 4 Millionen Euro zusätzlich zu den bisherigen Leistungen. Wie gesagt, der SPNV-Verkehr ist davon ausgenommen. Der wird eins zu eins auch so, wie der Minister es gesagt hat, von der Leistungserbringung zurzeit auch während der Corona-Krise und Pandemie finanziert.

Zum Punkt 2 des Antrages ist auch deutlich gemacht worden seitens der Landesregierung – und an der Stelle auch von meiner Seite noch mal ein ganz klares Dankeschön und Respekt –, in welchem Umfang die Landesregierung hier in den letzten Wochen insgesamt tätig war, um die Wirkungen und Auswirkungen der Corona-Krise für die Unternehmen, für die Menschen im Land abzumil-

dern, so weit, wie es geht. Und eben auch da ist die Landesregierung aktiv geworden in Bezug auf die Verkehrsunternehmen im Bund. Das ist noch mal ganz klar gesagt worden, dass also die Bundesregierung, das Bundesverkehrsministerium die finanzielle Unterstützung auch für die privaten Unternehmer prüft.

Und das war ja auch Konsens hier im Haus, dass wir immer gesagt haben, wir fordern vom Bund ein, und wenn die Bundesregierung und wenn aus dem Bund die Leistungen kommen, ist zu prüfen, inwieweit wir diese Mittel aus Landesmitteln noch aus dem Hilfsfonds dann mit unterstützen können. Aber genau diesen Weg sollten wir gehen. Und deshalb könnte man auch vorschlagen nach dem Vortrag von Herrn Minister Pegel, dem Punkt 2 zuzustimmen. Das würde aber ... Die Voraussetzung wäre, dass wir über die einzelnen Punkte separat abstimmen.

Ansonsten bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit und, ja, hoffe, dass das in Ihrem Sinne auch ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Eifler!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Schulte.

Und ich weise darauf hin, dass nach jetzigem Stand Herr Schulte der vorletzte Redner ist, für diejenigen, die nachher an der Abstimmung teilnehmen möchten, dass Sie sich so langsam auf den Weg machen.

Herr Schulte, bitte.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Da müssen sie schnell laufen, der hat nur drei Sätze.)

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich weiß gar nicht, ob es drei Sätze sind. Ich kann auch Kommata dazwischensetzen, dann wird es einer werden.

(Heiterkeit bei Henning Foerster, DIE LINKE)

Spaß beiseite! Ich möchte zwei Dinge sagen: Erst mal möchte ich auf das eingehen, was der Kollege Eifler eben schon zum Schluss gesagt hat, was die Ziffer 2 angeht. Wir haben das ja auch, der Kollege und ich, auch schon den Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE signalisiert, dass wir der Ziffer 2 bei einer getrennten Abstimmung dann auch zustimmen würden, das einfach vor dem Hintergrund, dass ja auch der Minister heute in der Debatte – aber auch im Vorfeld ist das ja auch schon deutlich geworden –, dass das Land sich tatsächlich auf Bundesebene dafür einsetzt. Und so verstehen wir auch die Ziffer 2. Das ist generell völlig egal, ob man sich im Bundesrat oder sonstiger Weise auf Bundesebene dafür einsetzt, dass diese Problematik, die es ja unzweifelhaft gibt, sehr geehrte Frau Kollegin Schwenke, nicht nur bei uns im Land, auch insgesamt in den Bundesländern dann gelöst werden kann.

Und dann komme ich auch im Grunde zu dem anderen Punkt. Natürlich haben Sie bei der Situationsbeschreibung recht. Es geht den Verkehrsunternehmen wie vielen, vielen anderen Unternehmen in diesem Land schlecht. Und natürlich ist es auch eine Verantwortung, die das Land,

die die Gesellschaft in diesem Land hat, dafür Sorge zu tragen, dass eigentlich, was wir als positiven Weg vor dieser Krise gegangen sind, nämlich, dass man tatsächlich die Menschen in diesem Land auch dazu bewegt hat, den öffentlichen Verkehr insgesamt stärker zu nutzen, dass das jetzt nicht auf Dauer abbricht. Wir verfolgen das alle, dass Leute, Menschen in diesem Land sagen, ich möchte mich nicht einer Gefährdungssituation im öffentlichen Verkehr aussetzen, und allein schon deswegen, völlig losgelöst von der Frage, dass bestimmte Verkehre auch gar nicht mehr angeboten werden, dann wiederum auf den Pkw umsteigen. Das kann nicht unser Ziel sein, und deswegen denke ich, ist die Intention, die dahintersteht, richtig.

Aber auf der anderen Seite, sehr geehrte Frau Kollegin Schwenke, es ist ja auch deutlich gemacht worden, auch durch den Energieminister, aber auch in den Debatten, die wir jetzt in den letzten zwei Tage schon geführt haben, welche finanziellen Belastungen insgesamt auf dieses Land zu kommen. Das ist Ihnen ja auch nicht neu. Und wenn wir die Steuerschätzung nehmen, die jetzt gerade rausgekommen ist, und da prognostiziert wird, dass das Land insgesamt mit 1,7 Milliarden weniger Steuereinnahmen rechnen kann, dann, glaube ich, ist es der richtige Weg, erst zu schauen, gemeinsam auch aus diesem Parlament heraus, gemeinsam mit dem, was der Minister auch gesagt hat, was die Landesregierung tut, tatsächlich zu schauen, welche Unterstützung können wir von der Bundesebene bekommen – auch die haben finanzielle Nöte, auch die werden sie noch stärker bekommen –, um dann hinterher zu schauen, wenn es jetzt zum Beispiel ein Paket geben sollte, was ich mir wirklich wünschen würde, auch für den öffentlichen Verkehr insgesamt in diesem Land, das durch den Bund finanziert wird und das wir dann gegebenenfalls auch als Land mit begleiten müssen, dass wir es dann tatsächlich auch entsprechend begleiten und das auch finanziell unterstützen.

Ich glaube, das ist ein sinnvollerer Weg, als jetzt in Vorleistung zu gehen, um sich dann hinterher auch – auch von den Genossinnen und Genossen, nicht die sind immer wertfrei – dann in Berlin sagen zu lassen, ja, ihr habt doch selber schon Geld in die Hand genommen, ihr braucht unser Geld nicht mehr. Da sollte sich auch das Land erst mal selbst der Nächste sein und die entsprechende Unterstützung in Berlin einfordern. Deswegen werden wir der Ziffer 1 nicht zustimmen, aber ich denke mal, die Intention, die Sie auch verfolgen, mit der Zustimmung der Ziffer 2 dann deutlich machen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schulte! Darf ich davon ausgehen, dass Sie damit eine getrennte Abstimmung der Ziffern beantragt haben?

(Jochen Schulte, SPD: Ja.)

Vielen Dank!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst erst mal möchte ich sagen, dass ich an dieser Stelle

ziemlich froh bin, und zwar, weil wir, vielleicht mit Abstrichen von der AfD-Fraktion, aber ansonsten uns einig sind, dass wir einen Schutzschirm für den öffentlichen Personennahverkehr brauchen. Und es ist nicht nur ein verbales Bekenntnis – so habe ich zumindest den Minister verstanden –, sondern es ist auch untersetzt. Und wenn der Minister hier dargestellt hat – und das glaube ich Ihnen ja unbesehen –, dass also auch im Land Mittel, die sowieso geplant sind, vorgezogen werden, dann ist das ja schon eine Art Überbrückungshilfe.

Und insofern kann ich mich dem auch anschließen, dass wir natürlich mit voller Kraft auf den Bund zugehen, alle gemeinsam, an den Stellen, wo wir das leisten können, und vom Bund erwarten, dass er hier hilft, und zwar in Größenordnungen hilft, weil das alleine die Kommunen und die Länder nicht schaffen werden. Insofern, insofern ist das alles, ist das alles gut. Ich habe auch gehört und weiß ja auch, dass in den Kreisen das nicht überall funktioniert. Wir haben zum Beispiel auch in unserem Kreis eine Diskussion mit einem Taxiunternehmen, was eben nicht nur Rufbusarbeit leistet, sondern auch im Schülerverkehr fährt und dafür keine Leistungen erhält, dass wir, dass wir da vor Ort uns auch engagieren müssen und dafür sorgen, dass das Geld, was tatsächlich auch vom Land nach Gesetzeslage überwiesen wird, dann auch bei den Leistungserbringern ankommen muss. Das ist völlig klar.

Ich bin auch wirklich fest davon überzeugt, dass vielleicht nicht mit Plakaten und solchen Flyern oder so, aber wir brauchen eine Werbekampagne, deren Träger wir alle sein müssen, auch wieder in den ÖPNV einzusteigen. Und – wir haben ja heute über Maskenpflicht und alles so was geredet – ich denke, dass der ÖPNV diese Sicherheitsmaßnahmen auch leisten kann, zumindest haben sie sich große Mühe gegeben, den Regeln auch zu folgen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Zu dem Taxifahren habe ich schon was gesagt. Herr Reuken sagte hier, er hat noch mal für den kommunalen Schutzschirm geworben. Ich frage mich allerdings, was Bundes- oder Landesmittel zur Unterstützung des ÖPNV anderes sind als ein Schutzschirm. Natürlich ist es ein Teil eines kommunalen Schutzschirms, so, wie Sie ihn gefordert haben, aber natürlich ist das auch Geld, was vom Steuerzahler sozusagen zur Verfügung gestellt wird.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Und der bürokratische Aufwand, der ist längst im Gange, Herr Reuken. Also ich habe, wie gesagt, mit vielen Unternehmen, aber auch mit den Kreisen Kontakt gehabt in den letzten Wochen, und die machen zurzeit, neben vielen anderen Dingen, aber auch natürlich sehr intensiv betrachten sie ihre Zahlen, was haben sie an Verlusten, und sie rechnen das auch hoch. Insofern ist das, ist das kein, kein Argument.

Wenn Sie mit dem Bund weiterverhandeln, dann hätte ich noch einen Wunsch:

(Torsten Renz, CDU: Bitte!)

dass es nicht darum gehen kann, jetzt wieder wie 2009 eine Abwrackprämie nach diesem alten Muster einzustellen.

(Beifall Thomas Krüger, SPD:
Oh, ja, bitte!)

Umfragen im Bundesgebiet zeigen, dass die Menschen das mehrheitlich überhaupt nicht unterstützen würden,

(Torsten Renz, CDU: Haben
Sie nicht Eckhardt Rehberg zu
diesem Thema schon gehört?)

zumal die Abwrackprämie 2009 überhaupt nichts gebracht hat, nicht für den Klimaschutz und nichts für die Autohersteller in Deutschland,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

denn es sind überwiegend...

Ich habe nicht verstanden, was Sie gesagt haben, Herr Eifler.

(Dietmar Eifler, CDU: Das geht über
den Antrag hinaus, über den Punkt 2.)

Ich habe ja eine Bitte geäußert, Herr Eifler. Darüber stimmen wir ja heute nicht ab.

(Dietmar Eifler, CDU: Ach so! –
Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Nehmen wir mit! Nehmen wir mit!)

Das ist ja einfach nur eine Bitte, wenn Sie sozusagen auf Ihren Ebenen mit Gremien im Bund sprechen, dass es dazu nicht kommt. Das ist einfach Unsinn. Das ist verbranntes Geld

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

und bringt weder für den Klimaschutz noch für das Gebiet, worüber wir uns heute unterhalten, irgendetwas,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bitte schon
erfüllt, Thomas hat geklatscht. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

es sei denn, es gibt tatsächlich strenge Anforderungen, was Innovationen und neue Antriebe, neue Systeme betrifft.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Dann wäre es zumindest zum Teil noch akzeptabel.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Trotzdem, trotzdem würde ich eine solche Abwrackprämie

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

wirklich für verfehlt halten, zumal die Autohersteller – VW zum Beispiel – in den letzten Jahren noch nie, trotz dieser Mogeleyen und Betrugereien,

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

noch nie so große Gewinne eingetrieben haben wie in den letzten Jahren und auch noch dann Staatsunterstützungen verlangt, trotzdem Boni und Dividenden bezahlt.

Also das kann nicht, das kann nicht das Ziel von staatlicher Unterstützung sein.

Darum würde ich Sie einfach bitten. Vielleicht betrachten Sie das,

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

und dann hätte Herr Scheuer auch Geld zur Verfügung für einen Rettungsschirm

(Torsten Renz, CDU: Herr Rehberg hat sich schon dazu geäußert.)

für den öffentlichen Personennahverkehr in unseren Kommunen. – Herzlichen Dank! Der getrennten Abstimmung stimmen wir natürlich zu.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Dagmar Kaselitz, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Dr. Schwenke!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Seitens der Fraktion der SPD ist beantragt worden, die Ziffern 1 und 2 des Antrages einzeln abzustimmen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Ziffer 1 einschließlich des Einleitungssatzes des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4934. Wer der Ziffer 1 des Antrages zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 einschließlich des Einleitungssatzes des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4934 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und übrigen Ablehnungen abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Ziffer 2 einschließlich des Einleitungssatzes des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4934. Wer der Ziffer 2 des Antrages zustimmen, wünscht den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Vielen Dank! Damit ist die Ziffer 2 einschließlich des Einleitungssatzes des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4934 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 39:** Beratung des Antrages des Abgeordneten Holger Arppe, fraktionslos – Wiederbelebung des Handels durch Sonntagsöffnungen, Drucksache 7/4901.

**Antrag des Abgeordneten Holger Arppe, fraktionslos
Wiederbelebung des Handels
durch Sonntagsöffnungen
– Drucksache 7/4901 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Holger Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Ministerpräsidentin

Schwesig hat die gegenwärtige von der Covid-19-Pandemie ausgelöste Krise als größte Herausforderung für das Land Mecklenburg-Vorpommern seit dessen Gründung vor 30 Jahren bezeichnet. Nicht wenige Ökonomen und Finanzexperten sprechen sogar von der schwersten Wirtschaftskrise seit Kriegsende, welche in den kommenden Monaten und Jahren vielleicht auch auf die inzwischen abklingende Corona-Welle folgen wird.

Fakt ist freilich, dass viele Unternehmen schon jetzt in großen Schwierigkeiten stecken. Das gilt natürlich und besonders auch für den Einzelhandel. Der sogenannte Lockdown hat viele Unternehmen in existenzielle Schwierigkeiten gebracht.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Eine jüngst vorgenommene Lockerung dieser Einschränkungen brachte dem Einzelhandel in unserem Land bis anhin nicht die erhoffte Linderung. Der erwartete Andrang in den Geschäften blieb weitgehend aus. Das hat verschiedene Gründe. So gelten nach wie vor diverse Regeln, wie die Pflicht zum Tragen von Gesichtsmasken – wir sprachen bereits darüber – oder eine beschränkte Anzahl von Kunden, die sich zur gleichen Zeit in einem Geschäft aufhalten dürfen.

(Unruhe bei Peter Ritter, DIE LINKE und Minister Harry Glawe)

Ferner hat während des Lockdowns eine wachsende Zahl von Bürgern Gefallen am Einkauf im Internet gefunden und behält diese neue Gewohnheit nun bei. Und natürlich ist die Konsumstimmung allenthalben gedrückt, weil niemand so recht weiß, was noch alles auf uns zukommt.

Folgerichtig stellte der Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland, HDE, Stefan Genth, unlängst fest, ich zitiere: „Da, wo viele Läden ... wiedereröffnen durften, blieben die Umsätze im Vergleich zu den Zeiten vor Corona eher gering“, Zitatende. In einem Positionspapier schlägt der Handelsverband daher eine wenigstens vorübergehende Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten vor. Das Argument, damit könne der verlorene Umsatz ein Stück weit wenigstens zurückgeholt werden, wird indessen nicht nur von Unternehmerseite ins Feld geführt.

Der Publizist Nils Heisterhagen, Mitglied von SPD und IG Metall, hat in einem Beitrag für die Wochenzeitung „Die Zeit“ den Vorschlag einer wohlgeplant temporären Sonntagsöffnung im Einzelhandel vehement verteidigt. Er führt sowohl ökonomische als auch zur psychologische Gründe für seine Haltung an. So dürfe man die Menschen nicht dauerhaft daran gewöhnen, auf den Onlinehandel umzusteigen. Das würde aber passieren, wenn Kunden die Innenstädte meiden, auch weil die Regierung ihnen im Zweifel dazu rät. Klar ist, durch Corona haben viele Menschen gerade Bedenken, sich in den nächsten Monaten in Innenstädten und Shoppingmalls aufzuhalten. Das wird den Konsum des stationären Einzelhandels dauerhaft einbrechen lassen, vor allem an normalerweise starken Verkaufstagen wie dem Samstag.

Andererseits, so Heisterhagen, könne die Regierung mit Blick auf eine befürchtete zweite Welle der Covid-19-Pandemie kein Interesse daran haben, dass es in den

Innenstädten demnächst wieder rappellvoll ist und die Ansteckungsgefahr sich dadurch erhöht, auch weil immer mehr Bürger der Gesichtsmasken und Abstandsregeln überdrüssig sind. Ein zusätzlicher Einkaufstag würde den Einkaufsstrom also entzerren.

Auch das Argument, die Kaufkraft würde nicht steigen, nur, weil die Kunden auch am Sonntag shoppen gehen dürften, lässt der Experte nicht gelten. Er schreibt, ich zitiere noch einmal: „Gerade jetzt hilft jeder Anreiz, einkaufen zu gehen. Für den Dienstleistungssektor ist der Konsum nun mal zentral. Die Regierung kann noch so viele Kreditgarantien und Nothilfen geben – wenn die Leute nicht mehr kommen, wird es für Einzelhandel, Gastronomie und Hotelgewerbe existenziell.“ Zitatende.

(allgemeine Unruhe)

Man muss sich bei der Frage nach einer Liberalisierung der Öffnungszeiten auch stets vergegenwärtigen, dass der Einzelhandel während der mehrwöchigen Schließungen von Geschäften aus dem Nichtlebensmittelbereich annähernd 30 Milliarden Euro Umsatz verloren hat. Das sind jedenfalls die Zahlen des HDE, der als Folge der Pandemie bis zu 50.000 Insolvenzen in der Branche befürchtet. Da kann es nur gut sein, wenn die Menschen mehr Gelegenheit zum Einkaufen bekommen. Natürlich würde eine vorübergehende Sonntagsöffnung im Einzelhandel den betroffenen Arbeitnehmern eine Menge abverlangen, ...

(Harry Glawe, CDU: Ist die Redezeit noch nicht abgelaufen?!)

Nö.

(allgemeine Unruhe – Glocke der Präsidentin)

... aber es kommt mir trotzdem so vor ...

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Arppe!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind beim letzten Tagesordnungspunkt und der Geräuschpegel ist extrem gestiegen. Ich bitte doch, etwas mehr Ruhe zu bewahren, damit wir dem Redner auch zuhören können.

Holger Arppe, fraktionslos: Danke! Ja, hier sind viele schon im Wirtshausmodus, dem Geräuschpegel nach zu urteilen.

(Thomas Krüger, SPD: Sie scheinen sich ja damit auszukennen.)

Natürlich würde eine vorübergehende Sonntagsöffnung im Einzelhandel den betroffenen Arbeitnehmern eine Menge abverlangen, das ist mir vollumfänglich bewusst. Schließlich war meine eigene Familie mehr als 70 Jahre im Fotografenhandwerk im Einzelhandel tätig. Ich selbst habe als Drucker über 20 Jahre im Schichtbetrieb gearbeitet, weiß also, was es heißt, an Sonn- und Feiertagen nicht zu Hause zu sein. Doch eines muss allen Beteiligten klar sein: Wer jetzt durch die Bereitschaft zur Sonntagsarbeit sein Unternehmen retten hilft, hat auch künftig einen Arbeitsplatz. Geht das Geschäft pleite, ist für die betroffenen Arbeitnehmer erst mal jeder Tag ein Sonntag. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 58 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Die Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen der LINKEN und der CDU haben mich gebeten, auch für sie gleich den Redebeitrag mit zu übernehmen, und das werde ich dann auch an der Stelle tun.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben Debatten in diesem Haus zum Thema Ladenöffnung, glaube ich, geführt, seitdem ich auch hier im Parlament bin, und sie werden auch davor geführt worden sein und sie werden auch in Zukunft noch geführt werden, weil es immer wieder Überlegungen gibt, wie gehen wir mit der Ladenöffnung und auch, wie gehen wir mit dem Sonntagsverbot um. Wir alle wissen, dass es unterschiedliche Auffassungen dazu gibt, aber man muss die allgemeine Debatte, die wir zum Thema Ladenöffnung, zum Thema „Sonntagsarbeit im Einzelhandel“ führen, von der derzeitigen Situation abkoppeln.

Wir haben eine Situation, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in der gerade die Beschäftigten im Einzelhandel vor besonderen Herausforderungen stehen. Sie alle fragen sich, ob Sie zum Beispiel in einer Ausschusssitzung oder hier in der Plenarsitzung – vielleicht acht Stunden oder zehn Stunden – mit einer Maske arbeiten wollen, um da entsprechend das auch zu machen. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern tun das die ganze Woche über. Sie tun das unter ohnehin für sie auch erschwerten Bedingungen, und sie tun das, während wir ihnen Beifall klatschen als Helden des Tages, wo sie genauso bezahlt werden für ihre Arbeit wie vorher.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Frage, die sich jetzt stellt, ist nicht die Frage, ob man für Sonntagsarbeit im Einzelhandel generell ist, sondern die Frage, die sich stellt, ist, ob man in dieser Situation den Beschäftigten im Einzelhandel das noch zusätzlich geben will.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
So ist es, so ist es.)

Wir alle wissen das, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger lange überlegen, ob sie überhaupt in die Geschäfte gehen, ob es aus Angst ist, ob es aus Zurückhaltung ist. Wir wissen alle, dass viele von den Menschen in diesem Land, weil sie von Kurzarbeit betroffen sind oder auch betroffen werden können, sich Sorgen machen, wie sie mit ihrem Geld auskommen, und sich deswegen zurückhalten. Und vor dem Hintergrund ist eigentlich kein Bedarf, dass wir in dieser Situation,

(Thomas Schwarz, SPD: Genau.)

und damit ist nicht die allgemeine Debatte über die Ladenöffnung gemeint, dass wir in dieser Situation den Beschäftigten im Einzelhandel noch sagen: Ja, jetzt sollt ihr am siebten Tag in der Woche auch noch arbeiten!

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das wird jetzt nicht nur von mir so gesehen, vielleicht auch von vielen, vielen anderen in diesem Haus. Das wird ja selbst von den Arbeitgebern so gesehen, denn als es die Überlegung gab – und sie ist ja auch umgesetzt worden –, dass man den Lebensmittelgeschäften die Möglichkeit gibt, auch am Sonntag zu öffnen, da sind es die Arbeitgeber, die gesagt haben: Nein, unsere Beschäftigten arbeiten schon sechs Tage in der Woche schwer,

(Susann Wippermann, SPD: Richtig!)

nicht nur für unser Geschäft, sondern auch für die Menschen, die tatsächlich täglich einkaufen wollen, und wir wollen ihnen das am siebten Tag in dieser spezifischen Situation nicht antun

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

und nehmen das nicht mal in Anspruch.

Und vor dem Hintergrund, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werden wir alle zusammen diesen Antrag heute ablehnen.

(Thomas Schwarz, SPD:
Jawoll, Herr Schulte!)

Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schulte!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Horst Förster.

Und Herr Schulte hat es ja bereits angekündigt, dass die Redebeiträge der Fraktionen der CDU und der LINKEN entfallen, sodass Herr Förster der vorletzte Redner ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wo nichts angemeldet ist,
kann auch nichts entfallen.)

Sehr richtig bemerkt, Herr Ritter! Es kann nicht entfallen, da es nicht angemeldet wurde. Aber gestatten Sie mir den Hinweis an alle, das quasi Herr Förster jetzt der vorletzte Redner ist.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ja, es liegt mir fast auf der Zunge, Herr Schulte, Sie haben ja hier ein Modell in dem Punkt gewählt, was Ihnen ohnehin vorschwebt. Da will ich mich weiter nicht darauf einlassen, dass Sie also, ja, wie auch immer, aufgrund welcher Umstände

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na?!)

hier meinen, für alle gemeinsam, für die übrigen Parteien gemeinschaftlich reden zu können. Interessante Neuerung!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also der Antrag ist gut gemeint,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Aber so was von!)

aber rechtlich wohl nicht möglich und vielleicht auch nicht so richtig zielführend.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ruckzuck geht das!)

Die Ladenöffnungszeiten waren früher bundesgesetzlich geregelt. Seit der Föderalismusreform 2006 liegt die Zuständigkeit nunmehr bei den Ländern. Bis auf Bayern haben alle Länder Ladenöffnungsgesetze verabschiedet, in denen die seit 1919 geltende Sonntagsruhe übernommen wurde, so auch in dem bei uns geltenden Ladenöffnungsgesetz aus 2007. Danach ist der gewerbliche Verkauf an Sonn- und Feiertagen grundsätzlich ausgeschlossen. Ausnahmen sind in den Grenzen des Paragraphen 10 des Gesetzes zulässig. Konkret sind diese Ausnahmen in der Bäderverordnung vom 22. März 2019 geregelt. Dort ist genau geregelt, an wie viel Tagen, an welchen Orten, wie lange und welche Warensortimente verkauft werden dürfen.

Bekanntlich ist diese Verordnung auf einem langen und mühsamen Weg zustande gekommen, denn der Schutz von Sonn- und Feiertagen hat nach Artikel 4 Grundgesetz Verfassungsrang, und das war zunächst nicht hinreichend beachtet worden. Eine Lockerung des Sonntagschutzes darf es nur als Ausnahme von der Regel aus den im Ladenöffnungsgesetz genannten touristischen Gründen geben. So bestehen deshalb bereits durchgreifende verfassungsrechtliche Bedenken, das im Ladenöffnungsgesetz verankerte generelle Sonntagsverbot einfach außer Kraft zu setzen, sei es auch nur befristet.

Corona liefert dafür auch keinen ausreichenden Grund, denn in der Sache ist es allein das besondere Umsatz- und Erwerbsinteresse der Handelsbetriebe aufgrund einer schweren wirtschaftlichen Krise. Diese betrifft aber nahezu die ganze Wirtschaft. Und das reicht nicht aus, den Sonntagsschutz – wie gesagt Verfassungsrang – komplett außer Kraft zu setzen.

Zudem ist nicht davon auszugehen, dass die Öffnung der Geschäfte an Sonntagen wirklich hilfreich wäre, mit der Krise fertig zu werden. Der Umsatz wird sich dadurch kaum nennenswert steigern lassen. Natürlich kann man das auch anders sehen. Es geht ja um eine Prognose. Aber ich glaube, so richtig überzeugend ist das nicht, dass ein weiterer Öffnungstag da wirklich viel an den eigentlichen Ursachen der Probleme ändert.

Man braucht kein Wirtschaftsexperte zu sein, um zu erkennen, dass die durch Corona beziehungsweise durch den Shutdown verursachte Krise zu einer tief greifenden Verunsicherung der Bürger geführt hat. Das hat natürlich Auswirkungen auf das Konsumverhalten, selbst wenn man seine Arbeit behalten und keine Einkommensverluste hat. Es ist deshalb kaum zu erwarten, dass verlorener Umsatz durch eine Sonntagsöffnung tatsächlich ein Stück weit zurückgeholt werden kann. Die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten würde vermutlich eher zu einer Selbstausbeutung von Geschäftsinhabern und dadurch zu einer ungesunden Wettbewerbsverzerrung führen.

Bei alledem geht es auch ums Grundsätzliche. Die Kommerzialisierung unseres Lebens schreitet unaufhörlich voran. Konsum und Konjunktur sind aber nicht alles.

Der Sonntag sollte uns, auch wenn wir ihn nicht zum Kirchgang benutzen, heilig sein. Es sollte unserer Tradition entsprechend jedenfalls einen Tag in der Woche geben, der sich vom hektischen Alltag abhebt und den wir als Tag der Arbeitsruhe und seelischen Erbauung verbringen. Der Sonntag ist vor allem auch ein Tag für die Familie, sollte es jedenfalls sein. Daran sollten wir auch oder erst recht in wirtschaftlich harten Zeiten festhalten. Wir lehnen den Antrag deshalb ab. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Förster!

Das Wort hat jetzt noch einmal Herr Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Das waren alles gute, wichtige Argumente, über die man ganz sachlich und konstruktiv natürlich streiten kann und streiten sollte, gar keine Frage. Ich will damit jetzt mich im Einzelnen auch gar nicht auseinandersetzen.

Dem werten Kollegen Herrn Förster möchte ich allerdings sagen, sagen müssen an der Stelle: Das, was dieser Antrag will, liegt noch hinter dem, was das AfD-Wahlprogramm von 2016 fordert. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, geht es da um eine Aufhebung jeglichen staatlichen Dirigismus, auch in Bezug auf die Ladenöffnungszeiten. Die Einzelhändler und die Kunden sollen selbst entscheiden können, wann sie miteinander Handel treiben und wann nicht. Mein Antrag ist ja nur temporär, also während dieser Krise. Und natürlich kann man auch trefflich in Zweifel ziehen, dass sich eine freigegebene Sonntagsöffnung wirtschaftlich positiv auf den Einzelhandel auswirkt. Aber der Punkt an der Stelle ist ja, das sollen doch die Einzelhändler – wir haben ja eine freie Marktwirtschaft –, das sollen, ...

(Thomas Krüger, SPD:
Wir haben soziale Marktwirtschaft.)

Noch, fast, ja.

... das sollen doch die Einzelhändler, die Unternehmer, die Unternehmer selbst entscheiden, eigenverantwortlich,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die drei Minuten sind aber um, ne? –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

ob sie am Sonntag ihr Geschäft öffnen oder nicht. Und wenn ein Einzelhändler feststellt, es lohnt sich für mich nicht, dann macht er seinen Laden eben zu, und ein anderer sagt, oh, für mich bringt das durchaus was, ich mach mein Geschäft auf.

Also ich bin doch da eher so wirtschaftsliberal angehaucht und plädiere dafür, gerade während dieser Krise, das muss ja auch nicht so bleiben, dass man die Öffnungszeiten dergestalt liberalisiert, aber gerade während dieser Krise müssen wir doch die Kräfte der sozialen Marktwirtschaft – aber Betonung auf „Marktwirtschaft“ – freisetzen. Das Unternehmertum muss sich doch gerade jetzt entfalten können, um mit den Möglichkeiten, die sich da bieten, dieser Krise entgegenzuwirken. Das Letzte, was wir jetzt doch brauchen, das sind noch mehr Planwirtschaft und sozialistischer Dirigismus, der wahrscheinlich der Fraktion hier links von mir vorschwebt,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Auf jeden Fall! –
Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

da werden ja schon so einige Tagträume geäußert. Herr Bartsch, der fantasiert ja schon von einem aufkommenden Klassenkampf,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich glaub, die drei Minuten
sind um, ne? Reicht, ne?)

von einem aufkommenden Klassenkampf, und am Ende steht dann wieder der Kommunismus,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Sehr richtig!)

wie wir ihn schon hatten.

In diesem Sinne ein schönes Wochenende!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zurufe von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Arppe!

Mir liegt noch ein Antrag auf Kurzintervention durch die Fraktion der AfD, namentlich Herrn Kramer, vor.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh, da geht ein tiefer
Riss durch die Bewegung, ein tiefer Riss! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Kollege Arppe, Sie erinnern sich völlig richtig. Das ist im Landtagswahlprogramm 2016 so niedergeschrieben, dass sich die AfD für die Ladenöffnung oder für die Öffnung des Ladenschlussgesetzes öffnet. Aber, wie Kollege Fernandes heute im Laufe der Debatte schon mal feststellte,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Könnt ihr
das nicht am Stammtisch klären?!)

dass sich die AfD auch politisch weiterentwickelt hat und sich hier und da die Vorzeichen ändern. Dieses Landtagswahlprogramm oder speziell dieser Punkt ist eben eher durch wirtschaftsliberale Kräfte in das Landtagswahlprogramm aufgenommen worden. Es wurde auf dem Landesparteitag damals mehrheitlich so beschlossen. Wir in der Fraktion haben diesen Punkt auch wirklich lang und breit diskutiert. Jeder stimmt auch für sich ab hier.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Klärt das
doch beim „Flügel“-Treffen, da seht
ihr euch doch, aber nicht hier!)

Mir ist aber wichtig zu unterstreichen, dass für uns das Familienleben und das Soziale mehr im Vordergrund steht als das Wirtschaftsliberale.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Und deswegen lehnt meine Fraktion mehrheitlich eben die Öffnung des Einzelhandels ab. – Danke!

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Arppe, möchten Sie darauf erwidern?

Holger Arppe, fraktionslos: Gern.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte schön.

Holger Arppe, fraktionslos: Gut, das ist natürlich völlig legitim. Es wäre dann gut gewesen, vielleicht, wenn Herr Förster in seinem Redebeitrag darauf eingegangen wäre. Aber gut, wenn Sie es noch mal sagen. Ja, da gibt es keine Diskussion. Das ist eine völlig legitime Haltung und Meinung. Ich bleibe trotzdem für mich dabei, dass es dem Familienleben auch nicht gerade förderlich ist, wenn durch die Wirtschaftskrise Familienmitglieder arbeitslos werden, ihren Job im Einzelhandel in diesem Fall womöglich verlieren. Deswegen ist das Ganze ja auch von mir und auch von dem von mir zitierten Experten temporär angelegt, also nicht auf Dauer, sondern vorübergehend, bis sich die Krise wieder ausgewachsen hat, nicht wahr?

Aber ich denke letztendlich, was Familien brauchen, sind Arbeitsplätze, um das Familienleben überhaupt finanzieren zu können. Wenn die Familien arbeitslos sind, Mutter, Vater, dann nützt der freie Sonntag auch nichts, weil dann kann man mit den Kindern nichts unternehmen beispielsweise. Das kostet ja alles Geld,

(Manfred Dachner, SPD: Das war jetzt aber eine Erkenntnis, Donnerwetter!)

aber danke für den Hinweis.

Wars das?

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank!

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der AfD Herr Lerche.

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU: Oh!)

Einen Moment bitte, Herr Lerche! Ich brauche noch jemanden, der das Pult desinfiziert. Einen Moment, noch nicht anfassen, bitte!

(Dirk Lerche, AfD: Das war mir auch egal.)

Nee, lassen Sie das mal, nee, nee!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt müssen wir extra noch 'ne neue Flasche aufmachen. – Thomas Schwarz, SPD: Extra 'ne neue Flasche!)

So, bitte schön.

Dirk Lerche, AfD: Werte Präsidentin! Werte Abgeordnete! Ich gehöre zum wirtschaftsliberalen Teil dieser Fraktion

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Thomas Krüger, SPD: Ach Mensch!)

und spreche jetzt auch nur für mich allein.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich werde diesen Antrag unterstützen. Ich wollte selbst einen ähnlichen Antrag einbringen, aber das wurde in der Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Andreas Butzki, SPD: Das ist auch richtig. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich bin natürlich dafür, dass das Einkaufsverhalten der Bevölkerung in der Krise, die sehr, sehr viel über die ganzen Onlineversender sich betätigt haben, sich wieder hin zum Einzelhandel bewegen kann.

(Thomas Krüger, SPD: Können Sie das nicht auf dem Parteitag klären?)

Und ich möchte auch gern, dass die Leute am Sonntag wieder Zeit haben, in den Geschäften zu bummeln und zu sehen, wie schön doch der Einzelhandel in ihren Kommunen ist.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Und deswegen, wir gehen ja mit Verordnungen hier so inflationär um. Es wird die Versammlungsfreiheit eingeschränkt und alles Mögliche per Verordnung. Dann ist auch per Verordnung es möglich für dieses Jahr, die Sonntagsöffnungszeiten zu ermöglichen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Und tschüss!)

So, und damit geben wir unserem Einzelhandel in Mecklenburg-Vorpommern die Chance, dass die Leute am Sonntag den Einzelhandel nutzen können,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

und nicht immer nur im Internet bestellen,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

denn das tun sie ohnehin. – Danke!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Andreas Butzki, SPD: Das war ja ein Extrabeitrag hier! – Wolfgang Waldmüller, CDU: So, Schluss jetzt!)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des fraktionslosen Abgeordneten Holger Arppe auf Drucksache 7/4901. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. –

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU: Oh! – Zuruf aus dem Plenum: Zwei! – Thomas Schwarz, SPD: Da müssen wir mal zählen!)

Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag des fraktionslosen Abgeordneten Holger Arppe auf Drucksache 7/4901 bei Zustimmung durch den fraktionslosen Abgeordneten sowie eines Abgeordneten aus der Fraktion der AfD und im Übrigen Gegenstimmen abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Bevor ich allerdings die Sitzung schließe, möchte ich Ihnen mitteilen, dass der vom Labor MVZ Schwerin durchgeführte PCR-Corona-Test abgeschlossen ist. Dieser Test ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, den Abgeordneten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen sowie des Schlossmuseums, dem Schweriner Schlossrestaurant, den ehrenamtlich Tätigen, der Schlosskirchengemeinde, den im Haus tätigen Journalisten, den Reinigungskräften sowie hier regelmäßig anwesenden Dienstleistern angeboten worden. 321 Personen sind hier im Schloss auf das Corona-Virus getestet worden. Alle Tests hatten ein negatives Ergebnis,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

was insoweit positiv ist. Es ist ein Beleg dafür, dass unsere Hygienemaßnahmen im Landtag greifen, sinnvoll sind und die Arbeitsfähigkeit gewährleistet ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, weil wir die Regeln haben,
weil wir die Regeln haben.)

Aber bitte denken Sie daran, dass der Test nur eine Momentaufnahme darstellt!

(allgemeine Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann auch die Sitzung jetzt noch einmal unterbrechen. Ich bin kurz vor dem Ende, und bitte lassen Sie mich die Ausführungen jetzt noch zu Ende zu führen! Lassen Sie mich das jetzt bitte in Ruhe noch machen, ansonsten unterbreche ich die Sitzung!

Bitte denken Sie daran, dass der Test nur eine Momentaufnahme darstellt, und es ist kein Grund, leichtsinnig zu werden und Hygienemaßnahmen zu vernachlässigen! Die Ergebnisse des ebenfalls durchgeführten Antikörpertests werden voraussichtlich am Montag vorliegen.

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 10. Juni 2020, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist damit geschlossen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Schluss: 15.12 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Lorenz Caffier und Dr. Wolfgang Weiß.

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl eines Mitgliedes des Landesverfassungsgerichtes teilgenommen haben

– Drucksache 7/4970 –

1. Albrecht, Rainer	SPD	36. Kröger, Eva-Maria	DIE LINKE
2. von Allwörden, Ann Christin	CDU	37. Kröger, Jörg	AfD
3. Arppe, Holger	fraktionslos	38. Krüger, Thomas	SPD
4. Aßmann, Elisabeth	SPD	39. Larisch, Karen	DIE LINKE
5. Dr. Backhaus, Till	SPD	40. Lenz, Burkhard	CDU
6. Barlen, Julian	SPD	41. Lerche, Dirk	AfD
7. Berg, Christiane	CDU	42. Liskow, Egbert	CDU
8. Bernhardt, Jacqueline	DIE LINKE	43. Liskow, Franz-Robert	CDU
9. Borschke, Ralf	AfD	44. Dr. Manthei, Matthias	CDU
10. Brade, Christian	SPD	45. Mucha, Ralf	SPD
11. Butzki, Andreas	SPD	46. Obereiner, Bert	AfD
12. da Cunha, Philipp	SPD	47. Oldenburg, Simone	DIE LINKE
13. Dachner, Manfred	SPD	48. Pegel, Christian	SPD
14. Dahlemann, Patrick	SPD	49. Peters, Daniel	CDU
15. Drese, Stefanie	SPD	50. Reinhardt, Marc	CDU
16. Ehlers, Sebastian	CDU	51. Renz, Torsten	CDU
17. Eifler, Dietmar	CDU	52. Reuken, Stephan J.	AfD
18. Foerster, Henning	DIE LINKE	53. Ritter, Peter	DIE LINKE
19. Förster, Horst	AfD	54. Rösler, Jeannine	DIE LINKE
20. Friedriszik, Dirk	SPD	55. Saemann, Nils	SPD
21. Friemann-Jennert, Maika	CDU	56. Schlupp, Beate	CDU
22. Glawe, Harry	CDU	57. Schneider, Jens-Holger	AfD
23. Grimm, Christoph	AfD	58. Schulte, Jochen	SPD
24. Gundlack, Tilo	SPD	59. Schwarz, Thomas	SPD
25. Hersel, Sandro	AfD	60. Dr. Schwenke, Mignon	DIE LINKE
26. Hesse, Birgit	SPD	61. Stamer, Dirk	SPD
27. Heydorn, Jörg	SPD	62. Strohschein, Jürgen	AfD
28. Dr. Jess, Gunter	AfD	63. Tegtmeyer, Martina	SPD
29. de Jesus Fernandes, Thomas	AfD	64. Waldmüller, Wolfgang	CDU
30. Julitz, Nadine	SPD	65. Dr. Weber, Ralph	AfD
31. Kaselitz, Dagmar	SPD	66. Weißig, Christel	fraktionslos
32. Kliewe, Holger	CDU	67. Wildt, Bernhard	CDU
33. Kolbe, Karsten	DIE LINKE	68. Wippermann, Susann	SPD
34. Koplin, Torsten	DIE LINKE	69. Würdisch, Thomas	SPD
35. Kramer, Nikolaus	AfD		

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes des Landesverfassungsgerichtes teilgenommen haben

– Drucksache 7/4947 –

1. Albrecht, Rainer	SPD	35. Kröger, Eva-Maria	DIE LINKE
2. von Allwörden, Ann Christin	CDU	36. Kröger, Jörg	AfD
3. Arppe, Holger	fraktionslos	37. Krüger, Thomas	SPD
4. Aßmann, Elisabeth	SPD	38. Larisch, Karen	DIE LINKE
5. Barlen, Julian	SPD	39. Lenz, Burkhard	CDU
6. Berg, Christiane	CDU	40. Lerche, Dirk	AfD
7. Bernhardt, Jacqueline	DIE LINKE	41. Liskow, Egbert	CDU
8. Borschke, Ralf	AfD	42. Liskow, Franz-Robert	CDU
9. Brade, Christian	SPD	43. Dr. Manthei, Matthias	CDU
10. Butzki, Andreas	SPD	44. Mucha, Ralf	SPD
11. da Cunha, Philipp	SPD	45. Obereiner, Bert	AfD
12. Dachner, Manfred	SPD	46. Oldenburg, Simone	DIE LINKE
13. Dahlemann, Patrick	SPD	47. Pegel, Christian	SPD
14. Drese, Stefanie	SPD	48. Peters, Daniel	CDU
15. Ehlers, Sebastian	CDU	49. Reinhardt, Marc	CDU
16. Eifler, Dietmar	CDU	50. Renz, Torsten	CDU
17. Foerster, Henning	DIE LINKE	51. Reuken, Stephan J.	AfD
18. Förster, Horst	AfD	52. Ritter, Peter	DIE LINKE
19. Friedriszik, Dirk	SPD	53. Rösler, Jeannine	DIE LINKE
20. Friemann-Jennert, Maika	CDU	54. Saemann, Nils	SPD
21. Glawe, Harry	CDU	55. Schlupp, Beate	CDU
22. Grimm, Christoph	AfD	56. Schneider, Jens-Holger	AfD
23. Gundlack, Tilo	SPD	57. Schulte, Jochen	SPD
24. Hersel, Sandro	AfD	58. Schwarz, Thomas	SPD
25. Hesse, Birgit	SPD	59. Dr. Schwenke, Mignon	DIE LINKE
26. Heydorn, Jörg	SPD	60. Stamer, Dirk	SPD
27. Dr. Jess, Gunter	AfD	61. Strohschein, Jürgen	AfD
28. de Jesus Fernandes, Thomas	AfD	62. Tegtmeier, Martina	SPD
29. Julitz, Nadine	SPD	63. Waldmüller, Wolfgang	CDU
30. Kaselitz, Dagmar	SPD	64. Weißig, Christel	fraktionslos
31. Kliewe, Holger	CDU	65. Wildt, Bernhard	CDU
32. Kolbe, Karsten	DIE LINKE	66. Wippermann, Susann	SPD
33. Koplin, Torsten	DIE LINKE	67. Würdisch, Thomas	SPD
34. Kramer, Nikolaus	AfD		